



LANDESZAHNÄRZTEKAMMER
BADEN-WÜRTTEMBERG
Körperschaft des öffentlichen Rechts

JAHRESBERICHT

2006



**Für Freiheit und Eigenverantwortung
im Gesundheitswesen**

Impressum

Herausgeber

Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Herdweg 59
70174 Stuttgart
Telefon 0 711 / 2 28 45 - 0
Telefax 0 711 / 2 28 45 - 40
E-Mail info@lzk-bw.de
Internet www.lzk-bw.de

Bildnachweis

LZK-Bildarchiv, Horst Haas, Informationszentrum Zahngesundheit, Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart, Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe

Graphische Gestaltung & Layout

Andrea Mader

Druck

Haka Print und Medien GmbH
Ostfildern-Ruit

Allgemeine Hinweise

Alle Rechte vorbehalten. Copyright
Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg.
Nachdruck, Vervielfältigung, Speicherung auf Datenträgern oder Verbreitung mittels elektronischer Systeme – auch auszugsweise – nur mit Zustimmung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

Stand

November 2006

Vorwort	5
Vorstand der Landes Zahnärztekammer	7
Außerordentliche Vertreterversammlung	13
Landes Zahnärztetag 2006	15
Ethikkommission	17
Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer	19
Bezirks Zahnärztekammer Freiburg	25
Bezirks Zahnärztekammer Karlsruhe	27
Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart	30
Bezirks Zahnärztekammer Tübingen	33
Umlageausschuss	35
Landesberufungsgericht für Zahnärzte	38
Satzungsausschuss	41
GOZ-Ausschuss	43
Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen	47
Berufsbildungsausschuss	51
Fachausschuss Zwischenprüfung für ZFA	53
Fachausschuss Abschlussprüfung für ZFA	54
Prophylaxeausschuss	55
Landesausschuss gemäß der Röntgenverordnung	58
Ausschuss für Praxisführung	59
Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie	63
Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie	66
Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart	69
Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe	73
Gutachterwesen	78
Prüfungskommissionen für die Kenntnisprüfungen nach § 2 ZHG	81
Interne Öffentlichkeitsarbeit	83
Zahnärzteblatt Baden-Württemberg	87
Informationszentrum Zahngesundheit	91
Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg	97
Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung	103
Arbeitskreis Patientenberatung und Zweitmeinung	105
Statistik Allgemeine Patientenberatung/ Zweitmeinung	107
Rahmenverträge	111
Handbücher	114
Bundes Zahnärztekammer	115

Auch dieses Jahr bietet Ihnen der vorliegende Jahresbericht mit zahlreichen Hintergrundinformationen und Statistiken wieder einen detaillierten Überblick über die geleistete Arbeit der Kammer, ihrer Organe, Ausschüsse, Arbeitskreise sowie der Verwaltung im zweiten Jahr der 13. Kammerperiode.

Das Jahr 2006 stand ganz im Zeichen der Gesundheitsreform. Die sich bereits im Koalitionsvertrag sowie im gesundheitspolitischen Eckpunktepapier der Großen Koalition abgezeichneten gesundheitspolitischen Reformmaßnahmen, die staatsdirigistische und wettbewerbsfeindliche Tendenzen erkennen lassen, beschäftigten den Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg in vielen Sitzungen. Um die gesundheitspolitischen Themen zeitnah aufzuarbeiten und um Gespräche mit gesundheitspolitischen Multiplikatoren intensiv vorzubereiten, wurde vom Vorstand eine Arbeitsgruppe Gesundheits- und Sozialpolitik ins Leben gerufen.

In zahlreichen Gesprächen mit Politikern auf Bundes- und Landesebene, mit Parlamentariern, Vertretern der Ministerien sowie mit Sozialministerin Dr. Monika Stolz und Ministerpräsident Günther H. Oettinger, hat die Landes Zahnärztekammer, auch in Abstimmung mit den anderen Heilberufe-Kammern und Spitzenverbänden im Gesundheitswesen, im Namen der baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger die fehlende Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und die daraus resultierenden finanziellen Mehrbelastungen angesprochen und zugleich unsere standespolitischen Interessen klar artikuliert. Die intensive Lobbyarbeit zeigte Wirkung. Die Landespolitik schwenkte unter dem Druck der gemeinsamen „Gesundheitsfront Baden-Württemberg“ ein und thematisierte die föderalen Interessen des Landes auf Bundesebene dahingehend, dass die medizinische Patientenversorgung sowie Arbeitsplätze im Gesundheitswesen nicht gefährdet werden dürfen. Bis zur Beschlussfähigkeit im Deutschen Bundestag sind wir aufgefordert, weiterhin durch konstruktive Lobbyarbeit dazu beizutragen, die geplanten Reformmaßnahmen positiv zu beeinflussen, zum Wohle der Patienten und zum Erhalt der Freiberuflichkeit unseres Berufsstandes.

Durch die neue RKI-Empfehlung im Frühjahr 2006 rückte das Thema Praxishygiene in den Vordergrund. Vorstand und Praxisführungsausschuss setzten auf schnelle Hilfe für die Kollegenschaft. Dies konnte durch die Erarbeitung eines Hygieneleitfadens sowie durch Einrichtung einer „Hygiene-Hotline“ erreicht werden.

Des Weiteren beschäftigte sich der Vorstand im letzten Jahr mit der aktuellen Thematik um den Stellenwert postgradualer Studiengänge im Vergleich zur Fachzahnarzt-Weiterbildung und den beschlossenen „Umzug der LZK-Geschäftsstelle“. Weiterer Diskussionsbedarf ergab sich auch zu den Themen „Gruppenprophylaxe“, da das Land beabsichtigt, Einsparungen bei den Jugendzahnärzten vorzunehmen, sowie zur Erarbeitung eines einheitlichen, auf Kammerbedürfnisse zugeschnittenen Stammdatenprogramms.



Dr. Udo Lenke
Präsident



Dr. Antoinette Röttele
stv. Präsidentin



RA Axel Maag
Direktor

Mitglieder kraft Wahl durch die Vertreterversammlung

Präsident

LENKE, Dr. Udo, Vaihingen/ Enz

Stv. Präsidentin

RÖTTELE, Dr. Antoinette, Weil am Rhein

CUBE, Dr. Gerhard, Stuttgart (ab 05/2006)

JÄGER, Dr. Bernhard, Mannheim

MAURER, Dr. Rolf, Bietigheim-Bissingen
(bis 04/2006)

WELLER, Dr. Helmut, Pfullendorf

Mitglieder kraft Amtes als Vorsitzen- de der Bezirkszahnärztekammer

BORCKMANN, Dr. Bernd Ulrich, Heidel-
berg

BÜHLER, Dr. Konrad, Eislingen

FORSCHNER, Dr. Wilfried, Biberach

SCHWALBER, Dr. Joachim, Freiburg

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Axel Maag

Friederike Fritz

Rocco Nemitz

Thorsten Beck

Andrea Mader



Unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Udo Lenke tagte der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg im Berichtsjahr 2006 an neun Sitzungen mit Geschäftsführern und Gästen, an acht internen Sitzungen sowie drei Klausurtagungen.

Die zentralen gesundheits- wie berufspolitischen Ereignisse, die die Arbeit des Vorstandes sowie die standespolitische Diskussion und Beschlussfassung dominierten, waren die in den vergangenen

Monaten, sehr intensive Lobbyarbeit gegen die sich in den Eckpunkten für eine Gesundheitsreform sowie weiteren Gesetzesvorhaben der Regierungskoalition abzeichnende Ausweitung des Staatseinflusses in allen Bereichen des Gesundheitswesens, die Organisation des Hygienemanagements in der Zahnarztpraxis in der Folge der neuen RKI-Empfehlung sowie die Stärkung der deutschen Fachzahnarzt-Weiterbildung in Abgrenzung zur postgradualen Master-Fortbildung.

Durch den Rücktritt von Dr. Rolf Maurer, Bietigheim-Bissingen, war eine Nachwahl für den Vorstand notwendig geworden. Auf der Außerordentlichen Vertreterversammlung am 8. April 2006 wählten die Delegierten Dr. Gerhard Cube, Stuttgart, als Nachfolger. Dr. Cube übernahm zudem das Amt des Gutachterreferenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg sowie die Zuständigkeit innerhalb des Vorstandes für das Gutachterwesen.

Gesundheitsreform im Fokus

An zwei Sitzungsterminen im Februar 2006 und im Juli 2006 tagte der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg.

Angesichts der gesundheitspolitischen Vorhaben, wie sie sich Anfang des Jahres mit der Behandlungspflicht zu Standardtarifen und der Einheitsgebührenordnung abzeichneten, bekräftigten die Vorstände im Januar den engen politischen Schulterschluss. Ein strukturiertes und konstruktives Vorgehen und die antizipative Analyse der gesundheitspolitischen Entwicklung wurden vereinbart, um das Einbringen der zahnärztlichen Interessen in den gesundheitspolitischen Entscheidungsprozess und die aktive Mitgestaltung des Berufsstandes sicher zu stellen.



Um gesundheitspolitische Themen aktuell aufzuarbeiten und zeitnah agieren zu können, setzte der Vorstand eine „Arbeitsgruppe Gesundheits- und Sozialpolitik“ (AG GUS) ein. Mitglieder der AG GUS sind Dr. Udo Lenke, Dr. Bernhard Jäger, Dr. Joachim Schwalber und Johannes Clausen. Als ein Ergebnis der intensiven Bemühungen der Arbeitsgrup-



pe gingen die „Gesundheitspolitischen Eckpunkte der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg“ hervor. Unter Einbeziehung der Öffentlichkeitsreferenten von Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg erfolgte eine Abstimmung mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, die in ein „Gemeinsames Positionspapier der baden-württembergischen Zahnärzteschaft“ mündeten, in dem Zielvorstellungen einer Gesundheitsreform für Patient und Zahnarzt formuliert wurden.

Das gemeinsame Positionspapier bildete die Grundlage für zahlreiche fraktionsübergreifende Hintergrundgespräche mit Landes- und Bundespolitiker/innen und anderen Multiplikatoren, die der Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und den Mitgliedern der AG GUS über mehrere Monate hinweg führte.

Intensive Lobbyarbeit

Beim zweiten Treffen der Vorstände im Juli hatte das gesundheitspolitische Un-

gemach schon konkretere Züge angenommen: Es lagen Referentenentwürfe des Bundesministerium für Justiz zur Reform des Versicherungsvertragsrechts (VVG) und des Bundesministeriums für Gesundheit zur Änderung des Vertragsarztrechts (VÄG) im Rahmen des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes vor. Begleitet von bundesweiten Protestaktionen mit Praxisschließungen und Streiks, hatte sich die schwarz-rote Bundesregierung im Koalitionsausschuss zudem auf Eckpunkte für eine Gesundheitsreform geeinigt.

Für den Vorstand stellt die geplante Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes einen Systembruch in der Privaten Krankenversicherung und einen durch nichts zu rechtfertigenden Eingriff in das Arzt-Patienten-Verhältnis und allgemeine Rechtsgrundsätze dar. In einer umfangreichen Ausarbeitung hat der Vorstand seine Kritikpunkte und seine Bewertung für die Kollegenschaft zusammengefasst und im Internetauftritt der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg eingestellt.

Mit einer ersten Stellungnahme zu den Eckpunkten für eine Gesundheitsreform 2006 der Koalition reagierte der Vorstand umgehend und brandmarkte das Papier



als ein Dokument des Scheiterns, mit dem der Staat seinen Einfluss auf das Gesundheitswesen in bislang nicht da gewesener Intensität ausweitet. In einer Presseerklärung machte der Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg die Position der Kammer deutlich und prophezeite einen giganti-

schen Abfluss von Versichertengeldern aus Baden-Württemberg.

Auf ihrer gemeinsamen Sitzung bekräftigten die Vorstände der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg ihre Absicht, die Nichtberücksichtigung regionaler Besonderheiten in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten im Rahmen der Diskussion um die Gesundheitsreform stellen zu wollen. Der beschlossene Gesundheitsfonds führt nach ihrer Auffassung zu einer massiven Benachteiligung wirtschaftsstarker Bundesländer und gefährdet somit den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg. In einer „Gemeinsamen Resolution“ fassten beide Vorstände ihre Kritikpunkte zusammen.

Lobbyarbeit zeigt Wirkung

Die Argumentationslinie „Baden-Württemberg muss Vorrang haben“, die die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und die Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg gemeinsam mit den Spitzen des Gesundheitswesens in Baden-Württemberg vertreten haben, erhielt im weiteren Verlauf der an Intensität stetig zunehmenden Protestwelle gegen die Gesundheitsreform Unterstützung aus der Politik. Ebenso wie die baden-württembergische Landespolitik befürchtet auch der Freistaat Bayern, dass mit dem Gesundheitsfonds ein zweiter Risikostrukturausgleich droht, der Millionen Euro aus den wirtschaftsstarken Bundesländern im Süden der Republik abziehen wird.

Dem Einschwenken der Landespolitik auf die Argumentationslinie der gemeinsamen Gesundheitsfront in Baden-Württemberg ging eine Einladung der Ministerin für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg voraus. Zum Austausch über mögliche Auswirkungen der vorgestellten Eckpunkte für eine Gesundheitsreform 2006 der Regierungskoalition für Baden-Württemberg sowie der Diskussion entsprechender Handlungsoptionen, hatte die Ministerin Dr. Monika Stolz Anfang August in ihr Ministerium geladen.

Dr. Udo Lenke, der die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg an diesem Gespräch vertrat, trug vor, man sei der Auffassung, die Eckpunkte zielten grundsätzlich in die falsche Richtung, weil sie statt Föderalismus und Eigenverantwortung zu fördern, den Weg in eine zentralistische Planwirtschaft ebnen und damit nicht geeignet sind, die Zukunft des Gesundheitswesens sicherzustellen. Ungeachtet der grundsätzlichen Bedenken bekräftigen alle Teilnehmer des Arbeitsgesprächs, es müsse unbedingt die Aufgabe in Baden-Württemberg sein, Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg zu erreichen. Die Ministerin zeigte bereits zum damaligen Zeitpunkt ihre Bereitschaft, die Nichtberücksichtigung landesspezifischer Besonderheiten, in deren Folge die beispiellos gute Patientenversorgung in Baden-Württemberg und Tausende von Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen im Land auf dem Spiel stehen, auf Bundesebene zu thematisieren.



Den im Juli vorgestellten Eckpunkten für eine Gesundheitsreform sind erste, zweite, dritte und vierte Arbeitsentwürfe gefolgt. Am 4. Oktober hat die Regierungskoalition in mehrstündiger Verhandlungsrunde einen Kompromiss in den umstrittenen Fragen zur Gesundheitsreform erzielt und die „Zentralen Inhalte der Gesundheitsreform 2006“ verabschiedet. Den Referentenentwurf zur Gesundheitsreform legte das BMG am 12. Oktober vor. Der Zeitplan wurde vom Ministerium äußerst eng gesteckt. Dies führte dazu, dass die Anhörung am 16. Oktober von

zahlreichen Verbänden und Organisationen (darunter die Bundeszahnärztekammer) boykottiert wurde, zumal am nächsten Tag bereits eine Abstimmung in den Ressorts erfolgen sollte. Der Kabinettsbeschluss fiel am 25. Oktober und die erste Lesung im Bundestag fand am 9. und 10. November statt.

Praxishygiene – Kammer solide und zeitnah aufgestellt

Die behördlichen Kontrollen und Praxisbegehungen in einigen Kammerbereichen im Bereich der Hygiene, Sterilisation und der Aufbereitung von Medizinprodukten im vergangenen Jahr haben die Kollegenschaft zutiefst verunsichert. In enger Abstimmung mit dem Ausschuss für Praxisführung hat sich der Vorstand

bereits zum damaligen Zeitpunkt darauf verständigt, darauf hinzuwirken, überzogene Forderungen seitens der Behörden abzuwenden und eine Orientierung am tatsächlichen Risiko zu erreichen. Dazu wurden im Auftrag des Vorstandes vom Praxisführungsausschuss intensive Anstrengungen und Aktivitäten auf den Weg gebracht, die mit der Vorveröffentlichung der lange erwarteten Empfehlung im Internet zu Beginn des Jahres durch das Robert-Koch Institut konkretisiert werden konnten. So wurden

von den Mitgliedern des Praxisführungsausschusses in allen Bezirken bzw. Kreisen Schulungsveranstaltungen für die Kollegenschaft und das Praxisteam organisiert, in denen konkrete Hilfestellungen zur Aufbereitung der Medizinprodukte, zur Sterilisation und insbesondere der Organisation der Hygienemaßnahmen in der Praxis gegeben wurden.

Nachdem die Empfehlung des Robert-Koch Instituts im April dann offiziell im Bundesgesundheitsblatt veröffentlicht wurde, konnte der Ausschuss seine Arbeit am Leitfaden zur Organisation der Hygienemaßnahmen fertig stellen. Der Leitfaden ist im Juni in gedruckter Form an alle Kammermitglieder verschickt wor-

den, er ist auch Bestandteil der LZK-Praxishandbücher „Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis“. Die dem Leitfaden anhängenden Arbeits- und Betriebsanweisungen, die Form- und Dokumentationsblätter sowie der Hygieneplan ermöglichen eine praxisnahe Umsetzung der Anforderungen an die Hygiene, wie sie aufgrund der neuen RKI-Empfehlung von den Zahnarztpraxen erwartet wird. Der Leitfaden konnte auch mit den Landesbehörden inhaltlich abgestimmt werden, um ein Höchstmaß an Rechtssicherheit zu erhalten.

Für Fragen zur Umsetzung des Leitfadens in der Praxis hat die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zudem eine telefonische Hygiene-Hotline eingerichtet, die zwischen Juli und Oktober jeweils einmal wöchentlich freigeschaltet war. Kompetente Auskünfte an der Hotline erteilten die Mitglieder des Ausschusses für Praxisführung, die abwechselnd zur Verfügung standen. Wiederkehrende Fragen wurden kategorisiert und sind online verfügbar.

Höherwertige Qualifizierung

Die postgradualen Studiengänge, die in der Folge des Bologna-Prozesses und der Festlegung auf den zweistufigen Studienaufbau nach anglo-amerikanischem Vorbild, aufgeteilt in Bachelor und Master entstanden sind, verursachen innerhalb des Berufsstandes bereits seit geraumer Zeit größere Irritationen, insbesondere im Hinblick auf die Konkurrenz zur Weiterbildung zum Fachzahnarzt für Oralchirur-



gie und Kieferorthopädie. Wiederholt machte der Vorstand daher seine Auffassung deutlich, dass ein Master-Grad, der nach einer Regelstudienzeit von höchstens zwei Jahren erlangt wird und vorrangig auf theoretischer Wissensvermittlung basiert, niemals die fachzahnärztliche Weiterbildung, die als Vollzeitausbildung mindestens drei Jahre dauert und eine breite praktische Ausbildung vermittelt, ersetzen könne. Sich der Popularität der postgraduierten Studiengänge durchaus bewusst, hat der Vorstand sich intensiv mit Überlegungen beschäftigt, auf welchem Weg die Facharzt-Weiterbildung attraktiver gestaltet werden kann. In die Arbeit mit eingebunden wurde der Hochschulreferent der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg, Prof. Dr. Dr. Joachim Mühlhölzer, Heidelberg, sowie der Referenten für Kieferorthopädie der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg, Prof. Dr. Gernot Göz, Tübingen. Einer neu eingerichteten Arbeitsgruppe unter Leitung von Dr. Gerhard Cube übertrug der Vorstand die Aufgabe der Erarbeitung und Darstellung der notwendigen Voraussetzungen für eine Symbiose von Weiterbildung und postgraduierten Studiengängen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes. An der bewährten 3-Teilung von Ausbildung (in der Zuständigkeit der Hochschule), Weiterbildung (im Kompetenzbereich der Kammer) und Fortbildung (als gemeinsames Angebot von Kammer und Hochschule) hält der Vorstand nach wie vor fest.



Die Kammermitglieder wurden in aller Ausführlichkeit über die unterschiedlichen Inhalte und Strukturen der Fachzahnarztbildung, wie sie die Kammern anbieten, im Gegensatz zu den Master-Studiengängen „à la Donau-Krems“, aufgeklärt und im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg informiert.

Beabsichtigter Rückzug des Landes aus der Gruppenprophylaxe

Im Rahmen seines kommunalen Entlastungspaketes hat das Land Baden-Württemberg angekündigt, unter anderem den Rotstift bei den Jugendzahnärzten ansetzen zu wollen, die eingebunden in die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ), die Gruppenprophylaxe an Kindergärten und Schulen durchführen. Der Vorstand hatte im angekündigten Rückzug des Landes eine Rückverlagerung der Verantwortung auf die Eltern gesehen und den Fortbildungsreferenten der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg, Prof. Dr. Johannes Einwag, Stuttgart, mit der Erarbeitung einer wissenschaftlichen Stellungnahme und Empfehlung beauftragt, um sein weiteres politisches Vorgehen zu koordinieren. Gruppen- und Individualprophylaxe seien aufeinander angewiesen, so die Beurteilung des Fortbildungsreferenten Prof. Dr. Johannes Einwag, der baden-württembergische Erfolg bei der Zahngesundheit von Kindern und Jugendlichen ist auf die gute Vernetzung von Gruppen –und Individualprophylaxe zurückzuführen.

In Gesprächen des LAGZ-Vorsitzenden Dr. Udo Lenke und der Prophylaxereferentin Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Böblingen, mit dem Ministerium konnten die Wogen etwas geglättet werden. Das Sozialministerium prüft zunächst, wo und in welcher Form Einsparungen bei den Jugendzahnärzten möglich und sinnvoll sind. Eine Reduzierung der Zahl der Ju-



gends Zahnärzte ist aber mittelfristig geplant. Die Aufgaben der Jugendzahnärzte sollen vermehrt Patenzahnärzte und niedergelassene Zahnärzte übernehmen. Dazu ist angedacht, das Verweisverfahren (grüner Schein) wieder flächendeckend einzuführen. Nur die Kinder, die über das Verweisverfahren nicht erfasst werden, sowie alle Kariesrisikokinder sollen dann von Jugendzahnärzten betreut werden. Das Sozialministerium fühlt sich jedoch weiterhin an die gemeinsame Rahmenvereinbarung zur Gruppenprophylaxe gebunden.

Einheitliche Stammdatenverwaltung

Die Entscheidung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, ihre gesamte Abrechnungs-Administration einheitlich in die Hände des Zentrums für Informationstechnologie (ZIT) in Freiburg zu legen, bildete für den Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg den Anlass, an die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg heranzutreten, um auf eine Trennung der gemeinsamen Stammdatenverwaltung von Kammer und Kassenzahnärztlicher Vereinigung Baden-Württemberg hinzuwirken.



Der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat darauf hin die Geschäftsführer beauftragt, in einer Ausarbeitung die Möglichkeiten eines einheitlichen, ausschließlich auf Kammerbedürfnisse zugeschnittenen Stammdatenprogramms zu erörtern.

Die Geschäftsführer kamen zu dem Ergebnis, dass ein landesweit einheitliches, ausschließlich auf Kammerbedürfnisse zugeschnittenes Stammdatenprogramm zur Verbesserung der Verwaltungseffi-

zient unerlässlich ist. Auch sind viele kammerbezogene Bereiche, wie zum Beispiel der Bestand von Berufsausübungsgemeinschaften, der Bestand von Zweitpraxen, Fremdsprachenkenntnisse und weitere Qualifikationen der Mitglieder, Ausbildungspraxen oder die Beschäftigung zahnmedizinischer Mitarbeiterinnen, in den von vertragszahnärztlichen Daten dominierten Stammdatenverwaltungen der Bezirkszahnärztekammern überhaupt nicht erfasst. Dieser Auffassung hat sich der Vorstand angeschlossen und entschieden, für die Kammer eine eigene Stammdatenverwaltung aufzubauen: Mit dem Umzug der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg Anfang des kommenden Jahres werden die Landes Zahnärztekammer und die vier Bezirkszahnärztekammern ein ausschließlich auf Kammerbedürfnisse zugeschnittenes, webbasiertes Stammdatenprogramm zum Einsatz bringen. Dazu wird das bereits von der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart bei der EDV-Abteilung der früheren Kassenzahnärztlichen Vereinigung Stuttgart in Auftrag gegebene und sich bereits in Entwicklung befindliche web-basierte Stammdatenprogramm fertig gestellt und landesweit eingeführt.



Delegierte der Vertreterversammlung

Bezirkszahnärztekammer Freiburg

Dr. Konstantin Baer • Dr. Norbert Struß • Dr. Georg Bach • Dr. Conrad Gast • Dr. Joachim Schwalber • Dr. Foelko Grunert • Prof. Dr. Gisbert Krekeler • Dr. Burkhard Maager • Dr. Ulrich Meißner • Dr. Antoinette Röttele • Dr. Hans Hugo Wilms • Dr. Frank Schuh

Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe

Dr. Eva Hemberger • Dr. Bernd Ulrich Borckmann • Dr. Bernhard Jäger • Dr. Manfred Lieken • Dr. Uwe Lückgen • Dr. Jan Wilz • Dr. Norbert Engel • Dr. Alfred Kimmich • Prof. Dr. Michael Heners • Dr. Karl-Heinz Sundmacher • Dr. Bert Bauer • Dr. Robert Heiden • Dr. Rüdiger Engel • Dr. Edgar Lauser

Bezirkszahnärztekammer Stuttgart

Dr. Konrad Bühler • Prof. Dr. Johannes Einwag • Dr. Peter Kuttruff • Dr. Renate Lüllwitz-Hoch • Dr. Jürgen Carow • Dr. Udo Lenke • Dr. Hans-Peter Zimmerer • Dr. Helmut Schönberg • Dr. Klaus Otto A. Lux • Dr. Dr. Helmut Eisele • Dr. Eberhard Montigel • Dr. Klaus Prinz • Dr. Gerhard Cube • Dr. Bernd Krämer • Dr. Hendrik Putze • Dr. Torsten Tomppert • Dr. Dr. Hans Thomas Eiche • Dr. Dr. Manfred Wolf

Bezirkszahnärztekammer Tübingen

Dr. Manfred Jooß • Alfred Braig • Dr. Wilfried Forschner • Dr. Dr. Heinrich Schneider • Dr. Ute Maier • Dr. Bernd Stoll • Dr. Christian Scheytt • Dr. Helmut Weller • Dr. Klaus-Peter Rieger

Umzug der Geschäftsstelle in den Albstadtweg

Bereits im vergangenen Jahr hatten sich sowohl der Vorstand als auch die Vertreterversammlung mit der räumlichen Situation der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg beschäftigt, nachdem das Gebäude im Herdweg 59, in dem die Geschäftsstelle

bisher untergebracht ist, vom bisherigen Eigentümer, dem Gerling-Konzern, verkauft wurde und der neue Eigentümer aus Gründen des Eigenbezuges das bestehende Mietverhältnis zum 31.03.2007 gekündigt hat.



Auf ihrer ordentlichen Vertreterversammlung im Dezember 2005 entschieden die Delegierten, über den künftigen Standort der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg in einer außerordentlichen Vertreterversammlung, die auf 8. April 2006 terminiert wurde, zu beschließen.

Am 8. April 2006 lag der Vertreterversammlung zur Entscheidung eine umfangreiche Ausarbeitung vor, die drei Immobilienangebote gegenüber stellte. Die zur Auswahl stehenden Objekte umfassten neben Mietoptionen auch eine Kaufoption. In die Entscheidungsvorbe-



ereitung eingebunden war der Umlageausschuss, der sich dezidiert mit der finanziellen Seite der verschiedenen Handlungsoptionen, einschließlich der

Kosten für Renovierung und Umbaumaßnahmen, beschäftigte.

Im Vorfeld der Vertreterversammlung hatte sich der Vorstand nach eingehender Debatte und Abwägung politischer wie finanzieller Gesichtspunkte, dafür entschieden, sich in der Vertreterversammlung für das Angebot der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg zum Umzug in das Verwaltungsgebäude der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg in den



Albstadtweg 9 in Stuttgart-Möhringen zu votieren. Die Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg hatte dem Vorstand im November 2005 ein entsprechendes schriftliches Angebot unterbreitet.



Am Tag der Außerordentlichen Vertreterversammlung hatten die Delegierten die Möglichkeit, die zur Auswahl stehenden Objekte zu besichtigen. Auf Grundlage der Besichtigungen sowie der Ausarbeitung folgten die Delegierten am 8. April 2006 dem Antrag des Vorstandes: Die Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg wird in das Gebäude der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg im Albstadtweg in Stuttgart-Möhringen verlegt.



Nach dieser Entscheidung setzte der Vorstand zur

Ausarbeitung eines Mietvertrages eine Verhandlungskommission ein. Die Verhandlungskommission einigte sich in mehreren Verhandlungsrunden und Gesprächen mit Vertretern der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg auf einen Mietvertrag, der vorsieht, dass die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg im 1. Obergeschoss untergebracht wird und die Bezirkszahn-

ärztekammer Stuttgart vom 1. Obergeschoss ins 2. Obergeschoss umzieht. Der Mietvertrag wurde am 26. September 2006 von beiden Parteien unterzeichnet.

In Baden-Württemberg ist die Fortbildung zu Hause



Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ist bekannt dafür, mit der Wahl des Tagungsthemas für ihre zentrale Fortbildungstagung Impulsgeber zu sein und den Blick in die Zukunft zu richten.

Nach den Tagungsschwerpunkten ‚Alterszahnheilkunde‘ im Jahr 2002 und ‚Qualitätsmanagement‘ 2004 bewies der Vorstand der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg auch in diesem Jahr Weitsicht und Mut, ein Thema zum Tagungsmotto zu erklären, das bislang eher ein Schattendasein gefristet hatte: ‚Psychosomatik in der Zahnheilkunde‘.

Wie wichtig die Berücksichtigung allgemein medizinischer psychischer und sozialer Faktoren bei der Diagnose und Therapie der Patienten ist, zeigt die Tatsache, dass etwa ein Viertel der Allgemeinbevölkerung zu einem gegebenen Zeitpunkt unter einer psychischen und/oder psychosomatischen Erkrankung leidet. Und da Zahnärzte einen repräsentativen Querschnitt unserer Gesellschaft in ihren Praxen sehen, muss entsprechend davon ausgegangen werden, dass etwa jeder vierte Patient eine psychische oder psychosomatische Störung hat oder eine Lebensphase durchlebt, die ein hohes Risiko in sich birgt, eine solche Störung zu entwickeln. Psychosomatische Störungen mit orofazialer Symptomatik, beispielsweise chronische Gesichtsschmerzen oder das Burning-Mouth-Syndrome, stellen das zahnärztliche Team oft vor unlösbar erscheinende Auf-

gaben, weil der objektive Befund und die subjektive Befindlichkeit unvereinbar scheinen. Hier ist eine profunde Ausbildung in psychosomatischer Grundkompetenz dringend erforderlich.

Mit dem breit gefächerten und umfassenden Fortbildungsangebot des diesjährigen Landeszahnärztetages am 20. und 21. Oktober hat die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg die baden-württembergischen Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie die zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen für eine ganzheitliche Betrachtungsweise sensibilisiert und allgemeine Kenntnisse der Psychosomatik vermittelt. Mit knapp 400 teilnehmenden Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie ebenso vielen zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen lässt sich eine zufrieden stellende Teilnehmerzahl bilanzieren. Wie in den Vorjahren vertraut die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg darauf, den Anstoß für viele Aktionen und Aktivitäten in den Bezirken gegeben zu haben.

Am Ende dieses Landeszahnärztetages heißt es Abschied nehmen von der Messe Stuttgart – 2008 wird der Landeszahnärztetag, integriert im Deutschen Zahnärztetag, auf der sich derzeit noch im Bau befindlichen Neuen Messe auf den Fildern stattfinden. Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg freut sich, 2008 als gastgebende Zahnärztekammer Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie zahnmedizinische Mitarbeiterinnen und Repräsentanten aus Wissenschaft und Forschung aus ganz Deutschland begrüßen zu dürfen.



Mitglieder

Vorsitzender

Dr. med. Thomas Aleker
Unfallchirurg
Esslingen

Prof. Dr. med. Hans Joachim. v. Büdingen
Neurologe, Psychiater
Ravensburg

Dr. med. Georg Hook
niedergelassener Pädiater
Stuttgart

Prof. Dr. med. Bernhard Rauch
Kardiologe
Ludwigshafen

Prof. Dr. jur. Eibe Riedel
Jurist
Mannheim

Prof. Dr. theol. Dr. med. Dietrich Rössler
em. Prof. f. Theologie u. med. Ethik
Tübingen

Prof. Dr. med. Ingeborg Walter-Sack
Internistin, Klinische Pharmakologin
Heidelberg

Zahnärztliche Mitglieder

Prof. Dr. Dr. Heiner Weber
Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheil-
kunde der Universität Tübingen

Dr. Barbara Müller-Abicht
Zahnärztin
Waiblingen

Mit Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes vom 14. Februar 2006 wurde eine zentrale Ethikkommission für Ärzte und Zahnärzte bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg installiert. Die Ethikkommission hat die Aufgabe die Mitglieder der Landesärztekammer und der Landes Zahnärztekammer in berufsethischen Fragen zu beraten sowie die bundes- oder landesrechtlich einer öffentlich-rechtlichen Ethikkommission zugewiesenen Aufgaben wahrzunehmen, insbesondere Aufgaben nach dem Arzneimittelgesetz, dem Medizinproduktegesetz, dem Transfusionsgesetz, der Strah-

lenschutzverordnung und der Röntgenverordnung.

Die bislang bei der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bestehende Ethikkommission, die zur Beurteilung ethischer Aspekte zahnärztlicher Tätigkeiten und Beurteilung von Kammermitgliedern eingerichtet war, soll mit Installation der zentralen Ethikkommission entfallen.

Auf ihrer ordentlichen Vertreterversammlung am 8. und 9. Dezember 2006 liegt den Delegierten die Aufhebung des Statuts der Ethikkommission der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zur Beschlussfassung vor.

Mit der Errichtung dieser zentralen, bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg angesiedelten Ethikkommission trug der Gesetzgeber dem Wunsch der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg Rechnung.

Im Vorfeld der Novelle des Heilberufekammergesetzes hatte das Sozialministerium alle Heilberufekammern in Baden-Württemberg aufgefordert, Änderungsvorschläge einzureichen.

Aufgrund der lediglich drei, seit Bestehen der Ethikkommission bei der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zu bearbeitenden Anträgen, hatte die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg vorgeschlagen, die Ethikkommission bei der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg aufzulösen und eine gemeinsame Kommission mit der Landesärztekammer zu bilden.

Die Vertreterversammlung der Landesärztekammer Baden-Württemberg hat das „Statut der Ethikkommission der Landesärztekammer Baden-Württemberg“ am 22. Juli 2006 beschlossen. Das Statut sieht vor, dass die Ethikkommission aus neun Mitgliedern besteht, die jeweils für die Dauer der Wahlperiode der Organe der Landesärztekammer von der Vertreterversammlung der Landesärztekammer bestellt werden. Sieben Mitglieder werden vom Vorstand der Landes-

ärztekammer, zwei Mitglieder werden vom Vorstand der Landes Zahnärztekammer vorgeschlagen.

Der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat sich dafür ausgesprochen, für die gemeinsame Ethikkommission bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg als zahnärztliche Mitglieder Professor Dr. Dr. Heiner Weber als Vertreter der Hochschullehrer und Dr. Barbara Müller-Abicht als Vertreterin der niedergelassenen Zahnärzte zu benennen. Beide zahnärztliche Mitglieder sind bereits von der Vertreterversammlung der Landesärztekammer Baden-Württemberg bestellt worden.

Personal LZK-Geschäftsstelle

Direktor

Axel Maag, RA

Geschäftsführende Sekretärin

Friederike Fritz

Direktionsassistent

Thorsten Beck

Referent des Präsidenten

Rocco Nemitz

Kommunikationsassistentin

Andrea Mader

Juristin

Christine Martin, RAin

EDV-Mitarbeiter

Dietmar Sorg

Sekretärin/ Sachbearbeiterin

Sandy Steiniger

Sekretärin/ Sachbearbeiterin

Cäcilia Falk

Sekretärin/ Sachbearbeiterin

Annerose Hauber

Sekretärin/Sachbearbeiterin

Katja Veit

Sekretärin/Sachbearbeiterin

Angela Lauchs

Buchhaltungsleiter

Ralf Kraft

Bilanzbuchhalterin

Kathleen Kamprath

Kontoristin

Inge Höllmüller

Hausverwalterin (80 %) (+IZZ)

Elisabeta Meszner

Hausverwalter (20 %) (+ZFZ)

Kurt Meszner

Im Laufe des Berichtsjahres 2006 wurden von der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer 125 Sitzungen vorbereitet, organisiert und durchgeführt. Im Einzelnen waren dies:

- 2 Vertreterversammlungen
- 3 Klausurtagungen des Vorstandes
- 9 LZK-Vorstandssitzungen
- 8 interne LZK-Vorstandssitzungen

- 7 Sitzungen von Präsident und stv. Präsidentin mit der Geschäftsführung
- 95 Ausschuss- und Arbeitskreissitzungen
- 6 Hauptverhandlungen des Landesberufungsgerichts sowie
- 10 Treffen der Geschäftsführer/innen

Zugleich fanden zehn Prophylaxeseminare der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit (LAGZ) in der LZK-Geschäftsstelle statt.

Darüber hinaus fand im Berichtsjahr das zentrale Großereignis für die Kammermitglieder in Baden-Württemberg statt - der Landes Zahnärztetag 2006. Neben der Betreuung der Referenten und Abstimmung mit der Messe, waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle für die ablauftechnische Planung und Durchführung zuständig.

Dass der Arbeitsanfall in den einzelnen Referaten im Vergleich zum Vorjahr stark zugenommen hat, spiegelt sich auch in der steigenden Anzahl an Ausschuss- und Arbeitskreissitzungen wieder. Waren im vergangenen Jahr noch 77 Ausschuss- und Arbeitskreissitzungen zu betreuen, so stieg die Anzahl im laufenden Berichtsjahr um über 20 Prozent auf 95 Sitzungen.

Innere Verwaltung

An die Verwaltung stellen die Kammermitglieder ständig steigende Anforderungen im Sinne der betriebswirtschaftlichen und juristischen Beratung. Darüber hinaus sind auch im Bereich der Aufarbeitung standes- und gesundheitspolitischer Themen entsprechende Vorarbeiten zu leisten. Zu einem Teil konnte die Geschäftsstelle die quantitative Mehrbelastung durch moderne Methoden der Büroorganisation auffangen. So kommen beispielsweise die neuen Medien Internet und E-Mail mehr zum Tragen, um den Auskunftssuchenden Informationen und Auskünfte zukommen zu lassen. Es blieb und bleibt aber trotzdem ein ganz erhebliches Arbeitsfeld, das sich jeder Rationalisierung entzieht, weil die persönliche

Betreuung und Beratung des einzelnen Mitglieds im Vordergrund steht.

Interessenwahrnehmung und Ordnungsfunktion

Der Landes Zahnärztekammer werden als Körperschaft des öffentlichen Rechts im Heilberufe-Kammergesetz festgelegte Selbstverwaltungsaufgaben übertragen. Die Rechtsaufsicht obliegt dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg.

Aufgabe der Geschäftsstelle ist es, die organisatorischen, verfahrens- und verwaltungsmäßigen Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Beschlussorgane der Landes Zahnärztekammer ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen können. Die Geschäftsstelle gewährleistet eine neutrale und unabhängige Geschäftsführung der Gremien und stellt die Einhaltung von Ordnungen sowie die Transparenz der Verfahren sicher. So werden Sitzungsunterlagen und Beschlussvorlagen erstellt, die Protokollführung und die Nachbereitung von Sitzungen übernommen sowie die juristische und methodische Beratung der Gremien durch fachlich qualifiziertes Personal unterstützt. Auch die Beantwortung von Anfragen sowie die Führung der Korrespondenz der Landes Zahnärztekammer gehört zu den Aufgaben der Geschäftsstelle.

Eine weitere wichtige Aufgabe nimmt die Geschäftsstelle im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wahr.

Das öffentliche Interesse an der Arbeit der Landes Zahnärztekammer zeigte sich im Jahre 2006 auch an steigenden Kontaktzahlen. Die Geschäftsstelle erreichen nach wie vor zahlreiche schriftliche und telefonische Anfragen. Die umfassenden Informationen, insbesondere die Bereitstellung von Merkblättern zu besonders „brennenden“ Themen tragen offenbar nur teilweise zu einer Deckung des Informationsbedarfes bei.

Zu den Aufgaben der Geschäftsstelle gehört es auch, die allgemeinpolitische und gesellschaftliche Diskussion, insbesondere im Hinblick auf die weitere Ent-

wicklung des Gesundheitswesens und die Rolle der Zahnärzteschaft darin, sorgfältig zu beobachten und die Verantwortlichen in der Selbstverwaltung bei der Entwicklung möglicher Handlungsoptionen zu unterstützen.

Zusätzlich zu den aufgezeigten Tätigkeiten war die Geschäftsstelle im Berichtsjahr 2006 noch mit weiteren Aktivitäten beschäftigt, die im Folgenden auszugsweise angesprochen werden.

Umzug der Geschäftsstelle im Dezember

Aufgrund der Kündigung des neuen Eigentümers des Gebäudes Herdweg 59 hat die Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer am 08.04.2006 beschlossen, die Geschäftsstelle in neue Räumlichkeiten bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg in Stuttgart-Möhringen zu verlegen. Da die Bezirksdirektion Stuttgart der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg ebenfalls in ein neues Objekt umsiedelte, wurden entsprechende Räumlichkeiten frei, die dem Platzbedarf der Geschäftsstelle entsprachen.

Aufgrund dieses Grundsatzbeschlusses über den neuen Standort war die Geschäftsstelle damit beschäftigt, detaillierte Planungen anzustellen, um zum Jahresende den Umzug verwirklichen zu können.

Die erforderlichen Umbau- und Renovierungsarbeiten wurden von der Geschäftsstelle in enger Zusammenarbeit mit dem beauftragten Architekturbüro sowie der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg koordiniert.

Die gesamten Umbau- und Renovierungsarbeiten benötigten einen zeitlichen Umfang von mehr als zwei Monaten, so dass die Geschäftsstelle im Dezember dieses Jahres die neuen Räumlichkeiten beziehen kann.

Hygiene in der Zahnarztpraxis

Hygiene in der Zahnarztpraxis ist weit mehr als tägliche Routine. Patienten und Mitarbeiter vor Keimen zu schützen, ist

von grundlegender Bedeutung und erfordert höchste Sorgfalt. Es liegt auf der Hand, dass dabei einheitliche Standards gelten müssen. Aus diesem Grund hat die Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention am Robert-Koch-Institut (RKI) die Empfehlung für alle Hygienearbeiten in der zahnärztlichen Praxis herausgegeben. Diese Empfehlungen werden in regelmäßigen Abständen jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen und medizinischen Entwicklungen angepasst.

Im Rahmen der Veröffentlichung der neuen Empfehlung des Robert-Koch-Institutes im April dieses Jahres, war die Geschäftsstelle auch intensiv in die verwaltungstechnische Umsetzung der erarbeiteten Vorgaben des Praxisführungsausschusses involviert.

Eine große Herausforderung stellte in diesem Zusammenhang der im Bundesgebiet einzigartige „Leitfaden zur Organisation der Hygienemaßnahmen“ dar, der neben einer Ausarbeitung in Buchform auch in die bestehenden Praxishandbücher „Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis“ integriert wurde. Der Leitfaden, der die Themen rund um die Hygiene in der Zahnarztpraxis abarbeitet, verweist zusätzlich über entsprechende Verknüpfungen auf weiterführende, detaillierte Informationen und Hilfsmittel in die entsprechenden Kapitel der CD-ROM Praxishandbücher.

Versicherungsvertragsgesetz

Da sich der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg in mehreren Sitzungen mit der Novellierung des Versicherungsvertragsgesetzes beschäftigte und bereits erste Anfragen bezüglich etwaiger Auswirkungen auf die zahnärztliche Praxis an die Geschäftsstelle herangetragen wurden, musste von der Geschäftsstelle im juristischen Bereich entsprechende Vorarbeit geleistet werden, um über die einzelnen Rechtsnormen informieren zu können. Unterstützt wurde die Geschäftsstelle im Rah-

men dieser Aufgabe von der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe.

Die Bundesregierung plant die Neufassung des Gesetzes zum 1. Januar 2008. Nach dem derzeitigen Referentenentwurf sind erhebliche Änderungen zur Verbesserung der Transparenz und zu Gunsten der Versicherungsnehmer geplant. Das Bundeskabinett hat bereits am 11. Oktober dieses Jahres den Regierungsentwurf des Gesetzes zur Reform des Versicherungsvertragsrechts beschlossen.

Das Versicherungsvertragsgesetz, das für den Bereich der Privaten Krankenversicherung die Rechte und Pflichten der Privaten Krankenversicherer und dem Patienten regelt, wirkt sich mittelbar auch auf den Behandlungsvertrag zwischen Zahnarzt und Patienten aus. So soll beispielsweise in einem neu gefassten § 192 eingeführt werden, dass der Versicherer nicht an seinen Vertragspartner zu leisten braucht, wenn die Vergütung zur Leistung in einem krassen Missverhältnis steht. Die Definition eines krassen Missverhältnisses lässt der Gesetzgeber jedoch völlig offen.

Darüber hinaus soll die mögliche Erbringung weiterer Dienstleistungen durch den Privaten Krankenversicherer in den Gesetzestext aufgenommen werden. So soll beispielsweise das Versicherungsunternehmen als Inhalt der Krankenversicherung, dem Versicherungsnehmer weitere Dienstleistungen anbieten können, die sich von der Beratung über Leistungen der Zahnärztinnen und Zahnärzte, bis hin zur unmittelbaren Abrechnung der Leistungen mit diesen beziehen können.

Teilweise werden derartige Nebenleistungen bereits heute von Krankenversicherern erbracht. Durch die Aufnahme in den Gesetzestext dürfte jedoch zu erwarten sein, dass in der Folgezeit die Verwaltungsarbeit in den Zahnarztpraxen und in der Geschäftsstelle stetig ansteigen wird, da die Krankenversicherungen jede Möglichkeit der Gewinnmaximierung wahrnehmen werden und so die Korrektheit von Zahnarztliquidationen vermehrt in Frage stellen könnten.

Arbeitskreise auf Bundesebene

Im Rahmen der Arbeit auf Bundesebene sei exemplarisch angeführt, dass der Direktor der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg in vier Arbeitskreisen der Geschäftsführer auf Bundesebene eingebunden ist, die sich mit bundes- und landesgesetzlichen Regelungen beschäftigen und entsprechende Lösungsansätze im Auftrag des Bundesvorstandes erarbeiten.

Die Arbeitskreise der Geschäftsführer im Einzelnen:

- Juristische Personen des Privatrechts
- Musterberufsordnung für Zahnärzte
- Neue Praxisformen
- Allgemeiner Teil der Gebührenordnung für Zahnärzte

Deutscher Zahnärztetag 2008

Ein Ereignis wirft bereits in diesem Jahr seine Schatten voraus – der Deutsche Zahnärztetag 2008, der auf dem Areal der Neuen Messe vor den Toren Stuttgarts stattfinden wird. Die neue Messe, die sich derzeit noch in der Bauphase befindet, wird am 13.06.2007 eröffnet und im Rahmen einer Festveranstaltung von 19. bis 21. Oktober 2007 offiziell eingeweiht werden.

Die Planungsarbeiten für den Deutschen Zahnärztetag 2008 sind jedoch bereits in diesem Jahr angelaufen. So ist beispielsweise im politischen Arbeitskreis auf Bundesebene der Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg vertreten; der Arbeitskreis Organisation und rechtliche Problematiken wird vom Direktor der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg unterstützt.

Aktualisierungskurse Röntgen für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen gestartet

Mit der novellierten Röntgenverordnung ist auch für Zahnarzhelferinnen und Zahnmedizinische Fachangestellte sowie sonstige Mitarbeiter in der Zahnarztpraxis die Aktualisierung der Kenntnisse im Strahlenschutz erforderlich.

In den Aktualisierungskursen werden neben den wichtigsten Untersuchungsverfahren der Zahnärztlichen Röntgendiagnostik auch die gesetzlichen Grundlagen sowie die Maßnahmen des Strahlenschutzes aufgefrischt. Darüber hinaus wird die Erkennung sowie Vermeidung aufnahmetechnischer Fehler behandelt, um den gesetzlichen Bestimmungen nachzukommen.

Für die Vorbereitung und Konzepterstellung der Kurse war es nötig, auf Verwaltungsebene entsprechende Vorarbeit zu leisten. So fanden von der Geschäftsstelle bereits im Dezember des vergangenen Jahres erste Sondierungsgespräche mit den zuständigen Regierungspräsidien statt, um das Konzept der Aktualisierungskurse auf ein sachgerechtes Qualitätsniveau zu stellen.

Da im Bereich der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg voraussichtlich mehr als 20.000 Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen bis zum April des kommenden Jahres einen Aktualisierungskurs besuchen müssen, war die Geschäftsstelle auch mit der Koordination und Umsetzung auf Verwaltungsebene beschäftigt. Die Aktualisierungskurse finden dezentral in den einzelnen Bezirken Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen statt.

Arbeitsgemeinschaft zur Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte in Baden-Württemberg

Die vielfältigen und komplexen Aufgaben, die mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für die Versicherten und des Heilberufsausweises auf Seiten der Zahnärzteschaft verbunden sind, erfordern eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten. Aus diesem Grund hat sich im vergangenen Jahr die „Arbeitsgemeinschaft zur Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte in Baden-Württemberg“ konstituiert, in der auch die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg durch Thorsten Beck vertreten ist. Ihr Ziel ist es, die elektronische Gesundheitskarte zu testen und einzufüh-

ren. Aus Sicht der Landes Zahnärztekammer sowie der weiteren Leistungsträger (Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser) im Gesundheitswesen stellt sich derzeit jedoch mehr denn je die Frage nach dem Sinn und Zweck der Elektronischen Gesundheitskarte.

So zeigt beispielsweise die aktuelle Kosten-Nutzen-Analyse von Booz/ Allen/ Hamilton, die von der Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH (GEMATIK) in Auftrag gegeben wurde, dass bereits das Primärsystem ca. eine Milliarde Euro an Kosten verschlingen wird. Hierbei handelt es sich um Kosten, die in Form von Lizenzkosten für die deutschlandweit fast 800.000 mobilen und stationären Arbeitsplätze in Arzt- und Zahnarztpraxen, Apotheken und Krankenhäusern anfallen werden. Hinzu kommen noch geschätzte Kosten in Höhe von etwa 400 Millionen Euro. Hierbei sind vor allem ca. 200.000 Konnektoren in Arzt- und Zahnarztpraxen, Krankenhäusern und Apotheken berücksichtigt, darüber hinaus aber auch entsprechende Wartungskosten für Konnektor-Software und Hardware über einen 5-Jahres-Zeitraum.

Betrachtet man die Kosten-Nutzen-Analyse nach Beteiligten in der 10-Jahres-Perspektive, so sticht hervor, dass dem Nutzen der Zahnärzte in Höhe von 164 Mio. Euro eine Ausgabenposition über 1,2 Mrd. Euro gegenübersteht. Somit zeigt diese Analyse, dass die Zahnärzte wie auch die weiteren Leistungsträger praktisch keinen Nutzen aus der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte ziehen. Vielmehr müssen Kosten in Höhe von über eine Mrd. Euro in den nächsten zehn Jahren gestemmt werden, was per anno 100 Mio. Euro

entspricht. Bei ca. 56.000 niedergelassenen Zahnärzten in Deutschland, würde so ein Kostenaufwand in Höhe von 1.800.- Euro/ Jahr auf die Zahnarztpraxis zukommen.

Als Schlussfolgerung der Kosten-Nutzen-Analyse wird ausgeführt, dass die Zahnärzte keinen Nutzen durch die Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte erfahren. Anders als bei Ärzten oder Apothekern, ohne die die Prozesse der Telematik-Infrastruktur nicht durchgeführt werden könnten, wäre es denkbar, die Zahnärzte beispielsweise gar nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt an der Elektronischen Gesundheitskarte zu beteiligen, so Booz/ Allen/ Hamilton. Von Seiten des Bundes wird diese Einschätzung jedoch nicht weiter berücksichtigt.

Das Unternehmen Booz/ Allen/ Hamilton ist seit über 40 Jahren in Deutschland aktiv und fand seinen Ursprung bereits vor über 90 Jahren in Chicago. Globale Expertise, breit gefächertes Branchenwissen und tief greifendes know-how machten

das Unternehmen zu einem kompetenten Partner von internationalen Unternehmen sowie Regierungen, Ministerien und Einrichtungen der öffentlichen Hand.

Daher dürfte auch die im Juli dieses Jahres veröffentlichte Kosten-Nutzen-Analyse für reichlichen Diskussionsbedarf bei allen beteiligten Akteuren im Gesundheitswesen sorgen.



Elektronische Datenverarbeitung & Informations- und Kommunikationssysteme

2006 war auch für die EDV-Abteilung der Geschäftsstelle ein sehr arbeitsintensives Jahr. Zahlreiche Projekte wurden erarbeitet und umgesetzt, wobei eine Vielzahl aufgrund der eingeschränkten personellen Ressourcen nur mit sehr großer zeitlicher Verzögerung fertig gestellt werden konnte.



Internetforum für den Praxisführungsausschuss konzipiert

Da die Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention am Robert-Koch-Institut (RKI) die neue Empfehlung für alle Hygienearbeiten in der zahnärztlichen Praxis im April dieses Jahres herausgegeben hat, war es notwendig, den Praxisführungsausschuss der Landes Zahnärztekammer im Rahmen der neuen Medien entsprechend zu unterstützen.

Aus diesem Grund wurde für die Mitglieder des Praxisführungsausschusses ein geschlossenes Forum im Internetauftritt der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg installiert. Durch das Forum ist es möglich, Abstimmungsprozesse bei den Fragen rund um das Thema „Hygiene in der Zahnarztpraxis“ zu beschleunigen und so eine zeitnahe Bearbeitung zu gewährleisten.

Beschlussdatenbank aufgebaut

Um den Vorstandsmitgliedern die Suche nach gefassten Beschlüssen zu erleichtern, wurde eine Beschlussdatenbank aufgebaut, in der alle Beschlüsse des Vorstandes und des Umlageausschusses über eine Volltextsuche zu finden sind. Neben der bestehenden Protokolldatenbank erlaubt die Beschlussdatenbank eine selektive Suche nach einzelnen oder mehreren Beschlüssen zu bestimmten Themenbereichen.



PC-Arbeitsplätze modernisiert

Aufgrund des Alters und der damit verbundenen Wartungsanfälligkeit war es notwendig, einzelne PC-Arbeitsplätze in der Geschäftsstelle entsprechend aufzurüsten. Im Rahmen dessen wurde auch das Office-Programm 2000 auf die neue Version 2003 umgestellt.

Fortbildung

Trotz aller Unkenrufe eines Überangebotes an Fortbildung und einer Fortbildungsmüdigkeit erfreute sich die Titiseetagung im Jahr 2006 wieder großer Beliebtheit.

Somit ist die Fortbildung der Bezirkszahnärztekammer Freiburg eine feste Größe, nicht nur im südbadischen Raum. Wie auch im letzten Jahr war die Bezirkszahnärztekammer Freiburg mit der Teilnahme sehr zufrieden. Im Vergleich zum Jahr 2005 konnten wir eine Zunahme der Teilnehmerinnen/Teilnehmer verzeichnen. Sicherlich auch aufgrund des wissenschaftlichen Programms, das wieder im allgemeinen Trend lag. Aber nicht zuletzt auch wegen des Festvortrages von Herrn Prof. Dr. Dr. Spitzer, mit dem Thema: „Macht Fernsehen dumm?“

Der Gesellschaftsabend war, wie in den Vorjahren ebenfalls sehr gut besucht. Somit kann diese Veranstaltung der Bezirkszahnärztekammer Freiburg mit Fug und Recht als gesellschaftlicher Höhepunkt im kollegialen Miteinander angesehen werden.

Zurückblickend kann resümiert werden, dass die gesamte Veranstaltung des Jahres 2006 in Titisee erneut ein großer Erfolg hinsichtlich Fortbildung und Kommunikation war.

Kontinuität in der Fortbildung der Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen

Dr. Anton Fabinger, Referent der BZK Freiburg für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, hat nach 13 Jahren Amtszeit das Zepter an seinen Nachfolger Dr. Peter Riedel übergeben. Zu den umfangreichen Aufgaben des Referates gehört auch die Vorbereitung und wissenschaftliche Leitung der Fortbildungstagung für Zahnmedizinische Fachangestellte in Schluchsee. Bei seiner Abschiedsveranstaltung am 28. April 2006 konnte Dr. Fabinger 450 Teilnehmerinnen begrüßen. Dies zeigt einerseits wie außerordentlich beliebt die Tagung ist und andererseits, dass die Kollegenschaft mit ihren Praxisteams Fortbildung als Selbstverständlichkeit begreift und es hierzu

keinerlei staatlicher Zwangsmaßnahmen bedarf. Die neue Fortbildungsordnung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen mit ihren Aufstiegsmöglichkeiten trägt wesentlich zur Attraktivität des Assistenzberufes bei.

Erstes Praxisgründungsseminar des Zahnärztheuses Freiburg

In der Zeit von Mai bis November 2006 fand erstmals eine Seminarreihe mit wichtigen Themen rund um die Praxisgründung statt.

An sechs Samstagen gaben kompetente Referenten einen kompakten Abriss über die wichtigsten Themen im Zusammenhang mit der erfolgreichen Praxisübernahme bzw. Praxisneugründung.

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen nutzten dieses kompakte Angebot der Bezirkszahnärztekammer, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und des Fortbildungsforum Freiburg, um sich für den Start in der eigenen Praxis fit zu machen.

Die Themenauswahl wurde sehr praxisnah gestaltet und umfasste folgende Bereiche:

- Sicherung der Praxiseinnahmen
- Rhetorik und Grundlagen der Gesprächsführung
- Niederlassungsmanagement
- Strukturen unserer Berufsausübung
- Praxis, Geld und Sicherheit
- Berufsrecht – Fort- und Weiterbildung



Für das Jahr 2008 ist aufgrund der guten Resonanz eine Neuauflage dieser Seminarreihe geplant.

Jugendzahnpflege und Prophylaxe

Im Bereich der „Klein- /Kinder- bzw. Jugendzahnpflege und Prophylaxe“ kann auf Aktionen und Kampagnen wie des DAJ „Be-küssed – Teens zeigen Zähne“ mit Anzeigen in Schülerzeitungen, Plaka-



ten, Postkarten verwiesen werden. Auch werden die Vorschläge der Prophylaxereferentin der Bezirkszahnärztekammer Freiburg in ein neues effektives Verweisungsverfahren bzw. einen neuen Verweisungsschein zur jährlichen Vorsorgeuntersuchung beim Hauszahnarzt einfließen. In diesem Zusammenhang ist auch auf den Beschluss des Prophylaxeausschusses der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, einen neuen „zahnärztlichen Kinderpass“, als Begleitbroschüre zum Kinderuntersuchungsheft zu entwickeln, aufmerksam zu machen. Im Bereich „Senioren und Menschen mit Behinderungen“ kann auf erfolgreiche Informationsveranstaltungen im Kammerbezirk von Freiburg, mit dem Ziel Kontakte zu Pflegeeinrichtungen aufzubauen und Schulungen des dortigen Pflegepersonals anzubieten, verwiesen werden. Dennoch muss gesagt werden, dass besonders in diesem Bereich noch weitere Veranstaltungen folgen sollten, auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung unserer Bevölkerung.

GOZ

Große Unsicherheit besteht weiterhin in der Kollegenschaft, welche Positionen für implantologisch/ chirurgische Leistungen berechnet werden können. Die Bezirkszahnärztekammer Freiburg hat aus diesem Grund mehrere Abrechnungsseminare für Zahnärzte/innen und deren Praxisteam angeboten. Schwerpunkte dieser Kurse waren u.a. einen Überblick der Gestaltungsmöglichkeiten der „veralteten“ GOZ zu vermitteln und die Abrechnung von GOZ- und Selbstzahlerleistungen aufzuzeigen. Die Fortbildungsveranstaltungen haben große Resonanz gefunden und werden aufbauend weitergeführt.

Allgemeine Tätigkeiten

Die täglichen telefonischen Anfragen – Tendenz steigend – kamen hauptsächlich von Zahnarztpraxen zur Berechnung und Auslegung von GOZ/ GOÄ-

Positionen. Die Auslegung stellt dabei das Hauptproblem dar, da die Bundeszahnärztekammer, GOZ-Ausschüsse und GOZ-Arbeitsgruppen die Leistungen unterschiedlich kommentieren.

Deutlich zugenommen haben die Anfragen von Patienten, die um Rechnungsprüfung, Beschreibung und Leistungsinhalt der berechneten Gebühren bitten.

Das Selbstverständnis der Bezirkszahnärztekammer Freiburg als Dienstleister und Serviceinstitution wurde im Jahr 2006 von der Kollegenschaft regelmäßig in Anspruch genommen. Dies betraf besonders die kompetente Beantwortung von Fragen mit Beratungen im Bereich der Zahnärztlichen Stelle, was auch unter den Stichworten Röntgen und Hygiene zu subsumieren ist.

Zudem stand die Bezirkszahnärztekammer Freiburg für Schlichtungen, durch den Schlichtungsausschuss für Zahnmedizinische Fachangestellte und Zahnarthelfer/innen sowie durch die Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung kompetent zur Verfügung.

Den Bereich der allgemeinen Rechtsauskünfte nahm die Kollegenschaft im vergangenen Jahr ebenfalls häufig in Anspruch. Die Bezirkszahnärztekammer Freiburg konnte auch hier mit dem umfangreichen Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahr 2006 der Zahnärzteschaft fundiert und praxisnah bei vielen Fragen bzw. Problemen hilfreich zur Verfügung stehen und die entsprechenden Auskünfte erteilen.

Ähnlich großes Interesse für Fragen und Beratungen bestand auch bei Patienten. Hier ist besonders die Patientenberatung und Zweitmeinung zu nennen.

In Sachen Dienstleitung und Service kann bilanziert werden, dass die Bezirkszahnärztekammer Freiburg im Jahr 2006 sehr gut aufgestellt war. Das gesamte Dienstleistungsspektrum wird für das Jahr 2007 weiter auf hohem Niveau der Kollegenschaft zur Verfügung stehen und dieser somit eine sehr große Hilfe im Alltag bieten.

Vorstandsarbeit

Der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe (BZK) leistete im Jahre 2006 auf Bezirksebene ebenso wie auf Landesebene durch die Tätigkeit im Vorstand der Landeszahnärztekammer und in den einzelnen Ausschüssen wichtige Sacharbeit. Themen waren unter anderem die gesundheitspolitische Entwicklung auf Bundesebene mit den Folgen für die Zahnärzteschaft, die Unterstützung von Protesten gegen die Gesundheitsreform, die Zusammenarbeit der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg ebenso wie aktuelle Fragen in der täglichen Arbeit der Zahnarztpraxis, etwa die Umsetzung neuer Hygienevorschriften.

Geschäftsführung

Seit 01.01.2006 ist Ass. jur. David Richter ausschließlich Geschäftsführer der BZK Karlsruhe. Die Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg genehmigte den vorgelegten Dienstvertrag am 03. Dezember 2005.

Zahnärztehaus Mannheim - gemeinsames Fortbildungskalendarium

Im Sinne der Unterstützung der Kollegenschaft aus einer Hand wurde die gute Zusammenarbeit im Zahnärztehaus Mannheim zwischen der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Karlsruhe im Jahre 2006 fortgesetzt. Gleich zu Beginn des Jahres hatten die Kolleginnen und Kollegen erstmals ein gemeinsames Fortbildungskalendarium in der Hand, das eine Vielzahl von Fortbildungsangeboten überschaubar und planbar machte.



Zahnärztehaus Mannheim, Joseph-Prayer-Str. 7 - D-68127 Mannheim

Qualitätsmanagement

Ab Januar wurde wieder das Qualitätsmanagement der DGQ in Form von Grundlagenschulungen und Workshops durchgeführt. Im April fand bundesweit erstmals der Tag des Qualitätsmanagements im Zahnärztehaus Mannheim unter Leitung von Dr. Norbert Engel, Fortbildungsreferent der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe und Beauftragter für Qualitätsmanagement der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg statt. Als Forum des Erfahrungsaustausches und der Information fand die Veranstaltung regen Anklang, gleichzeitig wurde das Expertengremium 'QM' gegründet.

Gemeinsame Kreisversammlungen

In den „Frühjahrs – Kreisversammlungen“ stand neben den Perspektiven der Gesundheitspolitik noch einmal das Thema „Die neuen RKI Richtlinien“ im Mittelpunkt des Interesses. Fast 1.000 Zahnärztinnen und Zahnärzte besuchten die Veranstaltungen.

Dr. Bernd Borckmann für die BZK Karlsruhe und Dr. Uwe Lückgen für die Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Karlsruhe zeigten die zu erwartenden gesundheitspolitischen Änderungen auf.

Der Praxisführungsausschuss der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg stand unmittelbar vor Fertigstellung des inzwischen veröffentlichten Hygieneleitfadens. Die Mitglieder des Praxisführungsausschusses aus dem Bezirk Karlsruhe konnten hier den fast 1.000 Zahnärztinnen und Zahnärzten vorab wichtige Tipps bei der Umsetzung der Hygienevorschriften geben.



Weiteres Fortbildungsangebot für Zahnärztinnen/ Zahnärzte

Das Seminar „Die Altersvorsorge des Zahnarztes“ wurde von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Karlsruhe gemeinsam mit der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe sowohl im Zahnärztheaus in Mannheim als auch in Karlsruhe mit sehr großem Erfolg angeboten. Weitere gemeinsame Kursangebote mit guter Resonanz waren „Die Technik der intraoralen Fotografie“, „Controlling in der Zahnarztpraxis“ und „Neue Räume in der Zahnarztpraxis“.

Seit August ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Kraft. Aufgrund der vielen arbeitsrechtlichen Fallstricke in der täglichen Personalarbeit des Zahnarztes bietet die Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe seit Ende Oktober 2006 eine Schulung an.



Auch der zahnärztliche Nachwuchs fand den Weg in das Zahnärztheaus. Eine ganztägige Berufsfachkundevorlesung unter Leitung des Vorsitzenden, Dr. Bernd U. Borckmann, besuchten an einem Samstag 70 Studentinnen und Studenten. An diesem Tag wurde so nicht nur der Vorlesungsstoff abgehandelt, sondern neben einem Mittagessen ein Einblick in das Zahnärztheaus Mannheim gewährt.

Zahnmedizinische Mitarbeiter, Fachlehrer, Jugendzahnpflege

Für Mitarbeiterinnen der Praxen (Herstellung von Situationsmodellen, Gruppen- und Individualprophylaxe) und Auszubildende fanden ebenfalls Seminare (Lern-

training für Azubis) statt. In Kooperation mit der Akademie in Karlsruhe wurden nach den Kreisversammlungen insge-



samt 13 Kurse für Helferinnen zum Thema „Umsetzung der neuen Hygienevorschriften“ in der Zahnarztpraxis durchgeführt. Hieran nahmen 1.300 Helferinnen teil. Unter Leitung des Helferinnenreferenten Dr. Robert Heiden fand am 25. und 26. November 2005 in Speyer die alljährliche Fachlehrtagung statt. Dr. Wilko Bouman lud am 9. November 2005 zur Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege ins Zahnärztheaus Mannheim ein.

Öffentlichkeitsarbeit

Neben Maimarkt und Offerta als gemeinsame Veranstaltung für die breite Öffentlichkeit, war die erstmals von der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion



Karlsruhe organisierte Veranstaltung „Zahnmedizin im Blick“ gemeinsam mit der Mund-, Zahn-, und Kieferklinik in Heidelberg ein voller Erfolg. Für die Be-

Bezirkszahnärztekammer war Dr. Bernhard Jäger mit großem Engagement mit der Planung der Veranstaltung befasst. Auf insgesamt drei Etagen der Unizahnklinik wurde ein Einblick in die gesamte Bandbreite der Zahnmedizin gegeben. Insgesamt standen in allen vier Abteilungen 50 Mitarbeiter zur Verfügung, die den rund 2.000 interessierten Besuchern die zahlreichen Fragen beantworteten und die tägliche Arbeit transparent zeigten. Parallel hierzu informierten Aussteller aus der Dentalindustrie Fachleute und Besucher an Ausstellungsständen. Die zahnärztlichen Besucher hatten die Möglichkeit, an der Fortbildung „Der besondere Fall“ aus der Praxis für die Praxis teilzunehmen.



Ausblick

Es ist Halbzeit der 13. Kammerwahlperiode. Der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe, angetreten mit dem Motto „Die Kammer – Ihr Partner“ als Ansprechpartner für die gesamte Kollegenschaft, hat in diesen zwei Jahren erfolgreich dafür gekämpft, vom Gesetzgeber fast täglich neu gestellte Anforderungen rechtzeitig zu erkennen und zu entschärfen. Dieser Weg wird fortgesetzt. Der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer sieht sich weiter in der Pflicht, den niedergelassenen Zahnärztinnen/en in Nordbaden die eigenverantwortliche freiberufliche Tätigkeit durch fruchtbare standespolitische Arbeit, zeitnahe Informationen, abgestimmte Fortbildungsangebote und praktische Hilfestellungen zu erleichtern.

Veränderungen im Vorstand

Dr. Rolf Maurer, stellvertretender Vorsitzender der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart und Mitglied im Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, ist in der Sitzung der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg am 3. Dezember 2005 mit sofortiger Wirkung von allen Kammerämtern zurückgetreten.

Die Vertreterversammlung der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart hat in ihrer außerordentlichen Sitzung am 15.03.2006 für den Rest der Legislaturperiode bis 31.12.2008 Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Böblingen, zur stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart gewählt. In der Folge war die Nachwahl eines Vorstandsmitgliedes erforderlich. Zum neuen Vorstandsmitglied wurde Dr. Gerhard Cube, Stuttgart gewählt.



Der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart setzt sich somit für den Rest der Legislaturperiode wie folgt zusammen: Dr. Konrad Bühler, Vorsitzender, Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, stv. Vorsitzende, Dr. Gerhard Cube, Dr. Dr. Hans Thomas Eiche und Dr. Helmut Schönberg.

Der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart setzt sich somit für den Rest der Legislaturperiode wie folgt zusammen: Dr. Konrad Bühler, Vorsitzender, Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, stv. Vorsitzende, Dr. Gerhard Cube, Dr. Dr. Hans Thomas Eiche und Dr. Helmut Schönberg.

Schwerpunkte der Kammerarbeit

Schwerpunkte der Arbeit der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart im Jahr 2006 waren insbesondere, den Kammermitgliedern Hilfestellung und Unterstützung bei der Umsetzung gesetzlicher Regelungen zu geben, wie z. B.

- Fortbildungspflicht,
- Hygiene und Aufbereitung von Medizinprodukten,
- Qualitätsmanagement,

- Aktualisierung der Fachkunde Strahlenschutz nach der Röntgenverordnung für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen.

Fortbildungspflicht

Highlight des Stuttgarter Fortbildungsjahres 2006 war der 2. Stuttgarter Zahnärztertag, der am 31.3./1.4.2006 im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle, Stuttgart, mit einer eigenen begleitenden Dentalausstellung stattgefunden hat.

Unter der Überschrift „Keramik - das weiße Gold? – Innovationen – Indikationen – Erfahrungen“ wurde die Entwicklung im Bereich der Dentalkeramik aus allen möglichen Blickwinkeln dargestellt. Wer vom Werkstoff her „keramisch denkt“, und sich den modernen CAD/CAM-Systemen stellt, der ist – das war die Quintessenz – zahnheilkundlich für die Zukunft gerüstet. Welche Bedeutung aber auch die Optimierung betriebswirtschaftlicher Abläufe hat, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, legten in hochkarätigen Vorträgen neben den Zahnmedizinern Wirtschaftsexperten dar.



Prof. Dr. rer. nat. Ernst Messerschmid, Astronaut der Spacelab Mission D1 und Direktor des Instituts für Raumfahrtssysteme der Universität Stuttgart, führte die Teilnehmer in seinem Festvortrag „Leben und Forschen im All - Von der Internationalen Raumstation zum Mond und weiter zum Mars“ mit beeindruckenden Filmsequenzen und Fotos auf einen Ausflug in die dritte Dimension.

800 Teilnehmer und ein gelungener Gesellschaftsabend in der Alten Reithalle des MARITIM-Hotels machten die Veranstaltung wieder zu einem vollen Erfolg.

Das diesjährige Forschungsstipendium der Walter und Anna Körner Stiftung, Stuttgart, in Höhe von 25.000,00 EUR erhielt der Tübinger Wissenschaftler Dr. Martin Groten. Er wird dank dieses Stipendiums am international renommierten Lehrstuhl der Universität Zürich seine Erkenntnisse zur Methodik klinischer Studien objektivieren und weiterentwickeln.

Viele weitere Fortbildungsveranstaltungen in Nord-Württemberg haben das Stuttgarter Fortbildungsjahr abgerundet.

Hierzu gehörten insbesondere:



- die wissenschaftlichen Fortbildungen in den 12 Kreisvereinigungen der BZK Stuttgart,
- ein kleines Jubiläum: das 10. KH-Symposium – Herbsttagung der BZK Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Wissenschaftliche Zahnheilkunde Stuttgart/ Katharinenhospital Klinikum Stuttgart zum Thema „Der verlagerte Zahn“,
- „Der junge Zahnarzt“ – Fortbildung in sechs Blöcken für neu approbierte Zahnärztinnen und Zahnärzte – ein praxisnahes, auf junge Kolleginnen und Kollegen zugeschnittenes Curriculum über sechs Monate.

Hygiene und Aufbereitung von Medizinprodukten

Mit riesigem Interesse der Kollegenschaft hat im letzten Jahr die „Tour de Ländle“ der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart zum Thema „Behördliche Kontrollen im Bereich der Hygiene und der Aufbereitung von Medizinprodukten“ stattgefunden. Das dort gegebene Versprechen, die Kollegenschaft und ihre Mitarbeiter/innen noch in der ersten Jahreshälfte 2006 in Veranstaltungen konkret zu informieren und Ihnen den Umgang mit den neuen Anforderungen an die Hygiene kompetent und leicht verständlich zu vermitteln, hat die Bezirkszahnärztekammer Stuttgart Anfang Mai 2006 mit vier Großveranstaltungen eingelöst.

Qualitätsmanagement

Die „Tour de Ländle“ 2006 der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart stand unter dem Thema „Qualitätsmanagement – Gesetzliche Bürde oder Gewinn für die Zahnarztpraxen?“. Diese Frage beantwortete Dr. Norbert Engel, Beauftragter für das Qualitätsmanagement der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg. Er vollzog erfolgreich einen Perspektivwechsel von der Sicht „Was will der Gesetzgeber von mir?“ zu der Sicht „Was will ich als Zahnarzt und für mich und meine Praxis?“.

Aktualisierung der Fachkunde Strahlenschutz nach der RÖV für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen

Nach der Richtlinie „Fachkunde und Kenntnisse im Strahlenschutz bei dem Betrieb von Röntgeneinrichtungen in der Medizin oder Zahnmedizin“ vom 22.12.2005 haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Kenntnisse im Bereich Strahlenschutz (Röntgen) bis zum 30.06.2002 erworben haben, bis spätestens 30.06.2007 diese Kenntnisse zu aktualisieren. Eine Anfrage der BZK Stuttgart in den Zahnarztpraxen im April 2006 hatte ergeben, dass im Bereich der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart ca. 6.500 (!!!) Zahnmedizinische Mitarbei-

ter/innen bis spätestens 30.06.2007 ihre Kenntnisse Fachkunde Strahlenschutz (Röntgen) zu aktualisieren haben.

Die ersten auf Landesebene konzipierten Reaktivierungskurse wurden regional in den Bezirken durchgeführt. Für die BZK Stuttgart bedeutete dies: Organisation und Durchführung von zwölf regionalen Halbtageskursen mit jeweils vier Stunden für fast 3.000 Teilnehmer/innen. Lohn dieses Kraftakts waren nicht nur die erfolgreich bestandenen Testate, sondern auch die vielen positiven Rückmeldungen über die praxisnahe Gestaltung der Kurse und die gute Atmosphäre vor Ort.

„Von Kollegen für Kollegen“

Unter diesem Motto sieht der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart seinen Auftrag. Nur wer die täglichen Fragestellungen der Zahnarztpraxis aus eigener Erfahrung kennt, kann erfolgreich Hilfestellung geben und mit Rat und Tat zur Seite stehen. Im Rahmen seines Vortrages „Die Kammer – Spagat zwischen Behörde und Dienstleister mit Kundenorientierung“ bei der „Tour de Ländle“ 2006 fragte Dr. Bühler die Kollegenschaft nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu den Dienstleistungen der Kammer, um ihr noch bessere Unterstützung bei ihrer Berufsausübung anbieten zu können. Die derzeit laufende Auswertung dieser Umfrage wird die zukünftige Arbeit der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart entscheidend bestimmen.

Vorstandsarbeit

Im Berichtszeitraum fanden vier Vorstandssitzungen statt. Dazu eine Vertreterversammlung, die traditionell immer in Lindau anlässlich der Bodenseetagung im September stattfindet.



Auch die gemeinsame Sitzung des Umfrageausschusses mit dem Vorstand und ein Treffen der Kreisvorsitzenden wurde am Vortag der Bodenseetagung abgehalten.

Ehrung der Berufsjubilare

Anlässlich der Vorstandssitzung im Juni wurden auch wieder die Kolleginnen und Kollegen geehrt, die auf fünfzig Jahre zahnärztliche Approbation zurückblicken konnten.

41. Bodenseetagung

Bei den Fortbildungsveranstaltungen dominierte natürlich im Jahr 2006 die wie immer sehr gut besuchte 41. Bodenseetagung. Neben einem hervorragenden wissenschaftlichen Programm zum Thema „Zahnersatz und Lebensqualität“, kam auch die Pflege des Gemeinsinns nicht zu kurz. Ein Ehrengastessen und ein Gesellschaftsabend rundeten das Programm ab.

Wie seit Jahren, fand parallel zur Fortbildung für Zahnärzte, die Tagung für zahnärztliche Mitarbeiterinnen in Lindau statt. Auch hier ist der steigende Zuspruch ungebrochen. Ein weiteres Seminar für Helferinnen zum Thema Abrechnung rundete die Veranstaltungen für Mitarbeiterinnen ab.

Weitere Fortbildungsveranstaltungen waren drei Veranstaltungen zum Thema „RKI-Richtlinie“ für Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie vier Veranstaltungen für Mitarbeiterinnen.

Demonstrationen gegen die Gesundheitsreform – beispielsweise im Mai in Stuttgart – wurden von der Bezirkszahnärztekammer Tübingen logistisch unterstützt.

Tübinger Praxistag

Im Juli fand der „Tübinger Praxistag“ statt, eine Fortbildungsveranstaltung, die vor Jahren von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Tübingen ins Leben gerufen wurde und seitdem von Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Bezirksdirektion Tübingen und der Bezirkszahnärztekammer Tübingen gemeinsam abgehalten wird. Diese eintägige Veranstaltung zu verschiedenen Themen aus dem Praxisalltag - dieses Jahr war es das Thema Alterssicherung und Werbung - findet immer mehr Zuspruch bei den Kolleginnen und Kollegen. War diese Veranstaltung bisher zentral in Tübingen, so sollen mit wechselnden Veranstaltungsorten - im Jahr 2006 in Rottenburg - in Zukunft die Kollegschaft noch besser erreicht werden.



Standespolitische Nachwuchstagung

Eine weitere, inzwischen auch schon traditionell gemeinsam von der Bezirkszahnärztekammer Tübingen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Bezirksdirektion Tübingen im Herbst abgehaltene Veranstal-

tung ist die „Standespolitische Nachwuchstagung“. Zu dieser Veranstaltung werden, wie der Name schon sagt, Kolleginnen und Kollegen eingeladen, die sich in den ersten Jahren ihrer Praxistätigkeit befinden. Sie sollen bei dieser zweitägigen Veranstaltung an standespolitische Themen herangeführt werden. Nach den einführenden Vorträgen der jeweiligen Vorsitzenden von der Bezirkszahnärztekammer Tübingen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Bezirksdirektion Tübingen gibt es allgemeine Vorträge. In diesem Jahr stand das Thema „Bild des Zahnarzes“ im Mittelpunkt. Die externe Sicht auf den Berufsstand wurde von Prof. Dr. Winfried Marotzki, Magdeburg, die interne Ansicht von Dr. Peter Kuttruff beleuchtet. Diese Bündelung von Kräften von der Bezirkszahnärztekammer Tübingen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Bezirksdirektion Tübingen hat sich nicht nur aus Kostengründen bewährt.



Ulmer Projekt

Nicht direkt von der Bezirkszahnärztekammer Tübingen veranstaltet, aber tatkräftig und finanziell über das Forum Zahngesundheit unterstützt, ist ein Projekt der Ulmer Zahnärztinnen und Zahnärzte, das sich mit der Schulung von Mitarbeitern sowie der Einführung von Zahnpflegemaßnahmen in Alten- und Pflegeheimen befasst.

Podiumsdiskussion

Mitte Oktober fand zusammen mit Ärzten des Bodenseekreises eine Podiumsdiskussion mit dem Mitglied des Deutschen Bundestages, Annette Widmann-Mauz, statt.

Klage vor dem Landgericht

Im Sommer wurde von der Bezirkszahnärztekammer Tübingen, vertreten durch ihren Vorsitzenden vor dem Landgericht Ravensburg Klage gegen eine Zahnarzhelferin erhoben, die selbständig, sozusagen „in Heimarbeit“ Prophylaxeleistungen erbringen wollte. Anfang Oktober erging das Urteil, das die Tätigkeiten „selbständiger“ Zahnarzhelferinnen auf das Bleichen von Zähnen mit handelsüblichen (mass-market products) Präparaten beschränkt sind. Untersagt wurden professionelle Zahnreinigungen, Kinder- und Jugendprophylaxe, Fluoridierungen, somit alle Tätigkeiten, die nach dem Zahnheilkundengesetz delegierbare Leistungen sind. Dieses Urteil wird wohl bundesweite Auswirkungen haben.

Mitglieder

Vorsitzende

HEMBERGER, Dr. Eva, Heidelberg

Stv. Vorsitzender

GRUNERT, Dr. Foelko, Lörrach

BAUDER, Dr. Bert, Mannheim

CAROW, Dr. Jürgen, Flein

SCHEYTT, Dr. Christian, Ulm

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Axel Maag

Ralf Kraft

Kathleen Kamprath

Inge Höllmüller

Der Umlageausschuss führte im Berichtsjahr 2006 fünf Sitzungen durch, davon eine Sitzung zusammen mit dem Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Außerdem fanden eine Schlussbesprechung mit der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer und Belegprüfungen in der Geschäftsstelle, der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und im Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart statt.

Der Umlageausschuss hatte im Berichtsjahr zwei zentrale Themen:

1) Ausarbeitungen für den Umzug der LZK-Geschäftsstelle für die außerordentliche Vertreterversammlung vom 08.04.2006

Aufgabe des Umlageausschusses war die Überarbeitung, Korrektur und Ergänzung der Unterlagen der verschiedenen Miet- bzw. Kaufobjekte für den Umzug der LZK-Geschäftsstelle. Die Objekte mussten bezüglich des Zahlenwerks hinsichtlich Mietzins, Nebenkosten, Ausstattung, notwendigen Investitionen und Kosten eventueller Umbaumaßnahmen vergleichbar gemacht werden.

Die Umlageausschussvorsitzende stellte das Zahlenwerk in der außerordentlichen Vertretersammlung ausführlich vor.

Das Zahlenwerk war die Entscheidungsgrundlage für die Vertreterversammlung, für den Umzug der LZK-Geschäftsstelle in den Albstadtweg zu votieren.

2) Geldanlagen

Auf Vorschlag der Vorsitzenden lud der Umlageausschuss die Vertreter der Geldanlageinstitute ein, um sich persönlich über die Entwicklung der Depots berichten zu lassen.

Bereits während dieser Gespräche fanden intensive Verhandlungen statt, die zu einer deutlichen Verbesserung der Verzinsung der im Rahmen der Betriebsmittelrücklage angelegten Festgelder sowie der für das laufende Geschäftskonto führten.

Eine zentrales Reporting über Verzinsungsvereinbarungen mit den ortsansässigen Banken an die LZK-Geschäftsstelle ist geplant.



Ausarbeitung Praxis-KFZ

Bei der steuerlichen Berücksichtigung des KFZ eines Freiberuflers gab es einschneidende steuerliche Veränderungen (Anwendung der so genannten 1%-Regelung). Die Vorsitzende des Umlageausschusses, Dr. Hemberger, hat dazu eine Ausarbeitung vorgelegt, die auch in der Juliausgabe des Zahnärzteblatt Baden-Württemberg veröffentlicht wurde. Die Umlageausschussvorsitzende hat auf das ihr zustehende Autorenhonorar verzichtet.

Jahresabschlüsse und Prüftätigkeit

Die Jahresabschlüsse der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, ihrer Untergliederungen und Einrichtungen wurden vom Umlageausschuss geprüft. Der Umlageausschuss hat sich mit Abweichungen zu den Haushaltsanforderungen und dem aktuellen Stand der

Rücklagen und Rückstellungen beschäftigt.

Der Vertreterversammlung wird wie im Vorjahr vorgeschlagen, die Mehreinnahmen aus dem Jahr 2005 zur Entlastung der Haushaltsanforderungen 2007 zu verwenden und in den jeweiligen Teilhaushalten zu belassen.

Die Betriebs-, Wirtschafts- und Rechnungsführung 2005 der Kammer, ihrer Untergliederungen und Einrichtungen wurden vom Umlageausschuss unter Zuziehung der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer geprüft. Über die Prüfungen wurden Prüfberichte erstellt, die mit dem hinzugezogenen Prüfer, Uwe Stohner, in Anwesenheit von Mitgliedern des Vorstandes in der Schlussbesprechung behandelt wurden. Die Prüfstelle konnte bestätigen, dass die Rechnungsführung den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung entspricht und sich keinerlei Beanstandungen in Form von „Prüfbemerkungen“ ergeben haben. Die Prüfberichte konnten in der Zeit vom 6.11. bis 24.11.2006 bei der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg eingesehen werden.

In der Geschäftsstelle und in den beiden Fortbildungseinrichtungen, der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und dem Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart, wurde jeweils eine Belegprüfung durchgeführt. Die Prüfungen fanden aus Gründen der Kostenersparnis nur noch nach dem Vier-Augen-Prinzip statt.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden wird in der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg eine Dokumentenmatrix erarbeitet, die das Formularwesen erleichtert und auch Aushilfskräften zur schnellen Orientierung dient.

Über die Belegprüfungen der Umlageausschüsse bei den Bezirks Zahnärztekammern wurde im Umlageausschuss der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg berichtet.

Die im letzten Jahr von Uwe Stohner erstellte Ausarbeitung mit Vergleich der

Geschäftsstelle und der Bezirks Zahnärztekammern untereinander und gegenüber anderen Landes Zahnärztekammern wurde aktualisiert und beraten.

Haushalt und Kammerbeitrag

Der Umlageausschuss hat sich intensiv mit den Ansätzen für den Haushalt 2007 und dem daraus resultierenden Kammerbeitrag auseinandergesetzt. Insbesondere informierte sich der Umlageausschuss auf Vorschlag der Vorsitzenden erstmals über die Haushalte des Informationszentrum Zahngesundheit und des Zahnärzteblattes Baden-Württemberg, die je zur Hälfte vom Haushalt der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg getragen werden.

Neu im Haushalt ist die vom Vorstand beschlossene Einrichtung eines Senioren- und Behindertenbeauftragten in den Kreisvereinigungen bei den Bezirks Zahnärztekammern.

Die vom Vorstand beschlossene Einstellung von zwei neuen Mitarbeitern (EDV-Mitarbeiter und Sachbearbeiter Praxisführungsausschuss) wurde im Haushalt berücksichtigt.

Das Gutachten über die Rückstellung für betriebliche Altersversorgung wird lediglich im zweijährigen Turnus erstellt.

Für den Fall, dass in der Vertreterversammlung Beschlüsse gefasst werden, die Auswirkungen auf dem Kammerbeitrag haben, hat der Umlageausschuss Vorschläge zur Vorgehensweise gemacht, um den einzelnen Bezirks Zahnärztekammern zu ermöglichen, eine eventuelle Beitragserhöhung durch Einsparungen alio loco zu verhindern.

Änderungen von Richtlinien, Ordnungen und Leitlinien mit haushalterischen Auswirkungen

- 1) Zur vorgesehenen Änderung der Entschädigungsordnung betreffend die Entschädigung für Mitglieder der Prüfungsausschüsse, hat der Umlage-

ausschuss die finanziellen Auswirkungen der Änderung ermittelt.

- 2) Die „Leitlinie zur Bearbeitung von Anträgen auf Erlass oder Ermäßigung des Kammerbeitrages für Umlageausschüsse bei den Bezirkszahnärztekammern“ wurde bezüglich der vorgesehenen Ermäßigungen präzisiert.
- 3) Beitragsordnung
Die Erhebung des Kammerbeitrags bei Zahnärzten, die in mehreren Bezirken in Baden-Württemberg einen Praxissitz haben, wurde abgeklärt.
- 4) Aufwandsentschädigungsordnung
Der Umlageausschuss hat den Kostenansatz für die Etablierung von Senioren-/ Behindertenbeauftragten in den Kreisvereinigungen geprüft.

Die bisher lediglich über die Erläuterungen zum Haushaltsplan definierte Regelung zur Vergütung für Zeitaufwand wurde in die Aufwandsentschädigungsordnung aufgenommen.
Neu aufgenommen wurde ebenfalls eine monatliche Aufwandsentschädigung für den vom Vorstand installierten Referenten für Praxisführung auf Landesebene. Die geänderte Aufwandsentschädigungsordnung wird der Vertreterversammlung im Dezember dieses Jahres zur Entscheidung vorgelegt.
- 5) Zuwendungen an Angestellte anlässlich eines Dienstjubiläums
Das Merkblatt wurde aktualisiert.
- 6) Der Umlageausschuss hat sich mit Detailfragen zur Reisekostenordnung beschäftigt.

Änderung der Bezeichnung „Umlageausschuss“

Im Heilberufe-Kammergesetz heißt der Umlageausschuss seit 14. Februar 2006 „Haushaltsausschuss“.

Bis zu der vorgesehenen Änderung der Satzung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bleibt es jedoch bei der Benennung „Umlageausschuss“.

Mitglieder

Vorsitzender

bis Mai 2006:

MAHLER, Siegfried, Wannweil,
Vizepräsident des Landgerichts Stuttgart

Beisitzer

Juristischer Beisitzer

SCHWALL, Helmut, Sindelfingen
LMinRat a. D.

1. zahnärztlicher Beisitzer

bis 29.07.2006:

STELZER, Dr. Olaf, Merzhausen

ab 30.07.2006:

HAENEL, Dr. Stephan, Zell a. H.

2. zahnärztlicher Beisitzer

bis 29.07.2006:

EHRICHT, Dr. Rainer, Weinheim

ab 30.07.2006:

STICHS, Dr. Hans-Peter, Hemsbach

3. zahnärztliche Beisitzerin

SAUTER, Dr. Gisela, Stuttgart

Stellvertretende Mitglieder

Stv. Vorsitzender

HEYDLAUF, Harald, Marbach,
Direktor des Amtsgerichts Ludwigsburg

Stellvertretende Beisitzer

Stv. Juristischer Beisitzer

von AU, Lutz-Rüdiger, Kuchen,
Vizepräsident des Landgerichts Stuttgart

Stv. 1. zahnärztlicher Beisitzer:

de CASSAN, Dr. Klaus, Murg

Stv. 2. zahnärztlicher Beisitzer:

bis 29.07.2006:

BORMANN, Rainer, Hockenheim

ab 30.07.2006:

FUCHS, Dr. Gerald, Rastatt

Stv. 3. zahnärztlicher Beisitzer:

RÜHLE, Dr. Frank, Dettenhausen

Geschäftsstelle

Geschäftsstellenleiter

Axel Maag

Sekretariat

Cäcilia Falk

Berufsständische Gerichtsbarkeit ist Kammeraufgabe

Nach dem Heilberufe-Kammergesetz gehört es zu den Aufgaben der Kammer, die Einhaltung der Berufspflichten durch Kammermitglieder zu überwachen. Kammermitglieder haben sich wegen berufsunwürdiger Handlungen in einem Berufsgerichtsverfahren zu verantworten.

Zu diesem Zwecke ist bei der Kammer in Form der Organschaft eine berufsständige Gerichtsbarkeit eingerichtet, die ihre Urteile „im Namen des Volkes“ fällt. Bei den vier Bezirkszahnärztekammern im Lande ist je ein erstinstanzliches Bezirksberufsgerichte und bei der Landes-zahnärztekammer ein Landesberufsgericht für Zahnärzte als Berufungsinstanz installiert. Die Mitglieder der Berufsgerichte, die im Einvernehmen mit dem Justizministerium Baden-Württemberg bestellt werden, besitzen als solche richterliche Unabhängigkeit.

Das Heilberufe-Kammergesetz sieht für berufsrechtliche Verstöße unterschiedliche berufsgerichtliche Maßnahmen vor. Nach § 58 Heilberufe-Kammergesetz sind diese:

- eine Warnung
- ein Verweis
- eine Geldbuße bis zu 50.000 €,
- die Aberkennung der Mitgliedschaft in den Organen der Kammer und den Vertretungen und Ausschüssen in den Untergliederungen oder
- die Aberkennung des Wahlrechts und der Wählbarkeit in die Organe der Kammer und in die Vertretungen und Ausschüsse der Untergliederungen bis zur Dauer von fünf Jahren.

Anzahl der Berufungen sind rückläufig

Die Anzahl der gegen erstinstanzliche Berufsgerichtsentscheidungen eingelegten Berufungen ist im Vergleich zum Vorjahr konstant. Im laufenden Berichtsjahr wurden insgesamt fünf Berufungsanträge bei der Geschäftsstelle des Landesberufsgerichts gestellt.

Verhandlungen von Berufungen aus dem Jahr 2005

	Zahl	Verstöße
Verurteilungen	1	Notfalldienstverstoß
Verurteilung unter Abänderung der berufsgerichtlichen Maßnahme	1	Notfalldienstverstoß
Einstellung des Verfahrens durch Beschluss	1	Verstoß gegen allgemeine Berufspflichten
	1	Verstoß Werbung
Rücknahme der Berufung	1	Sexuelle Nötigung
	1	Verstoß gegen allgemeine Berufspflichten
Freisprüche	-	
noch offene Fälle	-	

Verhandlung von Berufungen aus dem Jahr 2006

Verurteilung	1	Werbung
Verurteilung unter Abänderung der berufsgerichtlichen Maßnahme	-	
Einstellung des Verfahrens	-	
Rücknahme der Berufung	-	
Freisprüche	-	
noch offene Fälle	1	Notfalldienstverstoß
	1	Werbung
	1	Verstoß gegen allgemeine Berufspflichten
	1	Unkollegiales Verhalten

Neueingänge der Berufungsverfahren aus den Bezirken in 2006

Stuttgart	Freiburg	Karlsruhe	Tübingen
2	2	2	-

Beschwerdeverfahren gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens

Zu den Aufgaben des Landesberufsgerichts für Zahnärzte gehört es des Weiteren, über die Beschwerde eines Anzeigerstatters gegen die Einstellung des berufsgerichtlichen Ermittlungsverfahrens nach § 23 Abs. 2 Berufsgerichtsordnung (BGO) zu entscheiden.

§ 24 Abs. 2 BGO sieht danach vor, dass ein Anzeigerstatter, falls er durch die Handhabung verletzt ist, binnen zwei Wochen nach Bekanntmachung der das Ermittlungsverfahren einstellenden Verfügung des Kammeranwalts, die Entscheidung des Landesberufsgerichts darüber beantragen kann, ob die berufsgerichtliche Klage zu erheben ist.

Im Gegensatz zu den Berufungen gegen erstinstanzliche Entscheidungen waren die von Anzeigerstattern gestellten Anträge auf berufsgerichtliche Entscheidung nach § 24 Abs. 2 BGO im Berichtsjahr 2006 stark rückläufig.

Anträge auf berufsgerichtliche Entscheidung im Berichtsjahr 2006

	Zahl	Sachverhalt
Beschwerden und Anträge aus dem Jahr 2005	5	2 Anträge wurden als unzulässig und 3 als unbegründet verworfen
Beschwerden und Anträge aus dem Berichtsjahr 2006	1	Antrag wurde als unzulässig verworfen
noch offene Fälle	-	

Erstinstanzliche Verfahren vor den Bezirksberufsgerichten 2006

	FR	KA	S	TÜ
Anzahl der Verfahren insgesamt	11	15	17	6
Anzahl der Verurteilungen zu:				
Warnung	-	1	2	1
Verweis	-	2	1	1
Geldbuße	2	2	6	-
Aberkennung der Mitgliedschaft in den Organen der Kammer und den Vertretungen und Ausschüssen in den Untergliederungen	-	-	-	-
Aberkennung des Wahlrechts und der Wählbarkeit in die Organe der Kammer und in die Vertretungen und Ausschüsse der Untergliederungen bis zur Dauer von 5 Jahren	-	-	-	-
Anzahl der Einstellungen gem. § 153 a StPO	-	4	2	-
Anzahl der Einstellungen gem. § 153 StPO	-	-	3	-
Anzahl der Einstellungen gem. § 154 StPO	-	-	-	1
Anzahl der Freisprüche	-	1	2	-
Anzahl der noch offenen Fälle	9	5	1	3

Mitglieder

Vorsitzender

SCHWALBER, Dr. Joachim, Freiburg

Stv. Vorsitzender

FORSCHNER, Dr. Wilfried, Biberach

CAROW, Dr. Jürgen, Flein

SUNDMACHER, Dr. Karl-Heinz, Hockenheim

TOMPERT, Dr. Torsten, Esslingen

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Cäcilia Falk

Unter der Leitung von Dr. Schwalber führte der Satzungsausschuss 2006 zwei Sitzungen durch, nachdem auf Grund der zum 16.02.2006 erfolgten Novellierung des Heilberufe-Kammergesetzes (HBKG) der LZK-Vorstand eine umfassende Änderung der aus dem Jahre 1977 stammenden Satzung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg sowie entsprechende Folgeänderungen von Satzungen beim Satzungsausschuss in Auftrag gegeben hatte.

Im Einzelnen beschäftigte sich der Satzungsausschuss mit nachfolgenden Satzungsänderungen und machte hierzu entsprechende Vorschläge, die – mit Ausnahme der Beitragsordnung, die bereits am 8. und 9. Dezember 2006 der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zur Beratung vorgelegt wird – im Sommer 2007 der Vertreterversammlung vorgelegt werden.

Änderung der Satzung

Mit der Novellierung des Heilberufe-Kammergesetzes wurde für die Heilberufe-Kammern die Möglichkeit geschaffen, durch Satzung einen „Versammlungsleiter“ für die Vertreterversammlungen zu installieren. Der Satzungsausschuss hat sich für die Aufnahme dieser Regelung sowie die gemäß Heilberufe-Kammergesetz seit längerem bestehende Möglichkeit der Einführung einer freiwilligen Kammermitgliedschaft ausgesprochen.

Die Mitglieder des Satzungsausschusses haben sich in diesem Zusammenhang auch dafür ausgesprochen, die Dauer der Wahlperiode von bisher vier auf fünf Jahre zu verlängern.

Neufassung der Beitragsordnung

Vom Satzungsausschuss wurde, bedingt durch die letztes Jahr bereits erfolgte Anpassung der Berufsordnung für Zahnärzte an die Muster-Berufsordnung der Bundeszahnärztekammer, die mehrere Niederlassungen ermöglicht, auch die Beitragsordnung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg angepasst. Die vorgelegte Änderung sieht vor, dass Zahnärzte, die im Kammerbereich in mehreren Bezirken Praxissitze begründen, von jeder Bezirks Zahnärztekammer zum jeweiligen Beitragsanteil der Bezirks Zahnärztekammer herangezogen werden. Vorstand und Umlageausschuss haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung diesem Änderungsvorschlag angeschlossen. Die Satzungsänderung wird der Vertreterversammlung am 8. und 9. Dezember 2006 zur Beschlussfassung vorliegen.

Neufassung der Meldeordnung

Bedingt durch die Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes hat der Satzungsausschuss sich auch mit einer Überarbeitung der Meldeordnung und insbesondere des Meldebogens beschäftigt.

Neufassung der Geschäftsordnungen von Vertreterversammlung und Vorstand

Die Überarbeitung der Satzung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bedingte letztlich sowohl eine Neufassung der Geschäftsordnung der Vertreterversammlung als auch der des Vorstandes. Maßgebliche Änderung war insbesondere die in der Satzung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg empfohlene Einführung eines Versammlungsleiters für die Vertreterversammlungen.

Neufassung der Gutachterordnung

Nachdem sich die Gutachterreferenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Bezirks Zahnärztekammern mit der Überarbeitung der Gutachterordnung auseinandergesetzt und Vorschläge erarbeitet hatten, sind diese in die Beratungen des Satzungsausschusses eingeflossen. Der Satzungsausschuss hat sich dem Vorschlag der Gutachterreferenten angeschlossen und hat die Empfehlung ausgesprochen, in der Gutachterordnung zu regeln, dass als Voraussetzung für eine Bestellung zum Kammergutachter eine bestehende zahnärztliche Berufsausübung erforderlich ist.

Eine weitere Änderung ergab sich auf Grund der Änderung der Rechtsgrundlage für die Entschädigung der Gutachter. Das frühere Zeugen- und Sachverständigenentschädigungsgesetz (ZSEG) wurde durch das Justizvergütungsentschädigungsgesetz (JVEG) ersetzt.

Änderung der Wahlordnung

Die Mitglieder des Satzungsausschusses beschäftigten sich auch mit einer Überarbeitung der Wahlordnung. Ziel war es, Unklarheiten in der seit 1991 geltenden Wahlordnung zu beseitigen. Die vom Satzungsausschuss erarbeiteten Änderungsvorschläge wurden in enger Abstimmung mit dem Landeswahlleiter, LMinRat Helmut Schwall, a.D., erarbeitet.

Mitglieder

Vorsitzender

BORCKMANN, Dr. Bernd Ulrich, Heidelberg

Stv. Vorsitzender

MEISSNER, Dr. Ulrich, Freiburg

FALKENTHAL, Dr. Hartmut, Leonberg

WELLER, Dr. Helmut, Pfullendorf

WILZ, Dr. Jan, Mannheim

Beratendes Mitglied

RAFF, Dr. Alexander, Stuttgart

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Thorsten Beck

Katja Veit

Unter der Leitung von Dr. Borckmann führte der GOZ-Ausschuss im Berichtsjahr 2006 insgesamt drei Sitzungen durch.

Berechnungs- und Auslegungsfragen

Der GOZ-Ausschuss der Landeszahnärztekammer, der sich mit Fragen rund um die Gebührenordnung für Zahnärzte befasst, hatte sich in seinen diesjährigen Sitzungen neben der Bearbeitung von Berechnungs- und Auslegungsfragen sowie der Aktualisierung des Beschlusskataloges im Praxishandbuch unter der Rubrik



„Gebührenordnung für Zahnärzte“, auch mit den gesundheitspolitischen Entwicklungen auf Bundesebene und der derzeit in der Überarbeitung befindlichen GOZ zu befassen.

Neben telefonischen und schriftlichen Anfragen zur GOZ bereitete der GOZ-Ausschuss Abrechnungshinweise, Urteile, Listen von berechnungsfähigen Materialien und zahnmedizinische Bewertungen auf und vertrat so zahnärztliche Be-

lange und zugleich Belange des Allgemeinwohls in gleicher Hinsicht nach Außen.

Das Praxishandbuch „Gebührenordnung für Zahnärzte“ auf der CD-Rom der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg umfasst in seinem Beschlusskatalog mittlerweile über 200 veröffentlichte Beschlüsse des GOZ-Ausschusses.



Die Beschlüsse werden aktuell in das Internet eingestellt und können somit jederzeit abgerufen werden. Auf der Seite www.lzk-bw.de unter dem Menü: Zahnärzte/ Praxishandbücher/ Gebührenordnung für Zahnärzte/ Beschlusskatalog, sind alle Beschlüsse themenspezifisch geordnet und erlauben somit eine gezielte Suche nach dem gewünschten Schwerpunkt.

Ein vom GOZ-Ausschuss im Jahr 2006 gefasster Beschluss, der im Beschlusskatalog des Praxishandbuches „Gebührenordnung für Zahnärzte“ veröffentlicht wurde ist nachfolgend exemplarisch aufgeführt:

Berechnung zahntechnischer Leistungen

Der GOZ-Ausschuss stellt fest, dass ein deutsches zahntechnisches Labor nur bei Regelleistungen für GKV-Versicherte an das geltende Bundeseinheitliche Leistungsverzeichnis (BEL) gebunden ist.

Bei der Rechnungsstellung für PKV-Patienten besteht keine Bindung an das BEL; lediglich die §§ 9 und 10 GOZ müssen hierbei beachtet werden. Demnach sind die angemessenen Kosten berech-

nungsfähig. Eine rechtliche Bindungswirkung des im kassenzahnärztlichen Bereich geltenden Einheitlichen Verzeichnisses der abrechnungsfähigen zahn-technischen Leistungen für die Privatliquidation besteht somit nicht.

Dies folgt daraus, dass auch im Bereich der zahntechnischen Leistungen sich die Leistungserbringung im Rahmen der vertragszahnärztlichen Versorgung an den Grundsätzen des Ausreichenden, Zweckmäßigen und Wirtschaftlichen orientieren muss, während eine solche Beschränkung bei der Behandlung von Privatpatienten nicht existiert. Es ist daher auch in der Rechtsprechung zutreffend anerkannt, dass in diesem Rahmen dem Zahnarzt ein Anspruch auf Erstattung der tatsächlich angefallenen Kosten zusteht, soweit diese als angemessen anzusehen sind und dass dabei die Bundeseinheitliche Benennungsliste (BEB) zu Grunde gelegt werden kann (OLG Düsseldorf, Urteil vom 7.5.1996, 4 U 43/95; AG Nürnberg, Urteil vom 14.10.1994, 31 C 3271/94; AG Dortmund, MDR 91, S. 1037).“

GOZ-Novellierung

Im Rahmen seiner Sitzungen befassten sich die Ausschussmitglieder auch mit der geplanten Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte. Leider war bisher vom Bundesministerium für Gesundheit keine Klarheit geschaffen worden, was den aktuellen Stand bzw. die Entwicklung auf Bundesebene anbelangt. Im Juli 2004 begann unter Beteiligung der Bundeszahnärztekammer, des Verbandes der privaten Krankenversicherung sowie von Vertretern der Beihilfekostenträger eine Arbeitsgruppe mit den Vorbereitungen für eine Neufassung der GOZ auf der Grundlage des geltenden BEMA. Wegen differenzierenden Auffassungen des Bundesministerium für Gesundheit und der Bundeszahnärztekammer, hat die Bundeszahnärztekammer eine weitere Mitarbeit an einer bemaorientierten neuen GOZ einvernehmlich eingestellt und mit dem Bundesministeri-

um für Gesundheit vereinbart, dass die Bundeszahnärztekammer mit dem Bundesgesundheitsministerium den auf wissenschaftlicher Basis erstellten und betriebswirtschaftlich kalkulierten Entwurf einer neuen Gebührenordnung gemeinsam beraten wird. Voraussichtlich bis Ende dieses Jahres ist mit einem abschließenden Beratungsergebnis zu rechnen. Wie das Bundesministerium für Gesundheit mitteilte, könne dementsprechend das formale Verordnungsverfahren zur Novellierung der GOZ frühestens im Laufe des ersten Halbjahres 2007 eingeleitet werden.

Darüber hinaus veröffentlichte die Bundeszahnärztekammer zu Beginn dieses Jahres ein „Verzeichnis der zahnärztlichen Leistungen - basierend auf der wissenschaftlichen Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde“. Das Verzeichnis versteht sich als Anlage zu einer novellierenden Gebührenordnung für Zahnärzte und soll dem Zahnarzt eine Grundlage geben, dem Patienten eine am medizinisch Notwendigen wie auch den subjektiven Wünschen des Patienten entsprechend ausgerichtete Therapie anzubieten.

GOZ-Arbeitsgruppe Süd

Mit der Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte beschäftigte sich auch die GOZ-Arbeitsgruppe Süd in der die GOZ-Referenten der Länderkammern



Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen und dem Saarland vertreten sind. Im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung im Mai dieses Jahres in

München, bestand für die Teilnehmer die Aufgabe darin, das neu entworfene Verzeichnis der Bundeszahnärztekammer zu überarbeiten und mit Materialkosten zu unterlegen.

Die Veröffentlichung der BZÄK „Verzeichnis der zahnärztlichen Leistungen - basierend auf der wissenschaftlichen Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde“, die bisher ohne jegliche Preisangabe erfolgte, sollte so um die Spalten „Material“, „Preise“ und „Summe“ ergänzt werden.

Insgesamt fanden im Jahr 2006 zwei Sitzungen der GOZ-Arbeitsgruppe Süd statt, an welchen der Vorsitzende des GOZ-Ausschusses der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg teilgenommen hat. Im April dieses Jahres war die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg gastgebende Kammer.

Dass der GOZ-Ausschuss der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg in der GOZ-Arbeitsgruppe Süd vertreten ist, spiegelt sich auch in den vielen übereinstimmenden Beschlüssen wieder. Neben der GOZ-AG Süd im Bundesgebiet, ist die GOZ-AG Mitte und die GOZ-AG Nord als Vertreter der jeweiligen Länderkammern organisiert. Ziel bei den in regelmäßigen Abständen stattfindenden gemeinsamen Sitzungen ist die organisierte und transparente Abgleichung und Vereinheitlichung von Beschlüssen, die in einen bundeseinheitlichen Beschlusskatalog der Bundeszahnärztekammer münden.

Strittige Fragen, die einer grundsätzlichen Abklärung bedurften, wurden in die GOZ-Arbeitsgruppe Süd eingebracht, um diese dort überregional zu behandeln und einen möglichst bundeseinheitlichen Konsens zu erzielen.

Private Krankenversicherungen

Im Rahmen seiner Sitzungen und der Bearbeitung von Berechnungs- und Auslegungsfragen zur GOZ stellte der Ausschuss fest, dass private Krankenversicherungen vermehrt zahnärztliche Heil-

und Kostenpläne sowie Liquidationen in Frage stellen und mit ablehnenden Erstattungsschreiben ihre Versicherten verunsichern. Derartige Vorgänge stellen einen starken Eingriff in das Vertrauens- und Vertragsverhältnis zwischen Zahnarzt und Patient dar. Zum Teil beinhalteten die Schreiben Formulierungen, die sachlich und fachlich nicht haltbar sind.

Neben Schriftwechsel mit den betreffenden privaten Krankenversicherungen fand im Oktober dieses Jahres ein Gespräch zur aktuellen Gesundheitsreform mit dem PKV-Landesverband Baden-Württemberg statt, an dem von Seiten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg neben dem Präsidenten Dr. Lenke auch der Vorsitzende des GOZ-Ausschusses teilnahm. Hierzu wurden umfangreiche Ausarbeitungen von der Landes Zahnärztekammer sowie der Bezirks Zahnärztekammer Karlsruhe erstellt, die eine Aufstellung der von verschiedenen PKVen in der Vergangenheit getätigten negativen Aussagen gegenüber zahnärztlichen Behandlern und der Landes Zahnärztekammer aufzeigten. Es wurde ein weiterer Gesprächstermin vereinbart, um die Thematik bezüglich der vermehrten Eingriffe von privaten Krankenversicherungen in das Zahnarzt-Patienten-Verhältnis konkret zu besprechen und mögliche gemeinsame Lösungswege zu erarbeiten.

Patienten-Informationsblatt

Die aktuelle Diskussion um die Höhe der Honorierung ärztlicher und zahnärztlicher Leistungen ist längst überfällig. In der Zahnheilkunde war die Entwicklung völlig anders als in der Medizin. Die Gebührenordnung für Zahnärzte ist seit ihrer Einführung 1988 nicht mehr angepasst worden. Das bedeutet: Seit 19 Jahren sind die Honorare für die zahnärztlichen Leistungen auf dem Stand von 1988 stehen geblieben. Inzwischen sind die Praxiskosten aber um mehr als 40% gestiegen, ohne dass eine Anpassung der Gebühren erfolgte.

Aus diesem Grund hat der GOZ-Ausschuss das Patienten-Informationsblatt „Honorierung zahnärztlicher Leistungen nach der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ)“ entworfen. Aus diesem geht hervor, dass Leistungen nach der GOZ oft nur bei einem höheren Steigerungssatz als 2,3-fach vergleichbar oder besser honoriert werden als Leistungen nach BEMA.

Übersehen wird in der aktuellen Diskussion auch, dass Privatpatienten keinen Einschränkungen bei der Therapie unterliegen, während bei gesetzlich Versicherten Therapieausgrenzungen gesetzlich oder vertraglich geregelt sind. Höherwertige, aufwändige und kostenintensive Therapien müssen auch höher honoriert werden. Schon 1988 war die Bandbreite der zahnärztlichen Möglichkeiten größer als der Gebührenrahmen: Deshalb wurde im § 2 der GOZ die Vereinbarung von „abweichenden Gebühren“ ausdrücklich vorgesehen. Eine fachlich qualifizierte Behandlung ist nur zu einem angemessenen Honorar, d. h. oft nur durch Gebührenvereinbarung nach § 2 GOZ möglich. Das Patienten-Informationsblatt soll vor allem den Patienten in den Zahnarztpraxen vor Augen führen, welche Abwertung die GOZ seit 1988 erfahren hat.



Veröffentlichungen im ZBW

Wie in den Jahren zuvor haben die Mitglieder des GOZ-Ausschusses auch in 2006 einzelne Themen im Zusammenhang mit der GOZ im Zahnärzteblatt veröffentlicht.

ZBW 1/2006
Vermeidbarer Streit
Dr. Hartmut Falkenthal, Leonberg

ZBW 2/2006
Die analoge Berechnung des externen Sinusliftes nach GOZ
Dr. Ulrich Meißner, Freiburg

ZBW 3/2006
EGO-Z oder was?
Dr. Bernd U. Borckmann, Heidelberg

ZBW 4/2006
„Vergessene“ Leistungen
Dr. Dr. Alexander Raff, Stuttgart

ZBW 5/2006
Erstattung zahntechnischer Maßnahmen nach Sachkostenliste
Dr. Jan Wilz, Mannheim

ZBW 6/2006
Ins Blaue hinein...
Dr. Helmut Weller, Pfullendorf
ZBW 7/2006
Stellvertreterkrieg
Dr. Hartmut Falkenthal, Leonberg

ZBW 8/2006
Abrechenbarkeit einer Füllung auf implantatgetragenen Kronen
Dr. Ulrich Meißner, Freiburg

ZBW 9/2006
Ist Deutschland (noch) eine Demokratie?
Dr. Bernd U. Borckmann, Heidelberg

ZBW 10/2006
Das geplante Versicherungsermächtigungsgesetz
Dr. Dr. Alexander Raff, Stuttgart

ZBW 11/2006
Zur Auslegung des so genannten „Zielleistungsprinzips“
Dr. Jan Wilz, Mannheim

ZBW 12/2006
Dr. Helmut Weller, Pfullendorf

Vorsitzender

RIEGER, Dr. Klaus-Peter, Reutlingen

Stv. Vorsitzender

STOLL, Dr. Bernd, Albstadt

FABINGER, Dr. Anton, Breisach-

Oberrimsingen (bis 01.05.2006)

HEIDEN, Dr. Robert, Karlsruhe

RIEDEL, Dr. Peter, Waldkirch (ab
02.05.2006)

SCHÖNBERG, Dr. Helmut, Fellbach

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Thorsten Beck

Annerose Hauber

Unter dem Vorsitz von Dr. Rieger führte der Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Berichtsjahr 2006 zwei Sitzungen durch.

Verabschiedung eines langjährigen Ausschussmitgliedes

Zum 01.05.2006 ist Dr. Anton Fabinger, Breisach-Oberrimsingen, als Mitglied des Ausschusses für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen ausgeschieden.

Dipl. Psych. Dr. Anton Fabinger, der auch als Referent am Fortbildungsforum Zahnärzte (FFZ) in Freiburg tätig ist, prägte die Ausschussarbeit durch eine konstruktive Mitarbeit im Ausschuss und seine liebenswerte Art im Umgang mit Kolleginnen und Kollegen sehr viele Jahre und gestaltete so die Entwicklungen auf Landesebene maßgeblich mit.

Seinen Platz im Ausschuss nahm Dr. Peter Riedel aus Waldkirch ein, der seit Jahren als stellvertretender Bezirksreferent in der Ausschussarbeit tätig ist.

Pilotprojekt „2-jährige Ausbildung zur Zahnmedizinischen Praxisangestellten“ der Bundeszahnärztekammer

Der Ausschuss beschäftigte sich in diesem Jahr auch mit dem Pilotprojekt „2-jährige Ausbildung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten“ der Bundeszahnärztekammer. Auf Empfehlung des Geschäftsführenden Vorstandes der

Bundeszahnärztekammer hat eine auf Bundesebene eingerichtete Arbeitsgruppe den Auftrag erhalten, die Initiierung des 2-jährigen Berufsbildes Zahnmedizinische Praxisangestellte, neben der gegenwärtigen 3-jährigen Ausbildung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFA) mittels einer zeitlich befristeten Erprobungsverordnung voran zu treiben.

Da es sich bei der Thematik um eine aktuelle bildungspolitische Debatte mit möglichen Auswirkungen auf den Zahnarzt als Ausbilder und Arbeitgeber handelt, hat sich der Ausschuss in seiner Sitzung im März dieses Jahres mit dieser Thematik beschäftigt und sich einstimmig gegen die Initiierung des Berufsbildes Zahnmedizinische Praxisangestellte ausgesprochen. Aus Gründen der Qualitätssicherung und des zweifelsfreien rechtmäßigen Delegierens von Teilleistungen an die Zahnmedizinische Fachangestellte muss aus Sicht des Ausschusses zwingend an dem bewährten 3-jährigen qualitativ hochwertigen Ausbildungskonzept zur Zahnmedizinischen Fachangestellten festgehalten werden. Dies nahm der Vorstand der Landes Zahnärztekammer in seiner Sitzung im April dieses Jahres zur Kenntnis.

Erwerb/ Aktualisierung der Kenntnisse im Strahlenschutz nach der Röntgenverordnung



Die Röntgenverordnung schreibt für alle Zahnmedizinischen Fachangestellten und Zahnarzhelferinnen eine regelmäßige Aktualisierung des Röntgenwissens vor. Es besteht eine einheitliche Aktuali-

sierungspflicht bis zum 1. Juli 2007, sofern die Kenntnisse im Strahlenschutz vor dem 1. Juli 2002 erworben wurden.

Da in Baden-Württemberg insgesamt ca. 20.000 Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen und Zahnarthelferinnen tätig sind, fand im Dezember des letzten Jahres ein erstes Sondierungsgespräch mit dem



Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg statt, in dem die grundsätzlichen Möglichkeiten der Wissensvermittlung abgeklärt wurden. In enger Zusammenarbeit mit dem Praxisführungsausschuss und dem Röntgenreferenten der Landes Zahnärztekammer, Dr. Burkhard Maager, wurde letztendlich die Wissensvermittlung anhand eines Lehrskriptes sowie Präsenzveranstaltungen mit anschließender

Lernerfolgskontrolle dezentral in den jeweiligen Bereichen der Bezirks Zahnärztekammern vor Ort als Konzept erarbeitet, um die geforderten gesetzlichen Bestimmungen entsprechend umzusetzen. Mittlerweile haben in den Bezirken bereits die ersten Präsenzveranstaltungen stattgefunden, die hervorragend besucht waren.

Rahmenstoffpläne für Aufstiegsfortbildungen überarbeitet bzw. neu erstellt

Aufgrund der neuen Fortbildungsstruktur innerhalb der Aufstiegsfortbildung für Zahnmedizinische Fachangestellte und der damit verbundenen geänderten Fortbildungsordnung fachkundlicher Nachweis waren die Rahmenstoffpläne für die Kursteile I „Gruppen- und Individualprophylaxe“, II a „Herstellung von Situationsabformungen und Provisorien“, II b „Hilfestellung bei der kieferorthopädischen Behandlung und III „Praxisverwaltung“ entsprechend anzupassen. Dar-

über hinaus war es notwendig, aufgrund der Eingliederung des Kursteiles II c „Fissurenversiegelung von kariesfreien Zähnen“ in die bestehende Fortbildungslandschaft, einen neuen Rahmenstoffplan zu erstellen. Diese Aufgabe fiel den Ausschussmitgliedern zu.

Diese Aufgabe stellte sich auch im Bereich der Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (ZMP), Zahnmedizinischen Fachassistentin (ZMF), Dentalhygienikerin (DH) und der Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin (ZMV).

Somit hat der Ausschuss auch in diesem Bereich die aktuellen Entwicklungen auf wissenschaftlicher sowie rechtlicher Ebene in die aktualisierten Rahmenstoffpläne einfließen lassen, um die Wissensvermittlung innerhalb der Aufstiegsfortbildung aktuell und praxisnah zu gestalten.

Delegationsrahmen für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen angepasst

Ein Thema mit dem sich der Ausschuss regelmäßig zu beschäftigen hat, ist der Delegationsrahmen für Zahnmedizinische Fachangestellte.

Im Bereich der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg gibt es aus Gründen der Rechtssicherheit einen Delegationsrahmen, der Aufschluss über die Möglichkeiten der Delegation von bestimmten Tätigkeiten an dafür aus- bzw. fortgebildete Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen aufzeigt.

Art, Inhalt und Umfang der Leistungsassistenz der Zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen hängen im Rahmen der differenzierten gesetzlichen Vorgaben von der objektiv und subjektiv überprüften Qualifikation ab, von der Art der Leistung und von Befund und Diagnose des konkreten Krankheitsfalles sowie von der Einwilligung des Patienten. Dies erfolgt in der Praxis durch die Festlegung des jeweiligen Einsatzrahmens und durch Festlegung von internen generellen Delegationsanweisungen, ergänzt durch konkrete Anweisungen für den Einzelfall. Während des Einsatzes muss der Zahnarzt jeder-

zeit für Rückfragen, für Korrekturen oder bei Komplikationen zur Verfügung stehen. Außerdem muss er im Rahmen seiner Überwachungspflicht Kontrollen durchführen.

Durch die Einführung der Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (ZMP) war es notwendig, den Delegationsrahmen um diese Aufstiegsfortbildung zu ergänzen um die Delegationsmöglichkeiten konkret aufzuzeigen.

Informationsveranstaltung für Prüfungsausschussmitglieder

Bereits im Jahre 2004 hatte der Vorstand der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg auf Empfehlung des Ausschusses beschlossen, eine landeseinheitliche Informationsveranstaltung für die ab der Kammerperiode 2005 gewählten Mitglieder der Prüfungsausschüsse der Aufstiegsfortbildung durchzuführen. Am 10. November 2006 fand dieses zentrale Großereignis im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle in Stuttgart vor über 100 Teilnehmern statt.

Neben der neuen Fortbildungslandschaft und den hiermit einhergehenden Schnittstellen und Konsequenzen im Rahmen der Wissensvermittlung und -prüfung wurden auch die Pädagogisch-didaktischen Aspekte sowie die organisatorischen Auswirkungen auf die Prü-



fungsausschüsse aufgezeigt.

Die Veranstaltung fand durchweg ein positives Echo, was nicht zuletzt der op-

timalen Vortragsgestaltung durch die Referenten zu verdanken war.

Landeszahnärztetag auf dem Stuttgarter Killesberg

Am 20. und 21.10.2006 hat der Landeszahnärztetag Baden-Württemberg auf dem Stuttgarter Killesberg zum Thema „Psychosomatik in der Zahnheilkunde“ stattgefunden. Am Programm für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen haben über 300 Praxismitarbeiterinnen teilgenommen.



Schwerpunkthemen waren:

- Lebenslust – über Risiken und Nebenwirkungen der Gesundheit
- Die Rezeption als Pforte zur Behandlung
- Erfolgreiche Motivation der Patienten zur Mitarbeit
- Die neue Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin
- Parodontitis als Ursache von Allgemeinerkrankungen
- Behandlung von Patienten mit Allgemeinmedizinischen Risiken
- Angstabbau im Team – (K)eine Zauberei

Anzahl der Auszubildenden In den Zahnarztpraxen

	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005
Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg	5.269	5.629	5.782	5.477	5.262
BZK Stuttgart	2.046	2.167	2.222	2.110	1.946
BZK Karlsruhe	1.195	1.308	1.375	1.316	1.278
BZK Freiburg	1.078	1.143	1.173	1.152	1.156
BZK Tübingen	950	1.011	1.012	899	882
Niedergelassene Zahnärzte	6.659	6.694	6.799	6.838	6.861

Arbeitgebervertreter/innen

Stv. Vorsitzender

RIEGER, Dr. Klaus-Peter, Reutlingen
FABINGER, Dr. Anton, Breisach-
Oberrimsingen (bis 01.05.2006)
HEIDEN, Dr. Robert, Karlsruhe
KRÄMER, Dr. Bernd, Heilbronn
RIEDEL, Dr. Peter, Waldkirch (ab
02.05.2006)
SCHÖNBERG, Dr. Helmut, Fellbach
STOLL, Dr. Bernd, Albstadt

Arbeitnehmervertreter/innen

Vorsitzender

KRAUS, Harald, Stuttgart
BRAUN, Vesna, Appenweier
HERBIG, Elke, Ludwigshafen
HERRMANN, Ulrike, Reutlingen
MARSCHALLEK, Beatrix, Stuttgart
SCHEBLE, Ingeborg, Kusterdingen

Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen

BARTENSCHLAGER, StD Dr. Horst,
Heidelberg
HÄRPFER, OStD Karlheinz, Heilbronn
HAGMEIER, OStR Helmut, Tübingen
HEIDLER, StR Roland, Rastatt
KAISER, StD Dr. Heinz, Ludwigsburg
MERGELSBERG, StD Albert, Freiburg

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Thorsten Beck
Annerose Hauber

Der Berufsbildungsausschuss führte im Berichtsjahr 2006 eine Sitzung durch.

Aufstiegsfortbildung zur ZMP

Nachdem im vergangenen Jahr der Grundstein mit der Verabschiedung der Fortbildungs- und Prüfungsordnung gelegt wurde, galt es nunmehr, die rechtlichen Vorgaben mit praktischen Inhalten zu füllen. Der Berufsbildungsausschuss nahm in seiner Sitzung zustimmend Kenntnis über die Stundenaufstellung des ZMP-Aufbaukurses, der sich aus dem institutionellen Teil mit 170 Stunden, dem Pflichtenheft (Berufspraktikum) mit

100 Stunden sowie den Kursteilen I, II a und II c mit 130 Stunden zusammensetzt. Demnach beträgt der gesamte zeitliche Aufwand für die Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin 400 Stunden.

Rahmenstoffplan für die Aufstiegsfortbildung zur ZMV

Aufgrund der neuen Fortbildungsstruktur für die Zahnmedizinische Fachangestellte war es auch erforderlich, den Rahmenstoffplan für die Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin (ZMV) zu aktualisieren. Nach entsprechender Vorarbeit, die bereits von den Mitgliedern des Ausschusses für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen geleistet wurde, konnte der Ausschuss in seiner Sitzung dem aktualisierten Rahmenstoffplan zustimmen.

Generell erachtet es der Ausschuss für sinnvoll und notwendig, die Wissensvermittlung innerhalb der jeweiligen Aufstiegsfortbildung aktuell und praxisnah zu gestalten. Da die Halbwertszeit des Wissens aufgrund des technischen Fortschritts und der hieraus resultierenden Entwicklung neuer Praxisabläufe sich in den letzten Jahren stark verkürzt hat, ist es zentrale Aufgabe des Ausschusses, die berufliche Bildung der Zahnmedizinischen Fachangestellten an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Rückgang der Ausbildungszahlen

Die Freien Berufe liegen mit einem Anteil von mehr als acht Prozent der Gesamtausbildungsleistung in Deutschland an dritter Stelle hinter dem Ausbildungsbereich Industrie und Handel sowie dem Handwerk. Allerdings hält der rückläufige Trend von neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen für Zahnmedizinische Fachangestellte auch in diesem Jahr an.

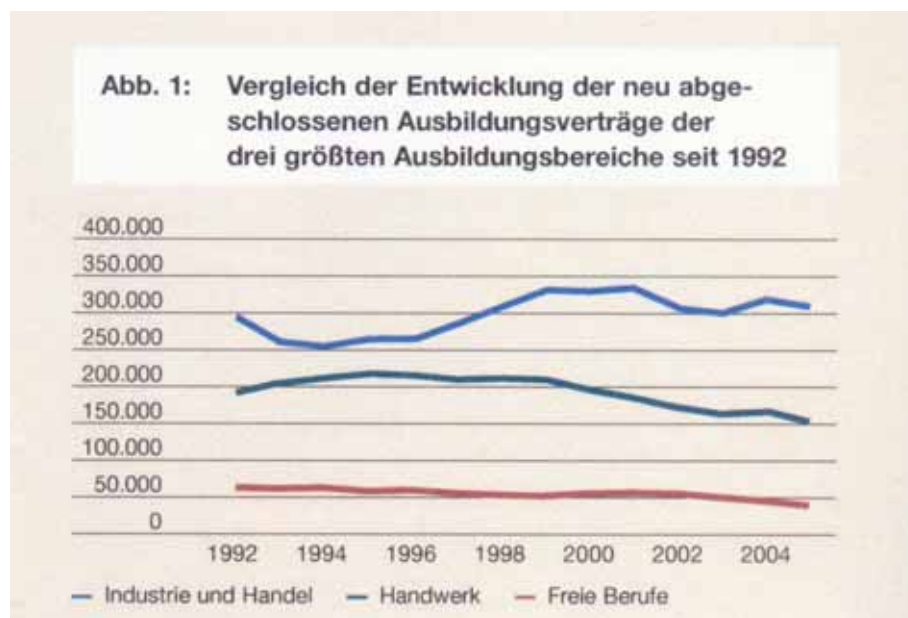
Dass der Rückgang der Ausbildungszahlen quer durch alle Wirtschaftszweige zu beobachten ist, nahmen die Mitglieder zur Kenntnis. Auch die in den Zahnarztpraxen einhergehende Strukturveränderung trägt einen Teil zum Rückgang der

Ausbildungszahlen bei. So ist in den letzten zehn Jahren eine kontinuierliche Abnahme von Einzelpraxen bei gleichzeitiger Zunahme von Gemeinschaftspraxen zu beobachten. Die hier eintretenden Synergieeffekte bei der Personalplanung können sich auch auf die Einstellung von Auszubildenden auswirken. Darüber hinaus ist eine Erklärung für die rückläufigen Ausbildungszahlen auch in der anhaltenden schwierigen wirtschaftlichen Situation sowie in der Unsicherheit über die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die Zahnarztpraxen zu suchen.

Weitere Themen

Darüber hinaus befasste sich der Berufsbildungsausschuss mit folgenden Themenbereichen:

- Ausbildungsfragen,
- Fortbildung von Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie der
- Statistik der Aufstiegsfortbildungen.



Fachausschuss Zwischenprüfung für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen

Arbeitgebervertreter/innen

Vorsitzender

HEIDEN, Dr. Robert, Karlsruhe

HILLERICH, Dr. Elisabeth, Ulm

KRÄMER, Dr. Bernd, Heilbronn

Arbeitnehmervertreter/innen

KAPP, Johanna, Tübingen

LEOPOLD, Valérie, Korntal

THUMM, Melanie, Altdorf

Lehrer an berufsbildenden Schulen

Stv. Vorsitzender

GEBHARDT, StD Ulrich, Obersulm-
Willsbach

HEIDLER, StR Roland, Ettlingen

ZINSER, StR Jürgen, Stuttgart

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Annerose Hauber

Wie jedes Jahr führte der Fachausschuss „Zwischenprüfung für Zahnmedizinische Fachangestellte“ auch im Berichtsjahr 2006 Anfang des Jahres seine einzige Sitzung durch.

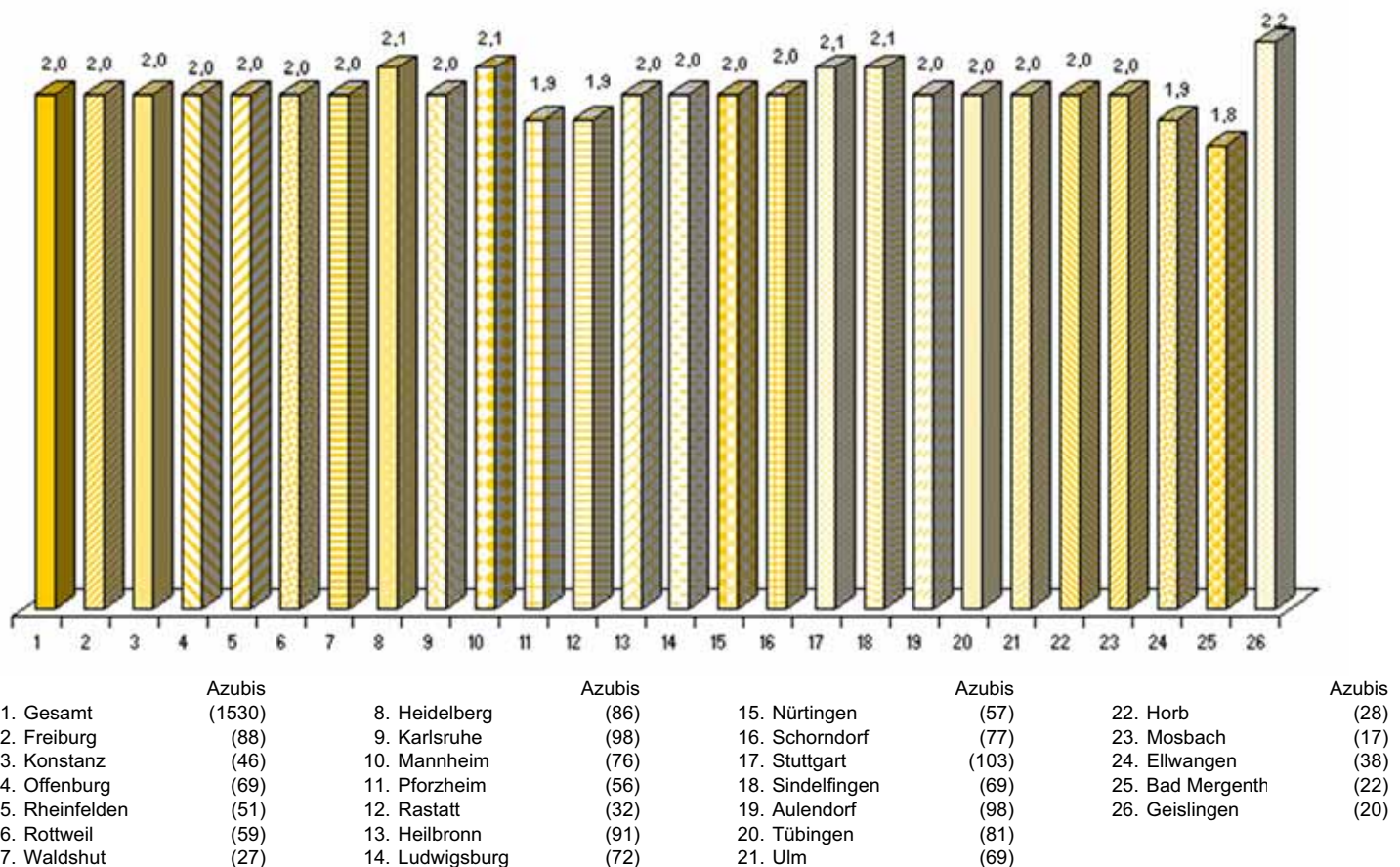
Vorbereitung der Zwischenprüfungs- fragen

Entsprechend seiner Aufgabenstellung hat sich der Ausschuss ausschließlich mit der Festlegung der Fragen – in Form von Praxisfalldarstellungen – für die schriftliche Zwischenprüfung befasst.

An der Zwischenprüfung 2006 haben insgesamt 1.530 Prüflinge teilgenommen. Der Gesamtnotendurchschnitt lag in

- Behandlungsassistenz bei einer Note von 1,8
- in Abrechnungswesen bei 2,2 und
- in Praxisorganisation und –verwaltung bei 2,1

Notendurchschnitt im Vergleich zu allen Berufsschulen



**Arbeitgebervertreter/ Beisitzer
Vorsitzender**

GEORG, Dr. Meinhard, Ladenburg

Stv. Vorsitzender

SCHÖNBERG, Dr. Helmut, Fellbach

HANDTMANN, Dr. Susanne, Tübingen

HEIDEN, Dr. Robert, Karlsruhe

Arbeitnehmervertreter

DAVID-GREUNKE, Gabriele, Weingarten

SCHEBLE, Ingeborg, Kusterdingen

Lehrer an berufsbildenden Schulen

BÖRSIG, StDin Dr. Dr. Dagmar, Heidelberg

DONHAUSER, HSR Dr. Dr. Hubert, Karlsruhe

GEBHARDT, StD Ulrich, Obersulm-Willsbach

KOEGEL, StRin Dr. Katrin, Ulm

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Annerose Hauber

Der Fachausschuss Abschlussprüfung für Zahnmedizinische Fachangestellte führte im Berichtsjahr zwei Sitzungen durch.

Vorbereitung der Abschlussprüfung

Hauptaufgabe des Fachausschusses „Abschlussprüfung für Zahnmedizinische Fachangestellte“ ist es, die Festlegung der Fragen für die schriftliche Abschlussprüfung für Zahnmedizinische Fachangestellte zu erarbeiten. Die vom Ausschuss erstellten Fragen wurden der Koordinierungsstelle beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg zur Drucklegung weitergeleitet.

An der Sommer-Abschlussprüfung 2006 haben insgesamt 1.578 Prüflinge teilgenommen.

Notendurchschnitt der Sommer-Abschlussprüfung

	BZK Freiburg	BZK Karlsruhe	BZK Stuttgart	BZK Tübingen	LZK BW
Gesamtergebnis Schriftlicher Teil					
Behandlungsassistenten	2,9	2,8	2,8	2,6	2,8
Praxisorganisation und -verwaltung	2,6	2,4	2,7	2,6	2,6
Abrechnungswesen	3,1	3,2	3,0	3,2	3,1
Wirtschafts- und Sozialkunde	3,1	3,3	3,4	3,2	3,3
Gesamtergebnis Praktischer Teil	2,5	2,3	2,3	2,4	2,4
Zahl der Teilnehmer	378	368	552	280	1578
Bestanden	364	357	528	264	1513
Nicht bestanden	14	11	24	16	65
RÖV-Punkte (von max. 14 ausgehend)					
Zahl der Teilnehmer	378	368	552	293	1591
Bestanden	352	343	448	239	1382
Nicht bestanden	26	25	104	54	209

Mitglieder

Vorsitzende

LÜLLWITZ-HOCH, Dr. Renate, Böblingen

Stv. Vorsitzende

TORNIER, Dr. Carla, Emmendingen

BOUMAN, Dr. Joachim Wilko, Pforzheim

KRÄMER, Dr. Bernd, Heilbronn

JOOß, Dr. Manfred, Ravensburg

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Annerose Hauber

Unter dem Vorsitz von Dr. Renate Lüllwitz-Hoch führte der Prophylaxeausschuss im Berichtsjahr 2006 eine Sitzung durch.

Konzept „Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung“

Der Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung plant 2007 den Projektstart für ein Konzept der Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung in Baden-Württemberg. Dieses sieht neben dem Arbeitskreis auf LZK-Ebene und den Prophylaxereferenten auf der Ebene der Bezirkszahnärztekammern auch die Etablierung von Senioren-/ Behindertenbeauftragten auf Kreisebene vor.

Der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat diesem Konzept zugestimmt und den für die Etablierung von Senioren-/ Behindertenbeauftragten erforderlichen Haushaltsansatz bei den Bezirkszahnärztekammern befürwortet.

Der Prophylaxeausschuss hat sich mit den Überlegungen des Arbeitskreises beschäftigt und sich dafür ausgesprochen, über die Prophylaxereferenten in den Kreisvereinigungen abzufragen, wer bereit ist, die Aufgabe eines Senioren-/ Behindertenbeauftragten zu übernehmen. Hierüber soll eine Adressenliste angelegt und über die Bezirkszahnärztekammern der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt werden.

Auf Empfehlung des Prophylaxeausschusses wird derzeit vom Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung auch ein Aufgabenkatalog unter Berücksichtigung rechtlicher Aspekte sowohl für die Senioren-/ Behindertenbeauftragten der Kreisvereinigungen als auch für die Betreuungszahnärzte von Pflegeeinrichtungen erarbeitet.

Zahnärztlicher Kinderpass

Um die zahnärztliche Betreuung von Kindern von 0 bis 3 Jahren zu verbessern, hatte die Ausschussvorsitzende im letzten Berichtsjahr versucht, mit zwei zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen in das neu aufzulegende ärztliche Kinderuntersuchungsheft mit aufgenommen zu werden. Leider konnte die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg diesem Antrag nicht zustimmen, so dass der Prophylaxeausschuss jetzt selbst einen zahnärztlichen Kinderpass, der drei zahnärztliche Vorsorgetermine enthält, entwickelt hat, der im Entwurf bereits vorliegt.

Dieser Entwurf geht nunmehr in den Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit BW (LAGZ), da von der LAGZ in Aussicht gestellt wurde, die Finanzierung der Druckkosten zu übernehmen.

2007 soll der Zahnärztliche Kinderpass dann sowohl über die Zahnärzteschaft als auch über Gynäkologen, Kinderärzte, Hebammen und Entbindungsstationen an Schwangere und junge Mütter verteilt werden und auf diese Weise dazu beitragen, die derzeit immer noch unbefriedigend hohe Milchzahnkariesrate zu senken.

Untersuchung der AG Heilbronn

Die Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit Heilbronn hat im Berichtsjahr eine Initiative gestartet, um Langzeitergebnisse über Patienten, die 1983 geboren und gruppenprophylaktisch in Kindergärten/ Grundschulen betreut bzw. nicht betreut wurden, zu erhalten. Über die Initiative soll auch ermittelt werden, ob eine

Kontinuität in der Zahngesundheitsvorsorge zu konstatieren ist. Die Untersuchungsergebnisse zeigen die Langzeitwirkung der gruppenprophylaktischen Betreuung in Kindergärten/ Grundschulen:

	mit Prophylaxeimpuls	ohne Prophylaxeimpuls
Anzahl untersuchter Männer (Jahrgang 1983)	90	59
Anzahl naturgesunder Zähne insgesamt	2.141	1.188
Anzahl naturgesunder Zähne pro Person	23,79	20,14
Anzahl untersuchter Frauen (Jahrgang 1983)	92	64
Anzahl naturgesunder Zähne insgesamt	2.244	1.197
Anzahl naturgesunder Zähne pro Person	24,39	18,7

Der Prophylaxeausschuss hat sich eingehend mit den Ergebnissen beschäftigt. Diese sind am Tag der Zahngesundheit vorgestellt worden.

Verweisungsverfahren

Im letzten Berichtsjahr ist die LAGZ vom Prophylaxeausschuss gebeten worden, mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales abzuklären, ob zur Verbesserung der Akzeptanz des Verweisungsscheins unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben ein Bestätigungsvermerk der Zahnarztpraxis (Praxisstempel) auf dem Vordruck 1 der Richtlinien des Ministeriums zur Durchführung der Jugendzahnpflege möglich ist.



Hierzu hat Ende vergangenen Jahres zwischen Vertretern der LAGZ und Vertretern des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-

Württemberg ein Gespräch stattgefunden, in dem im Rahmen der Lösung zum „Kommunalen Entlastungspaket des Ministerrats von BW“ auch der Vordruck 1 „Empfehlung zur zahnärztlichen Vorsorge-Untersuchung“ Thema war.

Der Vordruck 1 wurde sowohl von der LAGZ als auch vom Prophylaxeausschuss überarbeitet und dem Ministerium übermittelt. Der LAGZ-Vorstand wird diese Thematik in seiner nächsten Sitzung beraten.

Gruppen- und Individualprophylaxe

Der Prophylaxeausschuss beschäftigte sich dieses Jahr auch mit der Darstellung der wissenschaftlichen Seite der Gruppen- und Individualprophylaxe. Anlass war ein Vortrag von Prof. Einwag in der Sitzung des LZK-Vorstandes Ende vergangenen Jahres über das Zusammenspiel von Gruppen- und Individualprophylaxe im Zusammenhang mit dem DAJ-Gutachten „Epidemiologische Begleituntersuchungen zur Gruppenprophylaxe 2004“ von Prof. Dr. Klaus Pieper, Marburg. Prof. Einwag erläuterte dies wie folgt:



A) Aufgaben der Gruppenprophylaxe

- Schaffung einer sozialen Norm: Mundhygiene macht Sinn (Erwecken eines „Zahngewissens“, d. h. Bewusstmachen der grundsätzlichen Möglichkeiten und Grenzen der „Oral self care“)
- Marketing für die Individualprophylaxe
- Frühzeitiges Erkennen von Erkrankungsschwerpunkten

Schwerpunkt der Gruppenprophylaxe = Pädagogische Komponente (Vereinfacht ausgedrückt: Beantwortung der Frage nach dem Warum?)

B) Aufgaben der Individualprophylaxe

- individuelle Risikodiagnostik

- individuelle bedarfsgerechte Betreuung ein Leben lang durch
 - a) regelmäßige Motivation und Instruktion zur permanenten Oral Self care und Inanspruchnahme professioneller Betreuung
 - b) Durchführung eines effizienten Recalls

Schwerpunkt der Individualprophylaxe
= Fachliche Komponente.

(Vereinfacht ausgedrückt: Beantwortung der Frage nach dem Wie und Womit?)

C) Zusammenfassung

Gruppenprophylaxe ist entscheidende Voraussetzung für eine effiziente Individual-Prophylaxe!

Wo Gruppenprophylaxe reduziert wird, sinkt auch die Inanspruchnahme individual-prophylaktischer Leistungen. Das bedeutet ein Weniger an Mundgesundheit für die Bevölkerung und ein Weniger an Einkommen für die Zahnärzte.

Der LZK-Vorstand hat in diesem Zusammenspiel von Gruppen- und Individualprophylaxe den Erfolg für die guten Ergebnisse in der Mundgesundheit der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg gesehen. Der Prophylaxeausschuss hat den Beschluss des LZK-Vorstandes zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Landeszahnärztekammer hat am 06.02.1988 mit dem Sozialministerium eine „Ver-
einbarung über die Einrichtung einer zahnärztlichen Stelle gem. § 16 Abs. 3 RÖV“ ab-
geschlossen, nach der jährlich ein Arbeitsbericht der vier zahnärztlichen Stellen ab-
zugeben ist. Der Arbeitsbericht der Zahnärztlichen Stellen für den Zeitraum 01.01.2005
bis 31.12.2005, der von Dr. Maager, Röntgenreferenten der Landeszahnärztekammer
Baden Württemberg, erstellt wurde, weist die unten stehenden Ergebnisse auf. Zum
Austausch der Erfahrungen der zahnärztlichen Stellen in den einzelnen Bezirken fand
am 28.09.2006 in Freiburg eine Koordinierungskonferenz der Landeszahnärztekammer
Baden-Württemberg statt.

	Stuttgart	Freiburg	Karlsruhe	Tübingen	LZK BW
erfasste Zahnärzte	2.291	1.749	1.951	1.183	7.174
erfasste Geräte/ Anzahl der ZÄ	5.194/ 2.027	3.433/ 1.374	3.965/1.670	2.404/1.056	14.996/6.127
ZÄ ohne erfasste Röntgen-Geräte	264	375	281	127	1.047
erfasste Aufnahmen	1.807	1.032	1.600	800	5.239
Anzahl der Mängelrügen (Ur-/Konstanz-/ Patientenaufnah- men)	insg. 338 (5/ 333/ 7)	insg. 174 (4/ 170/ 33)	insg. 138 (17/ 121/ 3)	insg. 122 (1/ 121/ 10)	insg. 772 (27/ 745/53)
Rö-Geräte geprüft ohne Bean- standung/ Anzahl der erfassten					
Urprüfkörper	284 /289 (98,27%)	336 / 340 (98,82%)	749 / 766 (97,78%)	150/151 (99,34%)	1.519/1.5 46 (98,25%)
Konstanzprüfung	1.185/1518 (78,06%)	522 / 692 (75,43%)	713/834 (85,49%)	528 / 649 (81,36%)	2.948/3.6 93 (79,83%)
Patientenaufnahmen	1.511/1518 (99,54%)	659 / 692 (95,23%)	831 / 834 (99,64%)	639 / 649 (98,46%)	3.640/3.6 93 (98,56%)
Zahl der ZÄ, deren Unterlagen an- gefordert sind (Stichtag): 1. Anforderung/2. Anforderung	07.02.2006	13.01.2006	30.01.2006	07.02.2006	
Anzahl der Zahnärzte	135	198	217	105	655
1. Mahnung	22	17	53	1	93
2. Mahnung	4	10	8	1	23
Meldung beim Ministerium	0	0	0	0	0

Mitglieder

Vorsitzender

STRUSS, Dr. Norbert, Freiburg

Stv. Vorsitzender

MAAGER, Dr. Burkhard, Denzlingen

CAROW, Dr. Jürgen, Flein

HOCH, Dr. Christian, Reutlingen

ULLRICH, Dr. Carsten, Mannheim

Kooptiertes Mitglied

ENGEL, Dr. Norbert, Mühlacker

Zuständigkeit LZZK-Geschäftsstelle

Christine Martin

Katja Veit

Leitfaden zur Organisation der Hygiene in der Zahnarztpraxis

Unter dem fachkundigen und engagierten Vorsitzenden Dr. Norbert Struß, Freiburg, führte der Ausschuss für Praxisführung im Berichtsjahr 2006 vier Sitzungen, zwei davon zweitägig, durch.

Hauptthema der Ausschusssitzungen war die Hygiene in der Zahnarztpraxis. Hintergrund war die neue RKI-Empfehlung zum Thema „Hygiene in der Zahnarztpraxis“ und mögliche behördliche Praxisbegehungen nach den Vorfällen in anderen Länderkammern. Als Erfolg des verstärkten Dialogs mit den Landesbehörden auf allen

Ebenen könnte für die Zahnärzteschaft erreicht werden, dass momentan behördliche Kontrollen in Baden-Württemberg kein Thema sind. Der vom Ausschuss ausführlich und fachlich sehr fundierte erstellte Leitfaden der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg „Organisation der Hygiene in der Zahnarztpraxis“ hat die Vertreter des Ministeriums für Arbeit und Soziales und des Landesgesundheitsamtes Baden-Württemberg überzeugt.



Der Leitfaden liegt in allen Praxen vor und erleichtert die Umsetzung der erhöhten Anforderungen aus der RKI-Empfehlung (Empfehlung der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention beim Robert Koch Institut mit dem Titel „Infektionsprävention in der Zahnheilkunde – Anforderungen an die Hygiene“) durch seine genauen Handlungshilfen. Zudem wurde der Leitfaden in die CD-ROM Praxishandbücher „Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis“ integriert.

Mit der Erstellung des Leitfadens hat die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bundesweit als Vorreiter agiert und Maßstäbe gesetzt; Anfragen anderer Länderkammern zur Übernahme liegen bereits vor. Durch die Veröffentlichung im Internet wurde die Verbreitung optimal gefördert, jede Praxis kann sich auch Mehrfertigungen einfach am PC ausdrucken.

Da aufgrund des Hygieneleitfadens verstärkt mit Nachfragen gerechnet wurde, wurde bei der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg eine wöchentliche Hygiene-Hotline eingerichtet, die von den Mitgliedern des Ausschusses 1x wöchentlich betreut wird, um eingehende Anfragen der Kollegenschaft zu beantworten. Die Vielzahl der Anrufer - an vierzehn Hotline-Terminen haben insgesamt knapp 2.000 Anrufer sich über die kostenlose Hotline gemeldet - hat deutlich gemacht, dass hier großer Beratungsbedarf besteht.

Die Mitglieder des Ausschusses haben auf der Messe „Fachdental“ im Oktober 2006 wechselweise den Stand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg im Hinblick auf den Beratungsbedarf nach Erscheinen des Leitfadens betreut.

Durch Einrichtung eines geschlossenen User-Forum im Internet für die Ausschussmitglieder kann die interne fachliche



che Diskussion der Mitglieder schneller und damit effektiver erfolgen.

Um die Dienstleistung auf diesem Gebiet noch weiter auszubauen wurde im Internetauftritt der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ein Fragen-Antworten-Katalog zur Hygiene eingerichtet, der durch den Ausschuss aus den Erfahrungen aus der Betreuung der Hygiene-Hotline ergänzt wird.

Veranstaltungen für Zahnärzte und Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen

In allen Bezirkszahnärztekammern wurden und werden zusätzliche Veranstaltungen für Zahnärzte und Zahnmedizinische Mitarbeiter zur Organisation der Hygiene in den Praxen durchgeführt, in denen die notwendigen Inhalte zur Organisation, Durchführung und Dokumentation der Hygiene und Aufbereitung von Medizinprodukten vermittelt werden.



Der Zulauf zu diesen Veranstaltungen, die ebenfalls von den Mitgliedern des Ausschusses betreut und durchgeführt werden, ist sehr

hoch, was zeigt, dass, der Informationsbedarf der Kammermitglieder sehr hoch ist.

Des Weiteren ist die Einbindung des Schwerpunktes Hygiene in die Aufstiegsfortbildungen der Zahnmedizinischen Mitarbeiter vom Ausschuss für Praxisführung zusammen mit dem Ausschuss für Zahnmedizinische Fachangestellte vorgenommen worden. Dabei wurden einzelne Module geschaffen:

- Modul H: Update Hygiene – praktische Hygienemaßnahmen in der Zahnarztpraxis
- Modul F: Update Hygiene – Anforderungen an Organisation, Dokumentation und Freigabe
- Modul A: Arbeitsschutz und Arbeitsmedizinische Vorsorge
- Modul Q: Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis

- Modul R: Aktualisierung der Kenntnisse im Strahlenschutz



BuS-Dienst

Die zuständige Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege – kurz BGW – hat zum 1. Oktober 2005 die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung in ihrem Geltungsbereich neu geregelt. Die bisherigen Vorschriften BGV A 6 „Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ und die BGV A 7 „Betriebsärzte“ wurden durch die neue BGV A 2 "Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit" ersetzt. Damit gelten nun einheitliche Rahmenbedingungen. Mit In-Kraft-treten dieser neuen Regelung soll ein Beitrag zur Entbürokratisierung geleistet werden und zugleich eine flexiblere Handlungsregelung für die praxisgerechte betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung erfolgen.

Es stehen in Zukunft verschiedene Modelle der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung zur Auswahl. Entscheidend ist die Betriebsgröße. Die einzelnen Modelle stellen sich folgendermaßen dar:

a. Grundbetreuung und anlassbezogene Betreuung

Diese Betreuungsform kann nur von Betrieben mit bis zu zehn Beschäftigten wahrgenommen werden. Bei dieser Variante gibt es keine festgeschriebenen Mindesteinsatzzeiten für den Betriebsarzt (BA) und die Fachkraft für Arbeitssicherheit (FASi) mehr.

Die Betreuung setzt sich aus einer Grundbetreuung unter Einbindung eines

Betriebsarztes oder einer Fachkraft für Arbeitssicherheit sowie einer anlassbezogenen Betreuung zusammen. Der Betreuungsbedarf ergibt sich aus den regelmäßig vom Praxisinhaber durchgeführten Gefährdungsbeurteilungen. Bei bestimmten Anlässen muss er zusätzlich betriebsärztlichen und/ oder sicherheitstechnischen Sachverstand hinzuziehen. Für die Grundbetreuung reicht der Besuch nur eines "Erstberatenden" – Betriebsarzt oder Sicherheitsfachkraft – aus. Die Betreuung muss alle 5 Jahre wiederholt werden.

b. Regelbetreuung

Die Regelbetreuung sieht vor, dass wie bisher auch, der Praxisinhaber für die erforderlichen Mindesteinsatzzeiten einen Betriebsarzt und eine Sicherheitsfachkraft schriftlich einzusetzen oder einen überbetrieblichen Dienst (BUS-Dienst) zu beauftragen hat. Inhalt und Umfang der Betreuung richten sich nach dem Gefährdungspotenzial des Arbeitsplatzes. Die Regelbetreuung mit festen Einsatzzeiten steht nach wie vor allen Unternehmen unabhängig von ihrer Betriebsgröße offen; sie entspricht der bisherigen Gestaltung des BuS-Dienstes durch den Rahmenvertrag der LZK Baden-Württemberg mit der Firma Streit GmbH®.

Die Einsatzzeiten sowohl des Betriebsarztes als auch der Sicherheitsfachkraft richten sich nach der Anzahl der Beschäftigten. Grundsätzlich beträgt sowohl die betriebsärztliche als auch die sicherheitstechnische Einsatzzeit 0,25 Stunden pro Jahr je Beschäftigtem.

Diese Mindesteinsatzzeiten dürfen in Praxen mit 11 bis max. 20 Beschäftigten über einen Zeitraum von 3 Jahren angesammelt werden, d. h. spätestens alle drei Jahre hat eine betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung der Praxis zu erfolgen.

c. Alternative bedarfsorientierte Betreuung

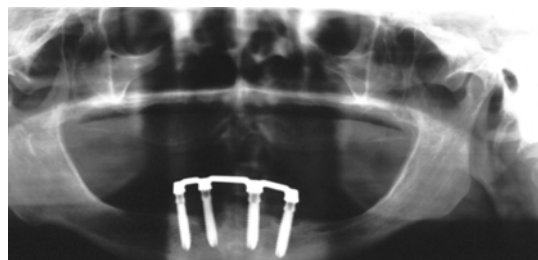
Dieses Betreuungsmodell steht Betrieben mit bis zu 50 Mitarbeitern offen. Durch Schulungen wird der Praxisinhaber in die

Lage versetzt, Fragen zum Gesundheitsschutz und zur Arbeitssicherheit selbst zu beantworten und die erforderlichen Maßnahmen umzusetzen. Es müssen insgesamt sechs Lehreinheiten innerhalb von zwei Jahren absolviert werden. Bis zum Abschluss der letzten Schulung gilt weiterhin die Regelbetreuung. Im Anschluss daran sind regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen für den Praxisinhaber geplant.

Die Landeszahnärztekammer führte Verhandlungen mit der Fa. Streit sowie anderen Länderkammern zur praktischen Umsetzung der neuen BGV A2 und wird den Abschluss eines neuen Rahmenvertrages mit Empfehlungen für die Zahnärzteschaft Baden-Württembergs bekannt geben.

Bundeszahnärztekammer

Auch in diesem Berichtsjahr ist die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg im neu konzipierten Ausschuss für Praxisführung der Bundeszahnärztekammer vertreten durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Praxisführung, Dr. Struß, Freiburg, und den Röntgenreferent der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Maager, Denzlingen. Die auf Bundesebene behandelten Themen-Komplexe (Hauptthema 2006: Hygiene) sind in die Ausschussarbeit eingeflossen.



Aktuelle Themen

Der Ausschuss für Praxisführung hat sich im Jahr 2006 des Weiteren mit folgenden aktuellen Themen beschäftigt:

- Röntgen:
 - Neue Richtlinien

- Aktualisierung der Kenntnisse im Strahlenschutz für Zahnmedizinische Fachangestellte und Zahn-
arzhelferinnen
- Aktualisierung der Fachkunde im Strahlenschutz für Zahnärzte
- Fachkunde für DVT

■ DIN-Normen

Perspektive

Nach der Verteilung des Leitfadens zur Organisation der Hygiene in der Zahnarztpraxis hat sich der Beratungsaufwand seitens der Bezirkszahnärztekammern und der Landes Zahnärztekammer für Fragen und Probleme in diesem Bereich nochmals um ein Vielfaches erhöht. Der Ausschuss sieht es als vornehmliche Kammeraufgabe an, die Kammermitglieder nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft bei der Umsetzung der Praxisführungsthemen zu beraten und zu unterstützen und hat eine „Kompetenzstelle“ in der LZK-Geschäftsstelle eingefordert.

Öffentlichkeitsarbeit

Gerade im Bereich der Praxisführung ist die Kommunikation nach außen unverzichtbarer Bestandteil. Die genutzten Plattformen sind vielfältig: Rundschreiben, Zahnärzteblatt Baden-Württemberg, Internet und die direkte Ansprache in Veranstaltungen.

Es ist ein großes Anliegen des Ausschusses, die Praxishandbücher als zentrales Nachschlagewerk noch mehr bekanntzumachen. Neben der Aufarbeitung der wichtigen Themen im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg (Titelthema Heft 4/2006: „Hygiene in der Zahnarztpraxis“) wurden ferner wichtige Bereiche in Merkblätter verarbeitet, die im Internet zum download bereitstehen.

Monatlich verfasst der Ausschuss im Zahnärzteblatt Baden Württemberg in der eigens dafür geschaffenen Rubrik „Pinnwand“ kurze, sachdienliche Informationen zu allen relevanten Praxisführungsthemen.

Mitglieder

Vorsitzender

GÖZ, Prof. Dr. Dr. Gernot, Tübingen

Stv. Vorsitzende

GÜDE, Dr. Gabriele, Freiburg

KIMMICH, Dr. Alfred, Schwetzingen

MIERSCH, Dr. Thomas, Esslingen

NEY, Dr. Thomas, Tübingen

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Cäcilia Falk

Unter der Leitung des Vorsitzenden Prof. Dr. Dr. Göz führte der Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie im Berichtsjahr 2006 fünf Sitzungen durch.

Hauptaufgabe des Weiterbildungsausschusses für Kieferorthopädie war im Berichtsjahr 2006 wiederum die Durchführung von Fachgesprächen im Rahmen des Anerkennungsverfahrens zur Erlangung der Gebietsbezeichnung „Fachzahnarzt für Kieferorthopädie“.

An weiteren Themen beschäftigte sich der Ausschuss mit

- der Anerkennung einer zahnärztlichen Tätigkeit im Ausland als allgemein-zahnärztliches Jahr (Qatar)
- Genehmigungen zur (nachträglichen) Unterbrechung der Weiterbildung und Anerkennung des allgemein-zahnärztlichen Jahres
- einer Ausnahmegenehmigung bezüglich der Regelung, wonach zwei Jahre fachspezifische Weiterbildung ohne Unterbrechung an einer Weiterbildungsstätte nachgewiesen werden müssen
- der Überprüfung von zahnärztlichen Tätigkeiten im EU-Ausland als anrechnungsfähige Zeiten auf die Weiterbildung

Anzahl der Fachgespräche

Durchführung von Fachgesprächen	20
- davon erfolgreich bestanden	18
- davon nicht bestanden	2

Anzahl der Ermächtigungen

2-jährige Weiterbildungsermächtigung

Überprüfung der formalen Voraussetzungen	2
Durchführung des „kollegialen Gespräches“	1

Statistik „Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“

Die nachstehenden Zahlen geben einen Überblick über die derzeitige Situation bezüglich der Anzahl der „Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“ (Stand 31.12.2005)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
Niedergelassen, Vertreter, angestellte Zahnärzte	105	109	168	70	452
In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte	2	4	4	0	10
Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis	2	8	1	7	18
Ohne zahnärztliche Tätigkeit	29	33	28	20	110
Gesamt	138	154	201	97	590

Statistik „Durchgeführte Fachgespräche“

Die nachstehenden Zahlen geben einen Überblick über die jährlich durchgeführten Fachgespräche seit 1999.

Jahr	Anzahl	Davon bestanden	Nicht bestanden
1999	21	19	2
2000	28	23	5
2001	30	29	1
2002	20	17	3
2003	34	26	8
2004	23	20	3
2005	20	19	1
2006 bisher durchgeführt	18	16	2
Gesamt	194	169	25
Noch anfallende Fachgespräche im Jahr 2006	2		

Derzeit in Weiterbildung auf dem Gebiet der Kieferorthopädie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 10/2006)

Bei niedergelassenen Zahnärzten mit 2-jähriger Ermächtigung	28
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	26
Gesamt	54

Anzahl der ermächtigten niedergelassenen „Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“ (Stand 10/2006)

Mit 2-jähriger Ermächtigung	103
Mit 3-jähriger Ermächtigung	1

Mitglieder

Vorsitzender

KEHRER, Dr. Frank, Backnang

Stv. Vorsitzender

EICHE, Dr. Dr. Hans Thomas, Stuttgart

FÜRST, Dr. Ulrich, Wiesloch

SCHMELZEISEN, Prof. Dr. Dr. Rainer, Freiburg

VOGEL, Dr. Angelika, Tübingen

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Cäcilia Falk

Unter der Sitzungsleitung von Dr. Kehrer führte der Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie im Berichtsjahr 2006 vier Sitzungen durch. Eine weitere Sitzung mit vier Fachgesprächen und zwei kollegialen Gesprächen ist bereits terminiert.

Im Berichtsjahr beschäftigte sich der Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie vornehmlich mit der Durchführung von Fachgesprächen im Rahmen des Anerkennungsverfahrens zur Erlangung der Gebietsbezeichnung „Fachzahnarzt für Oralchirurgie“ sowie der Bearbeitung von Anträgen auf Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung.

Weitere Themenbereiche, denen sich der Ausschuss anzunehmen hatte, waren:

- Überprüfung der Gleichwertigkeit von zahnärztlichen Tätigkeiten im Ausland als allgemein-zahnärztliches Jahr durch „fachliche Gespräche“ (Syrien)
- Ausnahmegenehmigung zur Ableistung des allgemein-zahnärztlichen Jahres (Teilleistung in Abschnitten von weniger als 6 Monaten)
- Antrag auf Anerkennung einer im Ausland absolvierten Weiterbildung (Ungarn)
- Antrag auf (Vorab-)Anerkennung einer im Ausland absolvierten Weiterbildung (Norwegen, Schweiz)

Anzahl der Fachgespräche	
Durchführung von Fachgesprächen	17
- davon erfolgreich bestanden	15
- nicht bestanden	2

Anzahl der Ermächtigungen	
2-jährige Weiterbildungsermächtigung	
Überprüfung der formalen Voraussetzungen	4
Durchführung des „kollegialen Gespräches“ ohne Erteilung der Ermächtigung	1
Weiterbildungsstätte mit 2-jähriger Weiterbildungsermächtigung	
Überprüfung der formalen Voraussetzungen	4

Statistik „Fachzahnärzte für Oralchirurgie“

Die nachstehenden Zahlen geben einen Überblick über die derzeitige Situation bezüglich der Anzahl der „Fachzahnärzte für Oralchirurgie“ (Stand 31.12.2005)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
Niedergelassen, Vertreter, angestellte Zahnärzte	66	73	111	54	304
In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte	2	4	2	1	9
Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis	3	6	4	10	23
Ohne zahnärztliche Tätigkeit	9	12	16	10	47
Gesamt	80	95	133	75	383

Statistik „Durchgeführte Fachgespräche“

Die nachstehenden Zahlen geben einen Überblick über die jährlich durchgeführten Fachgespräche seit 1999.

Jahr	Anzahl	Davon bestanden	Nicht bestanden
1999	11	9	2
2000	12	12	---
2001	10	10	---
2002	9	9	---
2003	17	16	1
2004	11	9	2
2005	14	14	---
2006 bisher durchgeführt	17	15	2
Gesamt	101	94	7
Noch anfallende Fachgespräche im Jahr 2006	4		

Derzeit in Weiterbildung auf dem Gebiet der Oralchirurgie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 10/2006)

Bei niedergelassenen Zahnärzten mit 1- oder 2-jähriger Ermächtigung	15
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	48*
Gesamt	63

* In dieser Zahl sind teilweise auch Weiterbildungsassistenten enthalten, die nicht alle die Weiterbildung „Oralchirurgie“ ableisten, sondern die Weiterbildung „Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie“ absolvieren

Anzahl der ermächtigten niedergelassenen „Fachzahnärzte für Oralchirurgie“ (Stand 10/2006)

mit 1-jähriger Ermächtigung	14
mit 2-jähriger Ermächtigung	32
mit 3-jähriger Ermächtigung	5

Verwaltungsrat

Vorsitzender

BÜHLER, Dr. Konrad, Eislingen

Stv. Vorsitzender

RIEGER, Dr. Klaus-Peter, Reutlingen

HEIDEN, Dr. Robert, Karlsruhe

RÖTTELE, Dr. Antoinette, Weil am Rhein

SCHOLZ, Dr. Manfred, Umkirch

STOLL, Dr. Bernd, Albstadt

Direktor

EINWAG, Prof. Dr. Johannes, Stuttgart

Geschäftsführung

Axel Maag

Die Rekordteilnehmerzahlen im Bereich der Fortbildung aus dem vergangenen Jahr wurden erneut übertroffen. Allein bei der Sommer-Akademie und bei der Winter-Akademie konnten über 1.700 Teilnehmer begrüßt werden.

Auch aus der Fortbildungspraxis können erneut Ertragssteigerungen vermeldet werden.

Erneut wurde ein erheblicher Teil der in den vergangenen Jahren der Investitionsrücklage zugeführten Mittel investiert. Die Investitionen betrafen bauliche, haus- und medientechnische Maßnahmen.

Dennoch kann die Nachfrage nach Fortbildung - wie schon in den letzten Jahren - nicht immer zeitnah gedeckt werden: Zusätzliche Räume und qualifiziertes zusätzliches, fest angestelltes Lehrpersonal werden mittelfristig benötigt. Die aktuellen Herausforderungen können nur durch den enormen, nicht selbstverständlichen Einsatz des Lehr-Teams am Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart gemeistert werden.

Der Deutsche Kongress für Präventive Zahnheilkunde Mitte November 2006 in Dresden stand zum 15. Mal unter der wissenschaftlichen Leitung des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart Thema in diesem Jahr: „Zahnheil-

kunde 2006 - sind unsere Therapiekonzepte noch zeitgemäß?“

Die Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde e.V. am Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart hat auch das zweite Curriculum „Angewandte Präventivzahnmedizin“ erfolgreich abgeschlossen; das dritte Curriculum (Start im September 2006) mit Referenten aus dem gesamten deutschsprachigen Raum ist ebenfalls ausgebaut. Die Zusammenarbeit mit der Zeitschrift „Prophylaxe-Impuls“ führte zu einer erheblichen Intensivierung des Mitgliederkontaktes.

Der Direktor und sein Team sind nach wie vor in erheblichem Maß auch als Referenten in den Kreisvereinigungen wie auch auf Großveranstaltungen der Kammer in ganz Baden-Württemberg und darüber hinaus tätig.

Das Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart wird auch im Jahre 2006 erneut mit einem positiven betriebswirtschaftlichen Ergebnis abschließen.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich in zwei Sitzungen mit der Fortbildungseinrichtung und entschied die Angelegenheiten, für die er nach dem Statut verantwortlich ist.

Fortbildung

Das Jahr 2006 ist erneut gekennzeichnet durch eine enorme Nachfrage nach zahnärztlicher Fortbildung. Um mehrmonatige Wartezeiten für die Kollegen zu vermeiden und größtmögliche Praxisnähe zu gewährleisten, wurden reine Theoriekurse ausgelagert und die Kurse mit überwiegend praktischen Inhalten im Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart, in Universitätsklinken für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde oder in geeigneten Praxen durchgeführt. Dennoch konnte die Nachfrage nicht befriedigt



werden. Es hätten - bei besseren räumlichen Bedingungen - deutlich mehr Kolleginnen und Kollegen an Fortbildungen im Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart teilnehmen können.

Gleichzeitig war der Zustrom an Fortbildungswilligen im Bereich der Kurse nach der Fortbildungsordnung (§ 28, ZMF, DH, ZMV) ungebrochen. Bereits Mitte des Jahres waren alle Kurse ausgebucht! Die Einführung eines neuen Kurses („Pilotkurs Prophylaxe plus Fissurenversiegelung“) hat sich bewährt. Die Einführung des Fortbildungsmoduls Zahnmedizinische Prophylaxeassistentin zu Beginn des nächsten Jahres wird die Nachfrage kurz und mittelfristig mit Sicherheit weiter verstärken. Sofern die bestehende Raumknappheit nicht gelöst wird, steht das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart dann vor der Fragestellung, welche Kurse in das nächste Jahr (2008) verschoben werden müssen.



Akademien

Die Winter-Akademie und die Sommer-Akademie waren mit über 1.700 Teilnehmern gut besucht. Die für die jeweiligen Belange außerordentlich positiven Rahmenbedingungen haben sich bewährt. Beide Veranstaltungen mit ihren jeweils unterschiedlichen Charakteristika haben sich in der Fortbildungslandschaft etabliert.

Die hohe Teilnehmerzahl ist allerdings zum Teil auch auf einen Sondereffekt zurückzuführen: Die hohen Teilnehmerzahlen für die Mitarbeiter bei der Winter-Akademie wurden ganz entscheidend

durch die neuen Hygiene-Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts beeinflusst. Hier bestand seitens der Kollegenschaft erheblicher Informationsbedarf.



Deutscher Kongress für Präventive Zahnheilkunde

Der Deutsche Kongress für Präventive Zahnheilkunde stand zum 15. Mal unter der wissenschaftlichen Leitung des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart. In Zusammenarbeit mit der Abteilung für Parodontologie am Universitätsklinikum Dresden wurde im CongressCenter Dresden vor über 600 Teilnehmern das Generalthema „Zahnheilkunde 2006: Sind unsere Therapiekonzepte noch zeitgemäß?“ abgehandelt.

Lehrpraxis

Der Patientenzustrom ist ungebrochen. Die Beobachtung aus den Vorjahren, dass das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart von immer mehr Kollegen als Überweisungspraxis für die Bereiche Parodontologie, Prophylaxe, Endodontie, Kinderzahnheilkunde und auch für Implantologie angesehen wird, trifft nach wie vor zu.

Der Anteil an Sanierungen in Intubationsnarkose (Kleinkinder, Behinderte, Problempatienten) ist erfreulicherweise leicht zurückgegangen.

Wissenschaftliche Tätigkeit

Die Schwerpunkte der wissenschaftlichen Tätigkeit lagen wie bisher im Bereich der angewandten Präventivzahn-

medizin sowie der Parodontologie/ Implantologie.

Auch die Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Implantologie in Kooperation mit der Universität San Antonio in Texas wurde - unter anderem im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes - fortgesetzt.

Vortragstätigkeit

Die allgemein vermehrte Nachfrage nach Fortbildung führte erneut zu häufigen Anfragen nach Referententätigkeit durch den Direktor und seines Lehr-Teams am Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart. Insgesamt wurden - neben den Vortragsverpflichtungen am Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart - im Jahre 2006 erneut etwa 30 Veranstaltungen allein für die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und die Bezirkszahnärztekammern in Baden-Württemberg bestritten - sowohl im Rahmen des Landeszahnärztetages, des Stuttgarter Zahnärztetages, der Bodenseetagung in Lindau sowie auf der Ebene der Kreisvereinigungen. Die dabei abgehandelten Themen betrafen insbesondere Alterszahnheilkunde, Hygiene, Implantologie, Kinder- und Jugendzahnheilkunde, Prophylaxe und Parodontologie. Darüber hinaus war der Direktor unter anderem als Referent der Wiener Prophylaxetage, der Fortbildungstage der Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt und der Fortbildungswoche der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein gefordert, PD Dr. Joachim Hermann war unter anderem als Referent beim Deutschen ITI-Kongress und dem Jahreskongress der französischen Zahnärztegesellschaft tätig und Dentalhygienikerin Angelika Kohler-Schatz im Deutschen Arbeitskreis für Hygiene und Mikrobiologie aktiv. Eine Besonderheit im Fortbildungsjahr stellte schließlich die Vorlesung „Kinderzahnheilkunde und pädiatrische Onkologie“ dar, die der Di-



rektor auf Einladung der entsprechenden Abteilung des Olga-Hospitals in Stuttgart durchführte. Es zeigten sich bei dieser Gelegenheit einerseits viele Berührungspunkte und andererseits doch erhebliche Wissensdefizite auf beiden Seiten – regelmäßiger interdisziplinärer Austausch zur Optimierung der Patientenbetreuung scheint sinnvoll und notwendig!

Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde e.V.

Das 3. Curriculum „Angewandte Präventivzahnmedizin“, in dem sich die Teilnehmer im Verlauf von acht Wochenenden in Theorie und Praxis umfassend über die Möglichkeiten der präventiven Zahnheilkunde informieren können, begann Ende September. Nach wie vor ist es das einzige Curriculum dieser Art im deutschsprachigen Raum.

Die Zeitschrift „Prophylaxe–Impuls“, die auflagenstärkste Fachzeitschrift für den Bereich der oralen Präventivmedizin im deutschsprachigen Raum, fungiert seit dem vierten Quartal 2004 als Mitgliederzeitschrift. Die Zusammenarbeit verläuft reibungslos.

Baumaßnahmen und Investitionen

Ein erheblicher Teil der Investitionsrücklage wurde im Jahre 2006 investiert: Neben baulichen und haustechnischen Maßnahmen (teilweiser Ersatz der Fenster, Erneuerung und Optimierung der Klimaanlage im Phantomraum, großen Hörsaal und Eingangsbereich; Neuorganisation und räumliche Verlagerung der EDV- und Telefonanlage, dadurch auch Optimierung der Sicherheit im EDV-Bereich; Optimierung der Heizungs-technik, Ausbesserung baufälliger Außenanlagen wie beispielsweise Parkplatz und Geländer) wurde auch im Fortbil-

dungsbereich weiter investiert (neue Beamer, neue Kopierer, neue Videoübertragungstechnik); für die Praxis wurde unter anderem ein OP-Mikroskop angeschafft.

Dienstleister für Kammer und KZV

In seiner Funktion als Fortbildungsreferent der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, als Fortbildungsreferent der Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart und Mitglied im Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ist der Leiter des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart in erheblichem Umfang in die aktuellen standes- und berufspolitischen Aktivitäten eingebunden. In diesem Jahr im Vordergrund standen hierbei die Vorbereitungen für den Landes Zahnärztetag Baden-Württemberg und die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Stuttgarter Zahnärztetag. Zusätzlich wurde in Abstimmung mit dem Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ein Curriculum ‚Geriatrische Zahnheilkunde‘ konzipiert und im Rahmen des Prophylaxeausschusses der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ein Prophylaxepass für Baden-Württemberg mitentwickelt.

behandlung für diverse Aktivitäten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (z.B. Überprüfung der Gleichwertigkeit nach § 13), der Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart (Patientenberatung, Begutachtung, „Der junge Zahnarzt“) sowie der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (Prothetik-Einigungs-Ausschuss) zur Verfügung gestellt werden.

Haushalt

Das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart wird in diesem Jahr erneut mit einem positiven betriebswirtschaftlichen Abschluss rechnen können.



Dies gilt in ähnlichem Umfang für die Räumlichkeiten des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart, die neben ihrer originären Bestimmung für den Bereich der Fortbildung und der Patienten-

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Dr. Bernd Ulrich Borckmann, Heidelberg

Stv. Vorsitzender

Alfred Braig, Biberach (ab 11.10.06)

Mitglieder

Dr. Bernhard Jäger, Mannheim

Prof. Dr. Irmtrud Jonas, Freiburg/ Brsg.

Dr. Otto W. Müller, Speyer

Dr. Hendrik Putze, Stuttgart (ab 08.04.06)

Dr. Manfred Scholz, Umkirch

Direktor

Prof. Dr. Michael Heners, Karlsruhe

Stv. Direktor

Prof. Dr. Winfried Walther, Karlsruhe

Unter dem Vorsitz von Dr. Borckmann nahm der Verwaltungsrat der Akademie im laufenden Geschäftsjahr in zwei Sitzungen seinen statutengemäßen Auftrag wahr.

Fortbildung

Die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe ist unbestritten der geistige Motor zahnärztlicher Fortbildung geblieben.

Es steht ganz außer Frage, dass sich die mutige Entscheidung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg aus dem Jahre 1960, eine Fortbildungsinstitution in Baden-Württemberg zu gründen, bewährt hat. Es war im wahrsten Sinne des Wortes eine Pioniertat. Das Beispiel wurde nicht nur innerhalb und außerhalb Baden-Württembergs kopiert und individuell zugeschnitten. Die Tätigkeit der Karlsruher Akademie steht als Beispiel standespolitisch verantworteter Fortbildung, die an der Gestaltung und Modellierung des zahnärztlichen Berufsstandes in einer Weise mitgewirkt hat, die weltweit Anerkennung gefunden hat.



Dies zeigte sich im zu Ende gehenden Geschäftsjahr in sehr beeindruckender Weise, als sich Vertreter aus 24 Ländern zwischen Australien und den USA zu einem klinischen Workshop unter der Leitung von Prof. Dr. George Zarb, Toronto, Prof. Dr. Winfried Walther und Prof. Dr. Michael Heners in Karlsruhe trafen. An drei Tagen erörterten die Wis-



senschaftler neue Methoden des klinischen Unterrichts und des wissenschaftlichen Outcome. Der Workshop war der Erste seiner Art überhaupt.

Die Eigenständigkeit, die Autonomie des zahnärztlichen Berufsstandes wird durch administrative Vorgaben immer mehr eingeschränkt, ja sogar in Frage gestellt. Die Zahnärzteschaft wird aber nur so lange ihre Freiheit und Autonomie behalten, als sie nicht aufhört, eigenständig an ihrem fachlichen und gesellschaftlichen Berufsprofil zu feilen. Dies können ihr der Staat und die Hochschulen nicht abnehmen. Auch reicht es für dieses Ziel nicht aus, Selbstverwaltungen zu unterhalten. Die Einrichtung und Aufrechterhaltung von Fortbildungsinstitutionen in standespolitischer Trägerschaft und inhaltlicher Selbstverantwortung sind dafür unverzichtbar. Die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe ist für diese Willenserklärung zur autonomen Berufsgestaltung glücklicherweise nur ein Beispiel – allerdings ein Beispiel, das von Anfang an neue Wege gegangen ist, da-



durch Schule gemacht hat und hoffentlich nicht aufhört, Schule zu machen.

Die Zahnärzteschaft hat sich bezüglich ihrer Fortbildung nicht in die Abhängigkeit Dritter begeben, sondern sich in selbstgestalterischer Kraft die geistige Unabhängigkeit von vordergründigen anderen Interessen weitgehend bewahrt. Sie hat die im Kammergesetz geforderte Selbstverpflichtung zur Fortbildung wahrgenommen, so dass sie keinen wie auch immer gearteten Vergleich mit anderen Berufsgruppen scheuen muss. An dieser Ausprägung der Einsicht in die Notwendigkeit zur selbstverantworteten freiwilligen Fortbildung hat die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe in ganz besonderer Weise mitgewirkt.

Das im Vergleich zu anderen Ländern am deutlichsten ins Auge springende Grundprinzip der Fortbildung in Deutschland ist, dass der Aufbau und die Entwicklung der zahnärztlichen Fortbildung nicht in der Verantwortung vornehmlich der Hochschulen, sondern als eigenständiger Verantwortungsbereich der Zahnärztekammern als berufsständische Vertretung betrachtet wird. In dieser Tradition steht die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe. Aus dieser Entwicklung heraus ist auch zu verstehen, weshalb sich die Etablierung von postgraduierten Studiengängen in der Bundesrepublik bisher nicht in der Form durchgesetzt hat, wie dies in anderen Ländern der Fall ist.

Das andere bedeutsame Merkmal ist die Vielfalt des Fortbildungsangebotes und der Fortbildungsanbieter mit der sich daraus konsequenterweise ableitenden Wahlfreiheit der Nutznießer. Diese Vielfalt schärft nicht nur das Qualitätsbewusstsein der einzelnen Unterrichtsver-

anstalter – das dritte Merkmal –, sondern auch die Wachsamkeit für die richtige Fragestellung. Da Fortbildung sich an die examinierte und approbierte Kollegenschaft wendet, kann sie auch nur dann wirksam und erfolgreich sein, wenn sie aus sich selbst das Interesse ihrer Zielgruppe weckt. Sie liefe andernfalls Gefahr, zu einem administrativen Abhaken zu verkommen.



Setzt man diese Parameter nüchtern zusammen, so bedeutet eine berufsständig verankerte Fortbildung eine zukunftsorientierte Gestaltung und Modellierung des zahnärztlichen Berufsbildes. Es ist daher konsequent, dass sich die Akademie

Karlsruhe um die theoretischen Grundlagen der zahnärztlichen Professionalisierung in einem offenen Diskurs bemüht. Das Karlsruher Symposium dient diesem Diskurs um die Zukunft der Profession und rundet zusammen mit dem 1983 ins Leben gerufenen Karlsruher Vortrag die Bemühungen der Akademie um eine zukunftsorientierte Modellierung des zahnärztlichen Berufsbildes ab.

Fortbildung ist kein Selbstzweck, auch wenn dieser Anschein durch die Bürokratisierung der Fortbildung durch Fortbildungspunkte – Bürokratisierungen haben noch nie einen Fortschritt gebracht – erweckt wird. Zahnärztinnen und Zahnärzte müssen sich der Verpflichtung bewusst bleiben, dass die freiheitliche Gestaltung ihrer Profession nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie sich der Verpflichtung bewusst bleiben, die freiheitliche Gestaltung nicht nur politisch, sondern vor allem fachlich-argumentativ zu begründen. Dies muss das eigentliche Ziel zahnärztlicher Fortbildung bleiben. Und für dieses Ziel steht die Akademie für zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe seit ihrer Gründung 1960.

Karlsruher Konferenz

Die 21. Karlsruher Konferenz stand in diesem Jahr unter dem wissenschaftlichen Thema: "Zahnärztliche Implantolo-



gie – prothetische Effizienz und klinische Optimierung". Das Einleitungsreferat hielt Prof. Dr. Michael Heners, die Moderation lag ebenfalls in seinen Händen.

Die Referenten waren:

- Prof. Dr. Torsten Jemt, Göteborg, S
- Prof. Dr. Steven Eckert, Rochester/Minnesota, USA
- Prof. Dr. Manfred Wichmann, Erlangen, D
- Dr. Florian Troeger, Karlsruhe, D

Der gleichzeitige "Karlsruher Tag der Zahnmedizinischen Fachangestellten" stand unter der Moderation von Dr. Robert Heiden, Karlsruhe. Unter seiner Regie referierten:

- Priv.-Doz. Dr. Eleni Roussa, Göttingen, D
- Dr. Florian Weber, Karlsruhe, D
- Dr. Bernd Stockinger, Karlsruhe, D
- Norbert Gries, Ulm, D
- Dr. Asta Miliauskaite, Homburg/Saar, D
- Dr. Bernhard Jäger, Mannheim, D



Karlsruher Abend und Walther-Engel-Stipendium

Der Karlsruher Abend zeigte sich seinen begeisterten Gästen in diesem Jahr in orientalischer Gewand in der besonderen Atmosphäre des Südwerks, einem ehemaligen Betriebswerk der Deutschen Bahn.

Das Walther-Engel-Stipendium wurde an Herrn Prof. Dr. Ulrich Tiber Egle, Universität Mainz für eine Gastprofessur an der Universität Seattle verliehen. Prof. Dr. Egle bedankte sich mit persönlicher Betroffenheit, dass seine berufliche Anerkennung aus einer Berufsgruppe kommt, von der er es am wenigsten erwartet hätte.



Karlsruher Vortrag „Mund auf“

Dr. Mohamed ElBaradei, Generaldirektor der Internationalen Atomenergie Organisation, Wien und Friedensnobelpreisträger des Jahres 2005 führte zum Thema "Putting Teth into Nuclear Non-Proliferation and Disarmament Commitments" aus:

"Je länger wir hinterherhinken, sensitive nukleare Betriebe unter multinationale Kontrolle zu stellen, desto mehr Länder werden bestrebt sein, solche Einrichtungen zu bauen. Je länger wir globales Lagern von nuklearem und radioaktivem Material hinnehmen, desto höher wird das Risiko, dass diese in die Hände von Terroristen fallen. Je länger eine effektive, mit amtlicher Befugnis ausgestattete Nachprüfung nicht generell stattfindet, desto höher wird das Potential an heimlicher Aktivität. So lange Abrüstungsmaßnahmen nicht bedeutsam weiterentwickelt werden, werden Anstrengungen zur nuklearen Nichtweiterverbreitung mit Zynismus bestraft und noch mehr Länder werden versuchen, 'in die Meistertklasse zu kommen'. Und je länger der Weltsicherheitsrat nicht systematisch, unparteiisch und effektiv als Wächter von internationalem Frieden und Sicherheit handelt, umso mehr wird seine Legitimität unterwandert

werden. Ein Gefühl von Unsicherheit wird fortschreitend die Oberhand gewinnen. Die Ironie ist, dass wir die Probleme und ihre Lösungen kennen. Was jetzt unbedingt notwendig ist, ist die Einsicht und die Bereitschaft, die Hybris zu überwinden, die bedrohlich unsere gegenseitige Zerstörung ankündigt. Statt dessen sollten wir an einer Kulturgemeinschaft bauen, die ihre Wurzeln hat in der Eintracht der menschlichen Familie, in der Unverletzlichkeit allen menschlichen Lebens sowie in den Kernwerten, die uns alle verbinden – eine Zivilisation, menschenfreundlich und gerecht."

Der Präsident des Bundesgerichtshofes, Prof. Dr. Günther Hirsch ehrte den Referenten mit der Überreichung der Urkunde, der "Mund-auf-Statue" und dankte ihm und der Karlsruher Akademie in seinem Schlusswort für den großartigen Vormittag.

Karlsruher Symposium - Diskurs um die Zukunft der Profession



„Zahnarzt und Gesellschaft – Fachidiotie oder endlich ein modernes Berufsverständnis?“

Am 14. Juli 2006 fand zum 3. Mal ein Symposium zur Professionalisierung der Zahnmedizin statt. Der Teilnehmerkreis

bestand ausschließlich aus geladenen ‚opinion leaders‘ der Landespolitik. Die Präsidenten der Zahnärztekammern von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern, Hessen, Westfalen und Berlin, sowie die KZV-Chefs von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Westfalen und der Hauptgeschäftsführer der Bundeszahnärztekammer waren unter den interessierten Zuhörern und Diskutanten.

"Konsequentes Querdenken und das Beschreiten neuer Wege" – so die z. m. in ihrer Berichterstattung – "damit hat sich die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe einen Namen gemacht".

Aus der Sicht der Landespolitik umriss der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Dr. Jürgen Weitkamp die sich ändernden Herausforderungen für die Ausübung der Zahnheilkunde. Der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Jürgen Fedderwitz, stellte eine systematische Argumentation für die Fragestellung "wie begründe ich den Wert der zahnärztlichen Leistung?" vor. Seine Darstellung war vielschichtig und überzeugend. Prof. Dr.



Theo Wehner von der ETH Zürich, stellte heraus, wie wichtig die Pflege der eigenen Wissensbestände für eine Profession ist. Der Verweis auf Erfahrung allein reiche aber nicht aus, um Wissen zu begründen, sie müsse erst in Wissen transferiert werden. Innovation entstehe dadurch, dass man sich neu zu dem hinwende, was man bereits habe. "Expertentum muss sich reflexiv modernisieren", so lautete die Forderung von Prof. Dr. Harald Mieg, Berlin. Beide Wissensexperten konnten sich – ohne es vorher gekannt zu haben – dem von Prof. Dr. Heners und Prof. Dr. Walther vorgestellten Professionalisierungsmodell anschließen, ja, es aus eigener Erfahrung untermauern. Deshalb war es sehr erfreulich, dass auch der Direktor der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Axel Maag, und die Geschäftsführer der Bezirks Zahnärztekammern Freiburg, Martin Schächtele, und Karlsruhe, David Richter, anwesend waren, um sich von der Profession, für deren Wohlergehen sie tätig sind, ein sachgerechtes Bild zu machen.

Masterstudiengang ‚Integrated Dentistry‘

Die erste Matrikel des Masterstudienganges "Integrated Dentistry", den die Akademie zusammen mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg in ‚private public partnership‘ gestaltet, konnte ihr Abschlussdiplom, die Masterurkunde

erhalten. Sie berechtigt, hinter dem Namen die akademische Bezeichnung M.A. zu führen. 30 Absolventen trugen an zwei Tagen in zwei Hörsälen vor öffentlichem Publikum die Thesen ihrer Masterarbei-



ten in mehr als beeindruckender Weise vor und gaben so dem Studienweg seinen Abschluss, sein Profil und seinen unbestreitbaren Sinn.

Wissenschaftliche Gemeinschaftsprojekte

Die Gemeinschaftsprojekte mit der Universität des Saarlandes, der Universität Bremen, der Universität Karlsruhe und der Universität Sarajevo sowie die Kooperation mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg wurden im Jahr 2006 fortgesetzt.

Gerichtsgutachten

Insgesamt zwölf Sachverständigengutachten wurden erstellt für die Amtsgerichte Landau, Kaiserslautern, Stockach, Merzig, für die Landesgerichte Rottweil, Landau, Frankenthal, Heidelberg und Karlsruhe, das Arbeitsgericht Mannheim sowie die Oberlandesgerichte Karlsruhe und Stuttgart.

Standespolitische Tätigkeit

Prof. Dr. Michael Heners

- Unparteiisches Mitglied des Erweiterten Bewertungsausschusses der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung

- Delegierter der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer für das Land Baden-Württemberg
- Mitglied der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg
- Mitglied der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg
- Mitglied der Vertreterversammlung der Bezirks Zahnärztekammer für den Regierungsbezirk Karlsruhe
- Mitglied der Bezirksgruppe der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bezirksdirektion Karlsruhe
- Obergutachter der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bezirksdirektion Karlsruhe
- Gutachterreferent der Bezirks Zahnärztekammer Karlsruhe
- Mitglied des Ausschusses für Gutachterfragen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg
- Mitglied des Fortbildungsausschusses der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg



Prof. Dr. Winfried Walther

- Associate Editor des "International Journal of Prosthodontics", Chicago
- Mitglied im Arbeitsausschuss "Qualitätssicherung" der Bundeszahnärztekammer
- Mitglied des Ausschusses "Qualitätssicherung" der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der "Arbeitsgemeinschaft für Keramik in der Zahnheilkunde e. V."



Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung

Seit 1979 sind bei den Bezirkszahnärztekammern Gutachterkommissionen eingerichtet, damit die „Begutachtung behaupteter zahnärztlicher Behandlungsfehler“ im Rahmen der zahnärztlichen Selbstverwaltung vorgerichtlich abgeklärt werden kann.

Ziel der Gutachterkommissionen ist es, durch objektive Begutachtung zahnärztlichen Handelns dem durch einen möglichen Behandlungsfehler in seiner Gesundheit Geschädigten die Durchsetzung begründeter Ansprüche und dem Zahnarzt die Zurückweisung unbegründeter Vorwürfe zu erleichtern.

Statistik für die Zeit vom 01.10.2005 – 30.09.2006

		S	KA	FR	TÜ	LZK BW
I. Allgemeines						
1.	Gesamtzahl der im Berichtsjahr gestellten Anträge	94	39	32	53	218
2.	Zahl der zu Beginn des Berichtsjahres noch offenen Anträge aus dem Vorjahr	36	26	12	20	94
3.	Zahl der im abgelaufenem Berichtsjahr erledigten Anträge	81	33	29	56	199
4.	Wie haben sich die Anträge nach Ziff. 3 erledigt?					
	a) durch schriftliches Gutachten	8	21	18	27	74
	b) durch Vergleich	4	1	1	4	10
	c) Sonstige Weise (z. B. Widerspruch, Rücknahme, Fristablauf, Abgabe, etc.)	69	11	10	25	115
5.	Zahl der am Ende des Berichtsjahres noch offenen Anträge	49	32	15	17	113
II. Durch Kommissionsgutachten entschiedene Fälle						
1.	Gesamtzahl der im Berichtsjahr erstatteten Gutachten, davon	8	21	18	27	74
1.1	Aufklärungsfehler bejaht	---	2	---	---	2
1.2	Behandlungsfehler und Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt bejaht	5	2	5	14	26
1.3	Behandlungsfehler bejaht, Gesundheitsschaden verneint	---	5	1	12	18
1.4	Behandlungsfehler bejaht, Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt verneint	---	---	---	2	2
1.5	Behandlungsfehler/Aufklärungsfehler verneint	3	7	12	11	33
III. Häufigste Ursache der Behandlungsfehler bzw. geltend gemachten Fehler						
a)	Chirurgie	---	2	---	3	5
b)	Implantologie	---	---	3	2	5
c)	Kieferorthopädie	---	3	---	1	4
d)	Parodontologie	---	2	1	---	3
e)	Zahnerhaltung	1	7	2	8	18
f)	Zahnersatz	2	7	1	3	13
g)	Sonstiges	2	---	---	2	4

Von den Bezirkszahnärztekammern wurden im Rahmen ihrer Statistik für das Berichtsjahr noch folgende Erläuterungen gemacht:

Bezirkszahnärztekammer Stuttgart

Der Geschäftsanfall im Berichtsjahr ist gegenüber dem Vorjahr 2004/ 2005 deutlich gestiegen. Während im Vorjahr noch 64 Verfahren bearbeitet wurden, wurden im Berichtsjahr 94 Anträge an die Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung gestellt. Die Zahl der eingehenden Anträge hat damit wieder den Umfang der Jahre 2003/ 2004 und der Jahre davor erreicht.

Aus den Anträgen ist ersichtlich, dass die ratsuchenden Patienten vielfach von Nachbehandlern auf die Möglichkeit des Gutachtenverfahrens hingewiesen werden. Soweit die Patienten über Alternativen zum Gutachtenverfahren (z. B. Privatgutachten) informiert werden, entscheiden sie sich vielfach aus Kostengründen für das Gutachtenverfahren vor der Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung. Kostengesichtspunkte gewinnen inzwischen zunehmend an Bedeutung, was sich daran zeigt, dass in den Anträgen vielfach die entstandenen Kosten einschließlich Praxisgebühren aufgeführt werden.

Trotz des Anstieges der Neueingänge der Anträge ist es der Gutachterkommission gelungen, die Rückstände aus dem Vorjahr weitgehend abzubauen, was sich daran zeigt, dass nur neun Gutachtenverfahren älter als sechs Monate sind.

Die Anzahl der Kommissionssitzungen entspricht etwa dem Vorjahr (18 gegenüber 16) mit einer entsprechend höheren Anzahl an Sachverhaltserörterungen (51 gegenüber 46). Die Zahl der zahnärztlichen Untersuchungen ist von 21 auf 31 gestiegen.

Nach wie vor werden fast alle Anträge von Patienten gestellt – lediglich zwei Anträge gingen von Zahnärzten ein.

Das Verhältnis der antragstellenden Patientinnen zu den antragstellenden Patienten ist wie im Vorjahr etwa 2:1. Der

Ausländeranteil bei den antragstellenden Patienten liegt nach wie vor bei ca. 12 Prozent; gleich geblieben ist der Anteil beteiligter Patienten, die von einem Rechtsanwalt vertreten werden.

Die Gutachterkommission versucht seit ihrem Bestehen, insbesondere den Patienten im Rahmen einer mündlichen Erörterung des Sachverhalts ihre Beurteilung nicht nur bekannt zugeben, sondern diese auch zu erläutern und Fragen der Patienten hierzu zu beantworten. Dies führte in vielen Fällen dazu, dass sich die Beteiligten mit der Erörterung des Sachverhalts und der Erstattung eines mündlichen Gutachtens begnügen und auf ein schriftliches Gutachten verzichtet werden kann. So hat die Gutachterkommission insgesamt 45 mündliche Gutachten erstattet, aber nur acht schriftliche Gutachten.

Soweit dies beurteilt werden kann, folgt nach einer solchen Verfahrensbeendigung eine weitere (gerichtliche) Auseinandersetzung allenfalls in den Fällen, in denen die Gutachterkommission einen Behandlungsfehler bejaht, aber keine Aussagen zu den weiteren Kosten machen konnte oder einen Behandlungsfehler zwar nicht ausschließen, aber auch nicht bejahen konnte.

Nach wie vor erwarten viele der antragstellenden Patienten von der Gutachterkommission letztlich die Zuerkennung von Schadensersatz oder Schmerzensgeld. Dieser Erwartungshaltung kommt die Gutachterkommission durch ihr Bemühen um eine vergleichsweise Erledigung bei der mündlichen Erörterung des Sachverhalts nach Bejahung eines Behandlungsfehlers in einem mündlich vorab erstatteten Gutachten entgegen.

Die geringe Anzahl der Vergleiche im Berichtszeitraum ist darauf zurückzuführen, dass die Schadensfolgen in vielen Fällen nicht abzusehen waren und deshalb eine endgültige Regelung ausschied.

Im Hinblick auf die im großen Umfang erreichte (nicht streitige) Befriedigung soll trotz des hohen Arbeitsaufwandes zu-

nächst unverändert am Grundsatz der mündlichen Erörterung des Sachverhalts mit den Beteiligten festgehalten werden.

Bezirkszahnärztekammer Tübingen

Die Bezirkszahnärztekammer Tübingen teilte im Rahmen der Berichterstattung mit, dass in ihrem Bereich am häufigsten Behandlungsfehler im Gebiet Zahnerhaltung vorkommen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Fehler bei Wurzelkanal-Behandlungen und Fehler aufgrund nicht ausreichend sorgfältiger Kariesprophylaxe.

Privat- und Gerichtsgutachter

Am 11.11.2006 fand in Stuttgart im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle eine Privat- und Gerichtsgutachtertagung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg statt, an der 120 Kammergutachter aus dem gesamten Kammerbereich teilgenommen haben.



Inhalt dieser Tagung waren Referate zum Thema:

- „Wenn Befund und Befinden nicht zusammenpassen. Der psychosomatische Gesichtsschmerz. Eine Anleitung zur Verdachtsdiagnose“ von Prof. Dr. Sandro Palla, Zürich, sowie
- „Kollegialität im Gutachterwesen“ von Prof. Dr. Michael Heners, Karlsruhe.

Im Berichtsjahr fanden unter der Federführung des neuen Gutachterreferenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Gerhard Cube, Stuttgart, auch mehrere Zusammenkünfte der Gutachterreferenten aus den Bezirken statt.

Auf der Agenda dieser Zusammenkünfte der Gutachterreferenten standen neben der Vorbesprechung der vorgenannten Privat- und Gerichtsgutachtertagung auch die Erarbeitung eines neuen Erhebungs-

bogens für Gutachter. Gem. § 4 Abs. 6 der Gutachterordnung ist jeder Gutachter verpflichtet, die von ihm erstellten Gutachten statistisch auf einem Erhebungsbogen zu erfassen und der zuständigen Bezirkszahnärztekammer zur Auswertung zu überlassen.

Die Gutachterreferenten sprechen sich dafür aus, den Erhebungsbogen zu überarbeiten, da derzeit die Bezirkszahnärztekammern nur bedingt Einblick in die einzelnen Gutachten haben. Zudem ist aus den bisher verwendeten Erhebungsbögen nicht ersichtlich, ob auf Grund der Gutachten eine Einigung zwischen den Beteiligten erfolgt sei.

Aus Qualitätssicherungsgründen sollen künftig die Kammergutachten auf den neuen Erhebungsbögen die von ihnen erstellte Gutachten erfassen und zusammen mit den anonymisierten Gutachten den Gutachterreferenten auf Bezirksebene übersenden.

In diesem Zusammenhang haben sich die Gutachter auch für eine Änderung der aus dem Jahre 2003 stammenden Gutachterordnung ausgesprochen und dem Satzungsausschuss ihre Änderungsvorschläge mitgeteilt.

Mitglieder

Prüfungskommission 1

Vorsitzender

HOLFELD, Dr. Hans-Henning, Deizisau

Stv. Vorsitzender

LUDWIG, Prof. Dr. Peter, Ulm

KNOBLAUCH, Dr. Iris, Freiburg

Prüfungskommission 2

Vorsitzende

HEMBERGER, Dr. Eva, Heidelberg

Stv. Vorsitzender

SCHEMPF, Dr. Wolfgang, Reutlingen

SCHULTE, Prof. Dr. Andreas, Heidelberg

Die Erteilung der zahnärztlichen Approbation an Zahnärztinnen und Zahnärzte, die ihre Ausbildung außerhalb der Europäischen Union (EU), des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie außerhalb von Vertragsstaaten abgeschlossen haben, deren zahnärztliche Ausbildungen aufgrund von Verträgen mit Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft oder Deutschland und der Europäischen Union als gleichwertig anerkannt gelten, setzt nach § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Zahnheilkundegesetz (ZHG) voraus, dass ein gleichwertiger Ausbildungsstand nachgewiesen wird.

Wird die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht festgestellt oder ist sie nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand feststellbar, muss gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 ZHG ein gleichwertiger Kenntnisstand nachgewiesen werden. Dieser Nachweis wird durch das Ablegen einer Kenntnisprüfung erbracht, die sich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung erstreckt.

Für diese Kenntnisprüfungen, die im Auftrag der Approbationsbehörde des Landes Baden-Württemberg (Regierungspräsidium Stuttgart) durchgeführt werden, wurden bei der Landes Zahnärztekammer zwei Prüfungskommissionen eingerichtet. Die Kenntnisprüfungen dienen der zentralen Approbationsbehörde

als gutachterliche Entscheidungshilfe für die Beurteilung der Erteilung einer zahnärztlichen Approbation. Die ausführlichen und fachlichen Begründungen der Prüfungskommissionen bei Nichtbestehen der Kenntnisprüfungen dienen der Approbationsbehörde des Weiteren als Grundlage für die Argumentation in Widerspruchsbescheiden gegen die Antragsteller. Die Approbationsbehörde ist bislang immer den Empfehlungen der Prüfungskommissionen gefolgt. Die beiden Prüfungskommissionen für die Durchführung der Kenntnisprüfungen gem. § 2 Abs. 2 Satz 3 des Zahnheilkundegesetzes (ZHG) führten im Berichtsjahr 2006 acht praktische Kenntnisprüfungen mit insgesamt 32 Kandidaten und neun theoretische Kenntnisprüfungen mit insgesamt 19 Kandidaten durch.

Auch im Berichtsjahr hat sich wiederum offen gezeigt, dass die letztmalig zum 01.01.2005 geänderten Verfahrensgrundsätze für die Durchführung der Kenntnisprüfungen gem. § 2 Abs. 2 Satz 3 ZHG, zu Recht vorsehen, dass das Bestehen des praktischen Teils Zulassungsvoraussetzung für die theoretische Prüfung ist. Von 32 Kandidaten haben im Jahr 2006 nur vierzehn den praktischen Teil der Prüfung bestanden mit der Folge, dass auch nur diese Prüflinge zur theoretischen Überprüfung zugelassen werden konnten. Dies bedeutet, dass nur etwa 40 Prozent der Kandidaten die entsprechenden praktischen Kenntnisse nachweisen konnten. Fünf Prüflinge aus dem Jahre 2005 standen dieses Jahr noch zur theoretischen Prüfung an. Bei den 32 durchgeführten Kenntnisprüfungen konnte von den Prüfungskommissionen in 13 Fällen die Gleichwertigkeit des Kenntnisstandes bejaht werden. In den übrigen Fällen konnte dem Regierungspräsidium Stuttgart die Erteilung der Approbation nicht empfohlen werden. Auf Grund der derzeitigen bei der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg geführten Warteliste ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Kenntnisprüfungen im kommenden Jahr leicht sinken wird.

Statistik der durchgeführten Kenntnisprüfungen

Ausbildungen in	Praxis nicht bestanden (Anzahl)	Praxis bestanden (Anzahl)	Theorie bestanden (Anzahl)	Theorie nicht bestanden (Anzahl)
Kasachstan	2	2 (1 davon in 2005)	2	
Sowjetunion		1 (1 davon in 2005)	1	
Ungarn		1		1
Rumänien	5	6 (2 davon in 2005)	3	3
Aserbeidschan		1 (1 davon in 2005)		1
Kroatien	4			
Philippinen	1			
Ägypten	1			
Türkei	1			
Russland	1	3	2	1
Armenien	1			
Honduras		1	1	
Bulgarien		1	1	
Indien		1	1	
Iran		1	1	
Serbien	1			
Syrien	1			
Ukraine		1	1	
Gesamt	18	19	13	6

Die Zielgruppen der Kammer in der internen Öffentlichkeitsarbeit sind die Kammermitglieder, das heißt die Zahnärztinnen und Zahnärzte in Baden-Württemberg, und die Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen in den Zahnarztpraxen.

Den Zahnärztinnen und Zahnärzten möchte die Kammer im Rahmen ihrer Mitgliedschaft ein Höchstmaß an Information und Service bieten und ihnen den Nutzen einer Berufsvertretung darstellen. Zur Informations- und Serviceverpflichtung der Kammer an ihre Mitglieder gehört unter anderem die Hilfestellung und Beratung bei berufsrechtlichen wie praxisrelevanten Problemstellungen. Eine Aufgabe der Kammer ist es auch, gesetzlichen Änderungen der deutschen, zwischenzeitlich aber verstärkt auch der europäischen Rechtsprechung, in Form von praktischen Empfehlungen und Angeboten zu begegnen, sei es durch entsprechende Fortbildungsangebote oder Gespräche und Verhandlungen auf ministerialer Ebene.

Die zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen werden von der Kammer über die vielfältigen Aufstiegsfortbildungen und weitere ihren Berufsalltag und ihren Aufgabenbereich in der Praxis betreffenden Neuerungen informiert.

Um die Zielsetzungen für ihre beiden zentralen Bezugsgruppen zu erreichen, bedient sich die Kammer einem Mix aus verschiedenen Kommunikationsinstrumenten. Dazu gehört das monatlich erscheinende Zahnärzteblatt Baden-Württemberg, die Information der zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen im ‚Praxisteam Aktuell‘ genauso wie die Internetpräsenz, der E-Mail-Newsletter ‚Kammer INFORM‘ und die Präsenz auf Messen wie der Fachdental Südwest und Ausbildungsmessen.

Die Öffentlichkeitsreferentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Antoinette Röttele, prägte auch in diesem Jahr die Themenvielfalt, die Aus- und Bearbeitung in den verschiedenen Bereichen der internen Öffentlichkeitsarbeit und ihren Schnittstellen zu IZZ und Kassenzahnärztlicher Vereinigung Ba-

den-Württemberg. Mit Geduld und leise im Hintergrund bewältigte sie, wie im Jahr zuvor, den enormen Arbeitsaufwand in diesem Ehrenamtsbereich trotz der Geburt ihres Sohnes.

Zahnärzteblatt Baden-Württemberg

Als Mitglieder-Magazin sowie als amtliches Verlautbarungsorgan stellt das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg nach wie vor das herausragende Informations- und Kommunikationsmedium für die Zielgruppe der Zahnärztinnen und Zahnärzte in Baden-Württemberg dar.

Gewählte Ehrenamtsträger (Dr. Antoinette Röttele, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, und Dr. Hans-Hugo Wilms, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg) und hauptamtliche Mitarbeiter/innen (Andrea Mader, Kommunikationsassistentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Guido Reiter, Leiter der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg) beider herausgebenden Organisationen sowie des Informationszentrum Zahngesundheit (Johannes Clausen, Chefredakteur, Gabriele Billischek, Redaktionsassistentin und Sandra Limley, Graphikerin) bilden gemeinsam das Redaktionsgremium des Zahnärzteblattes Baden-Württemberg.

Seitens der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg erfolgt über die Kammerredaktion im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg eine regelmäßige Berichterstattung über die Beschlussfassungen im Vorstand der Landes Zahnärztekammer sowie in den Ausschüssen und Arbeitskreisen, über die Zahnärzteschaft betreffende neue Urteile, aktuelle Abrechnungs-Tipps, Fortbildungsveran-



staltungen der Fortbildungseinrichtungen sowie Nützliches und Aktuelles zur Praxisführung.

Um die Leserschaft gezielter zu informieren, hat sich das ZBW-Redaktionsgremium Anfang des Jahres darauf verständigt, in jeder Ausgabe ein spezielles Schwerpunktthema zu bearbeiten.

Die gemeinsame Bearbeitung dieses Titelthemas durch die Redakteurinnen und Redakteure der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, des Informationszentrum Zahngesundheit und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg ermöglichte das Beleuchten eines Themenkomplexes unter allen denkbaren Facetten. Auch der Autor/in des Leitartikels wurde gemäß diesem neuen Konzept entsprechend der Zuständigkeit und des jeweiligen Aufgabenbereiches gebeten, zum Titelthema passend, einen Leitartikel zu verfassen.

Mit den Schwerpunktthemen Hygiene, Patientenberatung, Altersvorsorge oder Fortbildung konnten auf diese Weise für die Kollegenschaft zentrale berufspolitisch wie praxisrelevante Bereiche aufbereitet werden.

Einen weiteren Schwerpunkt der Berichterstattung in diesem Jahr bildete die Gesundheitsreform mit der Darstellung der Gesetzesvorhaben der Großen Koalition – angefangen mit den Eckpunkten im Juni bis zum Referentenentwurf im Oktober –, dem Einfangen der unterschiedlichen Positionen und Einschätzungen der gesundheitspolitischen Akteure auf Bundes- und Landesebene durch Interviews sowie die Dokumentation der intensiven Lobbyarbeit aller im Gesundheitswesen Beteiligten gegen das gesundheitspolitische Vorhaben der schwarzroten Regierungskoalition.

Praxisbegleiter für das Team

Für die Zielgruppe der Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen bewährt, hat sich das im vierteljährlichen Rhythmus als Beilage zum Zahnärzteblatt Baden-Württemberg herausgegebene ‚Praxisteam Aktuell‘. Die Redaktion (bestehend aus

der stv. Präsidentin und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Dr. Antoinette Röttele, und der Kommunikationsassistentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Andrea Mader) wurde auch in diesem Jahr wieder kompetent durch die Editorials des Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, Dr. Klaus-Peter Rieger, sowie Fachbeiträge von Gastreferentinnen und Artikel von Mitarbeiter/innen aus den Verwaltungsreferaten Praxisführung und Aus-, Fort- und Weiterbildung Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen verstärkt.

Nachdem das ZBW-Redaktionsgremium beschlossen hat, die Berichterstattung über die Fortbildungstagungen für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen in das ‚Praxisteam Aktuell‘ zu integrieren und im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg nur noch mit einer einseitigen Zusammenfassung anzureißen, erfolgte zu allen Fortbildungstagungen der Bezirks Zahnärztekammern in Schluchsee (Schwarzwaldtagung), Karlsruhe (Karlsruher Konferenz), Stuttgart (Stuttgarter Zahnärztetag) und Lindau (Bodenseetag) eine umfangreiche und ausführliche Berichterstattung.

Durch die schriftliche Ausarbeitung des Vortrages von Iris Karcher (ZMF) über die Einführung eines Recall-Systems in Schluchsee konnte darüber hinaus das auf den Fortbildungstagungen erworbene Wissen vertieft und nachvollziehbar gemacht werden.

Mit dem Gastbeitrag ‚Therapeutisches Zaubern‘ von Annalisa Neumeyer realisierte die Redaktion im Praxisteam Aktuell, ebenso wie im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg, eine hinführende Berichterstattung zum Landes Zahnärztetag 2006.



Ausführliche und umfangreiche Informationen erhielten die zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen zu speziell ihren Aufgaben- und Tätigkeitsbereich in der Praxis betreffenden Themenbereichen, wie beispielsweise zur Organisation der Hygienemaßnahmen und der Aufbereitung der Instrumente sowie der Durchführung der neuen Aufzeichnungsrichtlinie Röntgen.

Eingehend informierte das Praxisteam Aktuell auch über die neue Aufstiegsfortbildung zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (ZMP) und die Unterschiede zu den bereits seit vielen Jahren in Baden-Württemberg etablierten Aufstiegsfortbildungen zur Zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFM) und zur Dentalhygienikerin (DH)

Fachdental Südwest

Sowohl an die Zielgruppe der Zahnärztinnen und Zahnärzte als auch an die der zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen richtet sich der jährliche Messeauftritt der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg auf der Fachdental Südwest.

Zeitgleich zum Landes Zahnärztetag hatte die Kollegenschaft am Messestand die Möglichkeit, kompetente Auskünfte zum Update der CD-ROM ‚Praxishandbücher‘ und zur Organisation der Hygienemaßnahmen einzuholen. Das Standpersonal wurde in diesem Jahr durch die Mitglieder des Praxisführungsausschusses verstärkt, die abwechselnd am Messestand für die zahlreichen Fragen der Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung standen.

Die interessierten Mitarbeiterinnen informierte die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg über die neue Aufstiegsfortbildung für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, insbesondere zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (ZMP).

‚Kammer INFORM‘

Für den engen Kreis der Entscheidungs- und Ehrenamtsträger der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg konnte der E-Mail-Newsletter ‚Kammer INFORM‘

im dritten Jahr seines Bestehens zu einem zentralen Werkzeug der internen Kommunikation ausgebaut werden. Optimal angelegte Entscheidungsstrukturen mit kurzen Abstimmungswegen ermöglichten die zeitnahe und aktuelle Bereitstellung von Hintergrundinformationen.

Im Verbund mit dem Zahnärzteblatt Baden-Württemberg und dem Internetangebot konnte den standespolitisch tätigen Kammermitgliedern durch eine sinnvolle Verknüpfung der verschiedenen Kommunikationsmittel ein optimales Informationspaket geschnürt werden: Aktuelle Meldungen wurden, sozusagen als Appetizer, im ‚Kammer INFORM‘ angerissen und mit dem Hinweis auf eine ausführliche Berichterstattung im Zahnärzteblatt sowie die Möglichkeit zum Download von weiterführenden Hintergrundinformationen im Internetangebot (unter anderem in der Rubrik ‚Amtsinfos‘) versehen.

Internetangebot der Kammer

Wiederum als Medium für alle Zielgruppen hat die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ihr Internetangebot angelegt.

Im geschlossenen Bereich für Zahnärztinnen und Zahnärzte ließen sich die meisten Zugriffe in der Rubrik ‚Praxisführung‘ verzeichnen. Mit der Einstellung des ‚Leitfadens zur Organisation der Hygienemaßnahmen‘ noch vor Drucklegung und postalischer Aussendung, erhöhten sich die Zugriffszahlen in den Monaten Mai und Juni immens. In den Folgemonaten lieferte die Einrichtung der Hygiene-Hotline und die daraus kategorisierte Zusammenfassung wiederkehrender Fragen im ‚Hygiene-FAQ (frequently asked questions)‘ weitere Gründe, verstärkt diese Rubrik anzuklicken.

Rege in Anspruch genommen wurde auch die Rubrik Fortbildung, insbesondere von den Fortbildungseinrichtungen, die ihre Veranstaltungen online selbst eintragen können.

Mit den Eckpunkten für eine Gesundheitsreform und den folgenden Arbeitsentwürfen 1 bis 4 sowie weiteren Gesetzesentwürfen, erlebte vor allem die Rubrik ‚Amtsinfos‘ ein Revival, da sämtliche Entwürfe und Gesetzesvorhaben sowie Kurz- und Zusammenfassungen als pdf-Dateien im Bereich ‚Amtsinfos‘ eingestellt wurden.



Eine weitere Rubrik im Onlineangebot, die verstärkt als Informationsmedium genutzt werden konnte, war der Bereich Presse, speziell die Rubrik ‚Hintergrundinformationen‘. Den Medienvertretern konnte bei Herausgabe von Pressemeldungen das Angebot zusätzlicher Informationen wie beispielsweise der ‚Gesundheitspolitischen Eckpunkte der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg‘ im Vorfeld der Koalitions-Eckpunkte, die ‚Stellungnahme der Kammer zu den Eckpunkten für eine Gesundheitsreform‘ und die Statements der Standespolitiker von Veranstaltungen unterbreitet werden.

Für den Bereich des Praxisteam wurden, ebenso wie für die Zahnärzte und auf der Startseite, zielgruppenbezogene aktuelle Mitteilungen eingerichtet. Noch nicht umgesetzt ist das Archiv älterer Ausgaben des Magazins für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen ‚Praxisteam Aktuell‘ und die Stellenbörse mit freien Ausbildungs- und Praktikumsplätzen. Beide EDV-Projekte werden im kommenden Berichtsjahr in Angriff genommen. Die aktuelle Ausgabe des ‚Praxisteam Aktuell‘ findet sich jedoch stets zeitnah im Onlineangebot.



Gemeinsame Startseite realisiert

Seit Juni dieses Jahres führt die Eingabe des Domainnamens der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg www.lzk-bw.de auf die gemeinsame Startseite von Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Kassenzahnärztlicher Vereinigung Baden-Württemberg ‚Zahnärzte Online Baden-Württemberg‘. Mit der technischen Realisierung der gemeinsamen Startseite haben die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg den Beschluss der LZK-Vertreterversammlung umgesetzt. Die Delegierten hatten beschlossen, der gemeinsamen Außendarstellung der baden-württembergischen Zahnärzteschaft über eine gemeinsame Einstiegsseite Rechnung zu tragen.

Die Einrichtung der gemeinsamen Startseite hat die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zudem zum Anlass genommen, den gesamten Internetauftritt einem layouttechnischen Facelifting zu unterziehen und inhaltlich zu überarbeiten und zu erweitern.

Herausgeber

Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK) mit den Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen
Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW)

Redaktion

Johannes Clausen, verantwortlicher Chefredakteur

Redaktion Kammer

Dr. Antoinette Röttele
Andrea Mader

Redaktion KZV BW

Dr. Hans Hugo Wilms
Guido Reiter

Redaktionsbüro

Informationszentrum Zahngesundheit
Baden-Württemberg,
Gabriele Billischek

Das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg bildet mit seinen Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews die Informationsplattform für die Kollegenschaft und ist zugleich offizielles Bekanntmachungsorgan beider Herausgeber. Es informiert seine Leserinnen und Leser über gesundheits- und berufspolitische Ereignisse und Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene. Einen weiteren Schwerpunkt nimmt die Veröffentlichung von Fortbildungsbeiträgen namhafter Experten ein.

Redaktion und Interne Kommunikation

Der Geschäftsführende Ausschuss, vertreten durch Dr. Antoinette Röttele und Dr. Hans Hugo Wilms ist das berufspolitische Bindeglied zwischen dem IZZ-Verwaltungsrat, Dr. Peter Kuttruff, Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, und Dr. Udo Lenke, Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, als den Herausgebern des ZBW. Die presserechtliche Verantwortung trägt der Chefredakteur, Johannes Clausen. Der Chef-

redakteur ist für Redaktion und Gestaltung verantwortlich und überwacht die Produktion und Herstellung.

Sitzungen

Im Berichtsjahr wurden elf Redaktionssitzungen und ein ZBW-Workshop durchgeführt. In den monatlichen Redaktionssitzungen werden unter anderem Titelblatt, Themenplanung, Blattkritik, Terminbesetzungen und vieles mehr besprochen und abgestimmt. Die Blattkritik einer jeden Ausgabe ist wichtig, um die Qualität kontinuierlich zu optimieren. Einmal im Jahr wird im Rahmen des ZBW-Workshops die Jahres-Planung von Text- und Bildbeiträgen sowie der Gestaltung behandelt, Strategien zur Optimierung der Bildqualität sowie Schritte zur Optimierung und Weiterentwicklung des Layouts festgelegt.

Titelthemen 2006

Die aktuellen Entwicklungen in der Gesundheitspolitik und die Demonstrationen der Ärzte- und Zahnärzte zu Beginn des Jahres waren Schwerpunkte der Berichterstattung des Zahnärzteblattes in der ersten Hälfte des Jahres 2006. Bereits in den ZBW-Ausgaben 01/06 und 05/06 mit Leitartikeln von Dr. Peter Kuttruff und 02/06 mit einem Leitartikel von Dr. Udo Lenke berichtete das ZBW über das Votum der Vertreterversammlungen von LZK und KZV gegen eine „rot-schwarze Zwangsjacke“, die gesundheitspolitische Willkür von Ulla Schmidt und immer mehr Bürokratie im Gesundheitswesen.

Mit den Themenschwerpunkten Controlling, Hygiene in der zahnärztlichen Pra-



xis, Vertragsverhandlungen und Altersversorgung hat das ZBW brisante und aktuelle Fragestellungen aufgegriffen und die Themen für die Leser umfassend, informativ und kurzweilig aufbereitet.

Die Informationen und Berichte zur Zahnmedizinischen Patientenberatung mit einem Leitartikel von Dr. Antoinette Röttele, bei der sich die Zahnärzteschaft Baden-Württemberg bereits seit vielen Jahren erfolgreich engagiert und die auch für andere Bundesländer Vorbildfunktion hat, waren ein weiterer Themenschwerpunkt des ZBW im ersten Halbjahr 2006.

Wie ein roter Faden zieht sich der Protest der Zahnärzteschaft, gemeinsam mit Ärzten und Krankenkassen, gegen die Gesundheitsreform durch die Berichterstattung des Zahnärzteblattes im Jahr 2006. In den ZBW-Ausgaben im September und Oktober des Jahres war die Kritik an der Gesundheitsreform das beherrschende politische Thema, das von der Redaktion des Zahnärzteblattes mit Berichten, Kommentaren und Meinungen gründlich aufbereitet wurde. Für die ZBW-Ausgabe 09/06 verfasste der Chefredakteur des ZBW, Johannes Clausen, den Leitartikel zum Thema „Koalition der Vernunft“. Interviews und Gespräche mit Politikern des Bundes und Landes wie zum Beispiel Lothar Binding, MdB, Marion Caspers-Merk, MdB, Dirk Niebel, Generalsekretär der FDP, und Dr. Ulrich Noll, MdL, und Vertretern der Krankenkassen, wie Hugo Schüle, Chef der IKK, Dr. Rolf Hoberg, Chef der AOK und Walter Scheller, Leiter der VdAK/AEV-Landesvertretung, rundeten die politische Berichterstattung ab.

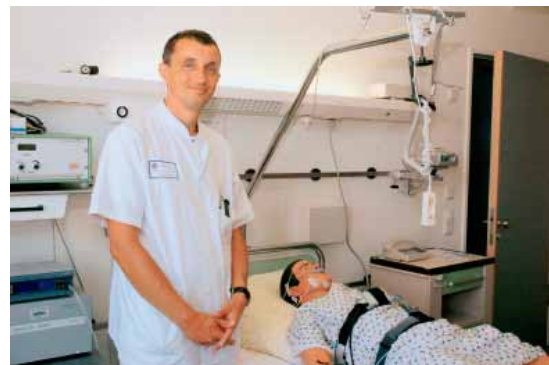
Titelthema der ZBW-Ausgabe im November bildete die landeszentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit in Heilbronn mit Informationen und Aktionen rund um die Zahngesundheit und sowie allgemeine Fragestellungen rund um das Thema Prophylaxe. Den Leitartikel für die Ausgabe schrieb Dr. Udo Lenke, Präsident der Landes-zahnärztekammer und Vorsitzender der

Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit.

Die Berichterstattung über den Landeszahnärztetag 2006 und das Thema Fortbildung bildeten mit dem Titelthema der ZBW-Ausgabe Dezemberheft den Abschluss der Berichterstattung des ZBW.

LZK Baden-Württemberg/ KZV Baden-Württemberg

Im standespolitischen Bereich liegt der Schwerpunkt auf der Berichterstattung über die Vertreterversammlungen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und der Bezirkszahnärztekammern sowie auf Berichten über Vorstandssitzungen der LZK und gemeinsame Vorstandssitzungen von LZK und KZV. Auch auf diesem Arbeits- und Aufgabengebiet wird das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg seiner Verpflichtung gerecht, transparent und informativ über Stimmungen, berufspolitische Debatten und Beschlüsse im Jahr 2006 zu berichten.



Schwerpunkthemen 2006

Die Kommunikation der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg stand darüber hinaus im Blickpunkt der Berichterstattung. Beiträge über das 12. IZZ-Pressforum in Freiburg, Veranstaltungen bei Rundfunksendern und in Zahnärztehäusern, Telefonaktionen, Altgoldsammelaktionen und Veranstaltungen des Forum Zahngesundheit standen hier besonders im Mittelpunkt. Die Berichterstattung über Veranstaltungen und Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die das po-

sitive Ansehen der Zahnärzteschaft in Baden-Württemberg fördern, wie zum Beispiel Berichte über das Treffen der Presse- und Öffentlichkeitsreferenten im Kloster Schöntal, den Parlamentarischen Abend sind ebenfalls wichtiger Bestandteil der internen Kommunikation und Verpflichtung gegenüber der Leserschaft des Zahnärzteblattes Baden-Württemberg.



Fortbildungsthemen 2006

Folgende Fortbildungsthemen wurden im Jahr 2006 von wissenschaftlichen Autoren aus der Zahnmedizin behandelt (in chronologischer Reihenfolge): • Prophylaxe und Therapie – Bestrahlungsbedingte Nebenwirkungen: Die infizierte Osteoradionekrose (Dr. Susanne Handtmann, Dr. Dr. Michael Dietz, Dr. Lars Mühlbradt, Prof. Dr. Dr. Jürgen Hoffmann, Prof. Dr. Dr. Siegmund Reinert) • Die Anwendung von Licht, Wärme und Laser: Externe Aufhellungstherapie (Prof. Dr. Thomas Attin) • Klinik und Poliklinik für MKG-Chirurgie Tübingen: Fibro-ossäre Läsionen (Dr. Steffen Kless, Dr. Dr. Dirk Gülicher, Prof. Dr. Dr. Jürgen Hoffmann, Prof. Dr. Dr. Siegmund Reinert) • Klinik und Poliklinik für MKG-Chirurgie Tübingen: Implantantgestützte Rehabilitation bei ektodermaler Dysplasie (Dr. Christoph Leitner, Prof. Dr. Dr. Siegmund Reinert, Prof. Dr. H. Weber, Poliklinik) • Vollkeramische Restaurationen – Teil 1: Gerüstkeramiken – ihre klinische Anwendung und Stand der Technik (Dr. med. dent. Martin Groten, Dr. med. dent. Corinna Walter) • Vollkeramische Restaurationen – Teil 2: Adhäsivkeramik – klini-

sche Möglichkeiten und Grenzen vollkeramischer Inlays und Teilkronen (Dr. med. dent. Martin Groten, Dr. med. dent. Corinna Walter) • Notwendige Behandlungsschritte: Therapieempfehlungen für avulsierte Zähne (OÄ Dr. Tina Rödig, Prof. Dr. Thomas Attin) • Die Bürstenbiopsie: Grundlagen und Ergebnisse einer neuen Methode zur Abklärung von Mundschleimhautläsionen (Prof. Dr. med. Arne Burkhardt, Dr. med. Dr. rer. Nat. A. M. Burkhardt, T. Aklan) • Aufbereitungstechniken: Die Möglichkeiten der maschinellen Wurzelkanalaufbereitung (Dr. med. dent. Jörg F. Schirrmeister) • Kariöse Defekte: Welchen Einfluss hat die Prävention auf die Planung und Durchführung zahnhalternder Maßnahmen? (Prof. Dr. Elmar Hellwig) • Häusliche Mundhygiene: Therapie und Prophylaxe parodontaler Erkrankungen (Prof. Dr. Ulrich Schlagenhaut) • Bisphosphonattherapie und zahnärztliche Behandlung: Medikamentös bedingte Heilungsstörung: Risikofaktoren, klinisches Bild, Therapie und Prävention (Dr. med. Nicole



Schwarz, Prof. Dr. Dr. K. L. Gerlach) • Besondere Indikationen: Kieferorthopädische Frühbehandlung als Prävention (Dr. Sibylle Frucht).

Regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen, die einen bedeutenden Teil der Berichterstattung bilden, stellten weitere Schwerpunkte im Bereich der Fortbildung

dar. Im Jahr 2005 wurde im Zahnärzteblatt ausführlich über die „Winterakademie 2006“ des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart, die „21. Karlsruher Konferenz“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung, den Stuttgarter Zahnärztetag 2006, die „31. Schwarzwaldtagung“ der BZK Freiburg die „12. Sommerakademie“ des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart und die „41. Bodenseetagung“ der BZK Tübingen berichtet. Zusätzlich veröffentlichte das ZBW regelmäßig Beiträge über regionale Fortbildungsveranstaltungen in Baden-Württemberg.

ten aus den Themenbereichen Prophylaxe und Kultur möchten die Autoren des Zahnärzteblattes Baden-Württemberg zu einer zuverlässigen und kompetenten Berichterstattung beitragen.



In den Bereichen GOZ konzentrierte sich die Berichterstattung auf die Themen • Vermeidbarer Streit • Die analoge Berechnung des externen Sinusliftes nach GOZ • Ego-Z oder was? • „Vergessene“ Leistungen • Erstattung zahntechnischer Maßnahmen nach Sachkostenliste • Erstattung von Behandlungskosten durch private Krankenversicherungen • Stellvertreterkrieg – Abtretung von Forderungen • Abrechenbarkeit einer Füllung auf implantatgetragenen Kronen • Das geplante Versicherungsvertragsgesetz.

Mit zahlreichen weiteren Beiträgen über standespolitische Veranstaltungen, Arbeitskreise und Ausschüsse, den Karlsruher Vortrag mit Dr. Mohamed ElBaradei, Generaldirektor der internationalen Atomenergiebehörde, Berichte aus den Regierungsbezirken, mit ZBW-Gesprächen, Kommentaren und Berich-

IZZ-Verwaltungsrat

Dr. Peter Kuttruff, Verwaltungsratsvorsitzender des IZZ 2006 und Vorsitzender des Vorstands der KZV BW

Dr. Udo Lenke, Präsident der Landes Zahnärztekammer BW, stv. Vorsitzender des IZZ 2006

Geschäftsführender Ausschuss

Dr. Antoinette Röttele, stv. Präsidentin LZK BW und Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses des IZZ 2006

Dr. Hans Hugo Wilms, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der KZV BW, stv. Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses

IZZ-Leitung

Johannes Clausen

Ulrike Fuchs, Büroleiterin

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt fünf Sitzungen des IZZ-Verwaltungsrates sowie sieben Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses durchgeführt. Mit Wirkung zum 1.1.2006 trat die am 21.12.2005 beschlossene IZZ-Rahmenvereinbarung in Kraft.

Glaubwürdige, rechercheseichere Informationen des Informationszentrums Zahngesundheit, kompetente Kommunikation mit den Journalisten der Print-, Funk- und TV-Medien sowie die Authentizität der standespolitischen „Sender“ haben gleichermaßen zu einem vertrauensvollen Kommunikationsumfeld beigetragen. Die via Pressekonferenz übermittelten Botschaften konnten deshalb in den Medien Baden-Württembergs positiv platziert werden. Die Journalistenkontakte werden sowohl bei Redaktionsbesuchen als auch auf Parteitagen und bei weiteren öffentlichen Veranstaltungen gesucht und vertieft.

Pressearbeit

Im Jahr 2006 fanden neun Pressekonferenzen / -gespräche statt:

- 21. Karlsruher Konferenz der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe (24. März 2006)

Thema: „Zahnärztliche Implantologie – Prothetische Effizienz und klinische Optimierung“ mit Professor Dr. Michael Heners, Direktor der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und Professor Dr. Winfried Walther, stv. Direktor.

- „Karlsruher Vortrag - Mund auf“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe (25. März 2006)
Die Verleihung des „Mund-auf Preises“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe am 25. März 2006 an Dr. Mohamed ElBaradei war in aller („Medien“-)Munde. Die Aufmerksamkeit der Medien richtete sich bereits im Vorfeld auf den Preisträger, Dr. Mohammed ElBaradei. Die Veröffentlichungen spiegeln die große Medienresonanz wieder. TV-, Funk- und Printmedien sowie die Nachrichten-Agenturen Associated Press (AP), Deutsche Presseagentur (dpa) und Reuters erlebten im Kongresszentrum Karlsruhe live den Karlsruher Vortrag mit. SWR und Reuters sorgten für die Übertragung in Rundfunk und Fernsehen landes- wie bundesweit. Die Internationale Nachrichtenagentur Reuters speiste den in Englisch gehaltenen Vortrag sogar weltweit ein. Bereits im Vorfeld am 28. Februar 2006 hat das IZZ in Abstimmung mit der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe die Medien landes- und bundesweit durch eine Presseinformation auf dieses öffentlichkeitswirksame Ereignis der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung aufmerksam gemacht.

- Stuttgarter Zahnärztetag (31.3./1.4.2006)

Thema: „Keramik – das weiße Gold? – Innovationen – Indikationen – Erfahrungen“ mit Dr. Konrad Bühler, Vorsitzender der Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart, Professor Dr. Johannes Einwag, Wissenschaftlicher Leiter des Stuttgarter Zahnärztetags 2006 und Dr. Helmut Schönberg, Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiter/Innen

sowie Wolfgang Löhl, Geschäftsführer Bezirkszahnärztekammer Stuttgart.

- **31. Schwarzwaldtagung der südbadischen Zahnärzte in Titisee (28./29. April 2006)**
 Thema: „Paradigmenwechsel – lassen sich die alten Leitsätze noch halten?“. Dr. Joachim Schwalber, Vorsitzender der Bezirkszahnärztekammer Freiburg, und Professor Dr. Gisbert Krekler, wissenschaftlicher Leiter der 31. Schwarzwaldtagung informierten die Medien.
- **Tag der offenen Tür an der Universitätszahnklinik Heidelberg (15.7.2006)**
 Thema: „Zahnmedizin im Blick“ mit Prof. Dr. Dr. Joachim Mühling, Klinik und Poliklinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie, Dr. Bernhard Jäger, Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe sowie Dr. Uwe Lückgen, Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Karlsruhe.
- **Pressehintergrundgespräch (31.7.2006)**
 Thema: „Das Positionspapier der baden-württembergischen Zahnärzte „Zielvorstellungen einer Gesundheitsreform für Patient und Zahnarzt“ mit Dr. Peter Kuttruff und Dr. Udo Lenke.
- **41. Bodenseetagung der Bezirkszahnärztekammer Tübingen in Lindau (22./23.9. September 2006)**
 Thema: „Zahnersatz und Lebensqualität“ mit Dr. Wilfried Forschner und Professor Dr. Bernd Haller.
- **Tag der Zahngesundheit in Heilbronn (27. September 2006)**
 Heilbronn war am 27. September im Blickpunkt der landeszentralen Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit, der in diesem Jahr unter dem Motto „Gesund beginnt im Mund – Hip Hop für die Zähne“ stand. Ganz besonders im Mittelpunkt der Bemühungen - die Jugendlichen. Das Ziel der Aktionen war, vor allem Teenager

anzusprechen und sie zur Eigenverantwortung für ihre Zahngesundheit zu motivieren. Im weißen Erlebniszelt wurden alle Facetten der Mund- und Zahnhygiene beleuchtet. „Ich hätte ja nie gedacht, dass das Thema Zahngesundheit so viele Menschen auf den Kiliansplatz locken würde. Toll, dass so viele Kinder da sind“, so die Anmoderation von Martina Meisenberg,



SWR-Landesschau Baden-Württemberg, auf dem Kiliansplatz in Heilbronn.

Das Medienecho auf die in Heilbronn abgehaltene Pressekonferenz sowie auf die Veranstaltungen zum Tag der Zahngesundheit in Heilbronn war groß. Im Vorfeld des Tags der Zahngesundheit wurde mit dem LAGZ-Vorsitzenden, Dr. Udo Lenke, ein dpa-Gespräch geführt. Tenor der dpa-Schlagzeilen: „Zahnärztepräsident: Kinder im Südwesten haben die besten Zähne/Unsere Kinder haben die besten Zähne/Kinder im „Ländle“ haben prima Zähne“. Darüber hinaus konnte durch die Pressekonferenz



einmal mehr die positive Medienresonanz gesteigert werden, die sich insbesondere in den guten Schlagzeilen widerspiegelt. Die Konzeption für die Gestaltung des Tags der Zahngesundheit wurde vom IZZ weiter entwickelt. Sichtbares Zeichen: Die Eröffnungsveranstaltung mit Prominenten aus Politik, Kultur und Region gewinnt an Bedeutung. Unter der sympathisch-elloquenten Moderation von Martina Meisenberg, SWR 3-Fernsehen, eröffnete der LAGZ-Vorsitzende und Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg auf dem gut besuchten Kiliansplatz in Heilbronn den Tag der Zahngesundheit. Dadurch, dass die Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit, Stadt- und Landkreis Heilbronn ihr 25-jähriges Jubiläum zeitgleich mit der landeszentralen Auftaktveranstaltung verbinden konnte, waren zahlreiche Prominente der ersten Stunde aus Politik, Kultur und Standespolitik zur Eröffnung gekommen.

■ **Landeszahnärztetag BW**

Thema: „Psychosomatik in der Zahnheilkunde“ mit Dr. Udo Lenke, Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Professor Dr. Johannes Einwag, Fortbildungsreferent der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.

Die Nachrichtenagentur dpa titelte „Zahnärzte wollen stärker auf das seelische Wohl der Patienten achten“ und speiste den Redaktionstext bundesweit ein. Und die Redaktionen griffen mit Schlagzeilen wie „Zahnärzte wollen ihren Patienten die Angst nehmen“ (Ludwigsburger Kreiszeitung), „Psychosomatik für Zahnärzte (Stuttgarter Zeitung) die Themen des Landes Zahnärztetages auf. Darüber hinaus erfuhr der Sender „Die neue 107.7“ von Dr. Udo Lenke im Interview mehr über den Landes Zahnärztetag.

Öffentlichkeitsarbeit

■ **Länderpressereferententreffen im Kloster Schöntal (10./11. März 2006)**

Dieses Jahr fand das Frühjahrstreffen der Länderpresse-Referenten auf Einladung des Informationszentrums Zahngesundheit in Baden-Württemberg im Bildungshaus Kloster Schöntal in der Nähe von Jagsthausen im Hohenlohe Kreis unter dem Leitthema „Subsidiarität und Solidarität - Gesellschaftspolitische Orientierung in der Krise“ statt. Das Kloster mit seinen Sitzungsräumen hat sich für die Ausrichtung des Referententreffens und für die Gestaltung des Abendprogramms sehr gut bewährt. Die Tagungsstätte, die Themen, die Referenten sowie die baden-württembergischen Gastgeber stießen bei den aus allen Bundesländern angereisten Länderpressereferenten auf eine sehr gute Resonanz.

■ **12. IZZ-presseforum in Freiburg (21. Juli 2006)**

Themen: „Schlafbezogene Atmungsstörungen im Fokus der zahnärztlichen und ärztlichen Schlafmedizin“ sowie „Die Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahnheilkunde“. 12. IZZ-presseforum an der Universitätsklinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde Freiburg: Professor Dr. Elmar Hellwig und PD Dr. Dr. Edmund Rose). Über 35 Journalisten nahmen an dem vom IZZ – zusammen mit Professor Dr. Elmar Hellwig sowie PD Dr. Dr. Edmund Rose - konzipierten Programm teil. Das 12. presseforum hat einmal mehr gezeigt, dass der kontinuierliche Dialog sowohl über zahnmedizinische als auch berufspolitische Themenfelder eine hervorragende Plattform zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Journalisten bietet.

Das Konzept des IZZ-presseforums genießt auch über die Grenzen Baden-Württembergs bei den zahnärztlichen Berufsorganisationen Reputati-

on. Im Rahmen der Sitzung des Redaktions- und Öffentlichkeitsausschusses der Kammer und Kassenzahnärztlichen Vereinigung in den neuen Bundesländern unter der Federführung von Dr. Breyer, stv. Präsident der Landes Zahnärztekammer Sachsen, stellte der Leiter des Informationszentrums Zahngesundheit Baden-Württemberg, Johannes Clausen, das Konzept des Presseforums mit Zielen, Planungs- und Organisationsgrundlagen etc. auf Einladung des Ausschusses vor. Das Konzept stieß auf einhellige Zustimmung und wird im nächsten Jahr erstmalig von den fünf neuen Bundesländern gemeinsam umgesetzt.

- **Aktion Z – Altgold für die Dritte Welt**
Für die Aktion Z „Altgold für die Dritte Welt“, die durch den Beauftragten der Landes Zahnärztekammer, Dr. Bernhard Jäger, repräsentiert wird, wurde weiter auf Fortbildungsveranstaltungen im Lande geworben. Auch auf der Veranstaltung „Zahnmedizin im Blick“ im Rahmen des Tags der offenen Tür an der Mund-, Zahn- und Kieferklinik des Universitätsklinikums Heidelberg, suchten zahlreiche Besucher das Gespräch am Informationsstand der Aktion Z, um über Projekte, Ziele und Spendenmöglichkeiten sich zu informieren. Darüber hinaus wurden die Werbeträger neu gelayoutet.

Medienpräsenz

Neben den Redaktionsbesuchen des IZZ-Leiters und der Organisation und redaktionellen Betreuung von IZZ-Telefonaktionen, die den Zahnarzt als „den Experten“ in Sachen Zahngesundheit im Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken, wurden 2006 elf Telefonaktionen mit Zeitungsredaktionen in Baden-Württemberg organisiert und redaktionell betreut.

Darüber hinaus konnten zahlreiche Presseanfragen aus dem Print-, Funk- und

TV-Bereich beantwortet werden, hier einige Beispiele:

- Das Thema „Gebiss zu versteigern/ Zahnbehandlung – Sparen mit Internetauktionen“ stand Dr. Hans Hugo Wilms, Laufenburg, im Südkurier Rede und Antwort, Dr. Udo Lenke, Vaihingen/ Enz, war Experte in TV Südwest 3 und Stuttgarter Nachrichten, Schorndorfer Nachrichten, Sindelfinger Zeitung sowie Nürtinger Zeitung,
- „Zuzahlung beim Zahnersatz“ war in TV Südwest 3, Reutlinger Generalanzeiger, u. a. mit Dr. Ute Maier, Stuttgart „Qualitätsmanagement“ in den Stuttgarter Nachrichten mit Dr. Udo Lenke ein Thema.
- Dr. Gerhard Henisch, Bad Dürkheim informierte die Zuschauer im Infomarkt zum Thema „Mundgeruch & Co.“, Dr. Hans Hugo Wilms, Laufenburg „über die Zukunft unserer Zähne“ in Hochrhein-Anzeiger.
- Professor Dr. Michael Heners, Karlsruhe, in der Stuttgarter Zeitung zu „Masterstudium für Zahnärzte“ und in den Badischen Neuesten Nachrichten „Studiengang an Karlsruher Akademie ist in Europa einmalig“.

Presse-Informationen

Regelmäßig werden vom IZZ Presseinformationen zu den Themen Zahnmedizinische Patientenberatungstermine (44 Pressemitteilungen) sowie Pressemitteilungen zu den verschiedensten Themen herausgegeben.

Zahnmedizinische Patientenberatung

Das IZZ versorgt die Medien regelmäßig mit regierungsbezirkbezogenen Presseinformationen zu den zahnmedizinischen Patientenberatungen in den Regierungsbezirken. In 2006 konnten mit wachsendem Erfolg Gemeindeblätter für die kostenlose Veröffentlichung gewonnen werden. Seit 2002 bietet das IZZ als Service der zahnmedizinischen Patientenberatung, Patientenkarten „Gesunde Zähne – ein Leben lang“ für die Regierungsbezir-



ke Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen an.

Mehr Kreativität in die Schultüte

Die Zahnärzteschaft in Baden-Württemberg appelliert an die Eltern und Verwandten der Erstklässler, zahnschädigendes Naschwerk völlig aus der Schultüte zu verbannen. Zeitungen in Baden-Württemberg veröffentlichten den Pressetext. Eine gute Plattform, um über die Ziele und Ambitionen der Zahnärzteschaft BW in den Medien zu kommunizieren.

Service

Das IZZ hat im Berichtszeitraum regionale Initiativen der Zahnärzteschaft bei der Beteiligung an Gesundheitswochen/-tagen unterstützen können. So plante und organisierte das IZZ die Präsentation des Forums Zahngesundheit und stellte das Equipment zur Verfügung.

■ Leistungsschau Laupheim (29.4.-1.5.2006)

Auf der Leistungsschau Laupheim, die anlässlich des 140-jährigen Bestehens des Vereins „Bund der Selbständigen“ stattfand, bot die Kreis Zahnärzteschaft der Kreisvereinigung Biberach und Laupheim den Besuchern Informationen rund um Zähne und Zahngesundheit.

■ Kreis Zahnärzteschaft und AG Heidenheim auf der Landesgartenschau in Heidenheim (19.-25.6.2006)

In Kooperation mit der Kreis Zahnärzteschaft und der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit im Kreis Heidenheim wurde auf der Landesgartenschau in Heidenheim das Erlebnisforum Zahngesundheit unter dem Motto „Gesund beginnt im Mund“ der Öffentlichkeit präsentiert.

■ Erlebnisforum Zahngesundheit (27. bis 31. September 2006)

Planung, Organisation, Durchführung und Nachbereitung des Erlebnisfo-

rum Zahngesundheit auf dem Kiliansplatz in Heilbronn anlässlich der Tage der Zahngesundheit.

■ Geislinger Gesundheitstag (17. September 2006)

Das IZZ hat für die Kreis Zahnärzteschaft Göppingen anlässlich des 3. Geislinger Gesundheitstags einen Informationsstand gestellt.

Das Zahnunfallposter „Gesund beginnt im Mund – Ihre Zahnärzte in Baden-Württemberg“ wird auch in 2006 von den Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit in Baden-Württemberg von Schulen und Lehrern weiter nachgefragt.



Präsentationsstand zum „Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten“

Das Thema „Azubi“ ist in aller Munde. Die Zahnärzte sind ein bedeutender Arbeitgeber und bilden jährlich ca. 5.000 Azubis in Baden-Württemberg aus. Trotz Lehrstellenmangel und einer entspannten Situation ist es für die Zahnärzteschaft wichtig, in den Medien und bei jungen Schulabsolventen als „Anbieter“ präsent zu sein. Denn insbesondere qualifizierte Schülerinnen/ Schüler gilt es zu informieren. Wer vor der Berufswahl als junger Mensch steht, hat heute – nicht mehr wie früher – die Qual der Wahl. Und dennoch ist es wichtig, dass über die verschiedenen modernen Berufsformen zeitgemäß und aktuell informiert wird. Für 31 Azubi-Informations-Veranstaltungen hat die IZZ-Geschäftsstelle Informationsstände organisiert. Qualifizierte, sympathische junge Praxismitarbeiterinnen informierten

über das vorbildliche Aus- und Fortbildungsprogramm in Baden-Württemberg. Die Veröffentlichungen von IZZ-Pressetexten zum Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten als Werbemaßnahmen wurden durch die Schaltung von Anzeigen flankierend unterstützt.

Public affairs

■ *Parlamentarischer Abend mit Landtagsabgeordneten Stuttgart (28.6.2006)*

Die Zahnärzteschaft Baden-Württemberg nutzte am 28. Juni 2006 die spielfreie Zeit während der Fußball-WM und lud die Mitglieder des Landtags Baden-Württemberg zu einem Parlamentarischen Abend ins Stuttgarter Hotel am Schlossgarten ein. Ein idealer Zeitpunkt, um den Dialog zwischen den Landtagsabgeordneten und den Landespolitikern zu fördern. Insgesamt kamen 15 Parlamentarier mit politischer Begleitung, um über Grundsätze und Reformvorschläge der baden-württembergischen Zahnärzte zu diskutieren.



■ *Das Kommunikationskonzept des IZZ-Verwaltungsrates „Berufspolitik/ Zahnheilkunde 2006“ definiert die Maßnahmen, Ziele und Zielgruppen und legte den Zeit- und Aktionsplan fest. Im Rahmen dieses Konzeptes wurden sowohl von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, unter Federführung von Dr. Peter Kuttruff, und der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, unter Federführung von Dr. Udo Lenke, Arbeitsgruppen gebildet, die die spezifischen Ziele, Positionen beider Organisationen im Hinblick auf die Gesundheitsreform erarbeiten. Die Arbeitspapiere flossen in dem „gemeinsamen Positionspapier der baden-württembergischen Zahnärzte - Zielvorstellungen einer Gesundheitsreform für Patient und Zahnarzt“ ein. Die Arbeitsgruppen wurden besetzt durch: bei der KZV BW (AG Konzept 2006*

Zahnheilkunde) mit Dr. Peter Kuttruff, Dr. Ute Maier, Christian Finster, Christoph Besters, Dr. Hans Hugo Wilms, Guido Reiter, Johannes Clausen. Bei der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (AG „Gesundheit und Soziales“) Dr. Udo Lenke, Dr. Bernhard Jäger, Dr. Joachim Schwalber, Dr. Bernd Borckmann, Johannes Clausen.

Ein wichtiger Teil des Kommunikationskonzeptes ist der Dialog mit ‚opinion leaders‘ in Politik, Gesundheitswesen und Medien. Nachfolgende Gespräche wurden 2006 geführt:

- Dirk Niebel, MdB (23.5.2006)
- Dr. Ulrich Noll, MdL/ Fraktionsvorsitzender von FDP (22.6.2006) und Landesvertretung BW in Berlin (6.7.2006)
- Ursula Haussmann, MdL und Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD/ Katrin Altpeter, MdL (27.7.2006)
- Beamtenbund BW, Volker Stich (17.7.2006)



■ *Parteitage und Kontaktpflege mit Politikern und Journalisten auf den Landesparteitagen von: FDP (6.1.2006 - Stuttgart), SPD-Landesparteitag Stuttgart (4.2.2006), CDU-Bürgerempfang, Kreisverband (4.2.2006, Heilbronn), Wertekongress der CDU, Berlin (21.2.2006), Stallwächterveranstaltung in der Landesvertretung BW, Berlin (6.7.2006).*

■ *Landespresseball in Stuttgart Kontaktpflege mit Politikern und Journalisten auf dem Landespresseball in Stuttgart mit IZZ-Verwaltungsrat und Geschäftsführender Ausschuss.*

Vorstand

Vorsitzender

LENKE, Dr. Udo, LZK BW

Mitglieder

LÜLLWITZ-HOCH, Dr. Renate, LZK BW
HERMANN, Dr. Christopher, AOK BW
SCHELLER, Walter, VdAK e. V. BW
KÖHLER, Dr. Joachim, Ministerium für
Arbeit und Soziales BW

Zuständigkeit LAGZ-Geschäftsstelle

Johannes Clausen, Geschäftsführer
Annerose Hauber, Gf. Sekretärin
Angela Lauchs, Sachbearbeiterin
Ralf Kraft, Buchhaltung

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) führte im Berichtsjahr 2006 eine Vorstandssitzung und eine Mitgliederversammlung durch.

Fortbildungsinitiative

Das Motto „Qualitätsorientierte, engagierte und kontinuierliche Gruppenprophylaxe in Baden-Württemberg“ hätte über das Jahr 2006 stehen können.

Denn nach den Highlights in 2003

- Verleihung des Qualitätsförderpreises Gesundheit an die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) sowie zwei Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit (Rems-Murr und Tuttlingen)

und in 2004 dem

- Jubiläum 50 Jahre LAGZ

waren in 2005

- die sehr guten Ergebnisse der epidemiologischen Begleituntersuchungen zur Gruppenprophylaxe

im Fokus des LAGZ-Jahresberichts gestanden.

Und diese guten Ergebnisse galt es 2006 und gilt es in den nächsten Jahren in der Gruppenprophylaxe in Baden-Württemberg zu sichern und insbesondere bei 15-jährigen Teenagern zu verbessern. Dazu

sollte die Fortbildungsinitiative der LAGZ in 2006 beitragen:

Denn wie in keinem Jahr zuvor, konnten durch die in den Jahren 2004 und 2005 eingesparten finanziellen Mittel wichtige, zusätzliche Kurse für die Fortbildung der Multiplikatoren in Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit, Kindergärten und Schulen angeboten und durchgeführt werden. Diese wegweisende und vertrauensvolle Entscheidung des LAGZ-Vorstandes und der LAGZ-Mitgliederversammlung stärkt das Ziel, die Zahngesundheitsförderung in Baden-Württemberg zu festigen und weiter zu fördern. Dazu dienen insbesondere die Kurse, die in Zusammenarbeit mit der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie Baden-Württemberg e. V. (SAMA) durchgeführt werden:

- Zwei von vier Kursen der Fachkuderkursreihe „Zahngesundheitsförderung“
- Zwei Methodenkurse „Unterrichtsgestaltung“, aufbauend auf den in 2005 durchgeführten Methodenkursen
- Zwei Workshops zur Unterstützung der Einführung des internen Qualitätsmanagements in den Arbeitsgemeinschaften
- Zwei Workshops zur Unterstützung und Vervollständigung des internen Qualitätsmanagements in den Arbeitsgemeinschaften

Denn gerade die Einführung und Umsetzung von Qualitätsmanagement-Parametern, die Reflexion, wie beispielsweise über Planung, Organisation, Überprüfung der Ziele, die Umsetzung sowie die Fehleranalyse, tragen mit entscheidend dazu bei, dass mit kleinen, aber effizient und engagiert arbeitenden Prophylaxeteams die regionalen Arbeitsgemeinschaften ihre Erfolgsgeschichte weiter schreiben können.

Aber auch die Jahresfortbildung der LAGZ, zu dem sich das Führungspersonal der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit im Kloster Schöntal im Hohenlohekreis am 26. und 27.07.2006 traf, stand unter dem Schwerpunkt „Qualitätsmanagement“. Ziel dieser von der LAGZ-Geschäftsstelle geplanten und

organisierten Jahrestagung war es, zu den bereits 18 Arbeitsgemeinschaften, die die Qualitätsmanagement-Seminare erfolgreich absolviert und ihr Qualitätshandbuch entwickelt haben, weitere Arbeitsgemeinschaften zur Entwicklung und Umsetzung ihres eigenen Qualitätshandbuches zu motivieren und zu gewinnen. Das Programm sah sowohl interessante Vorträge im Plenum als auch die Arbeit in Gruppen für Neueinsteiger vor. Darüber hinaus standen Überlegungen zur Weiterentwicklung der regionalen epidemiologischen Untersuchungen auf dem Programm, zu dem von Zahnarzt Marc Van Steenkiste von der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit Rems-Murr ein Problemaufriss vorgestellt und diskutiert wurde. Aber auch praxisrelevante Themen, die die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften erleichtern, wurden am zweiten Fortbildungstag durch Dr. Gottfried Strayle von der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit Heilbronn präsentiert, der die Erfassung und Auswertung der regionalen epidemiologischen Untersuchungen am Beispiel eines EDV-Programms für die Praxis erläuterte. Information und Kommunikation unter den Arbeitsgemeinschaften, Erfahrungsaustausch und Motivation waren zentrale Anliegen der LAGZ-Geschäftsstelle bei der Ausrichtung der LAGZ-Jahresfortbildung, die sich für alle Beteiligten – 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – im wahrsten Sinn des Wortes gelohnt hat.

Darüber hinaus gab es weitere LAGZ-Fortbildungsseminare in 2006, und zwar:

- Zwölf Seminare für Erzieher/innen in Kindergärten und Lehrerinnen/Lehrer in Schulen
- Ein Seminar für Grundschullehrer/innen
- Fünf Seminare für Betreuungs- und Pflegepersonal in Einrichtungen für Behinderte

Private Krankenversicherung

Zu Beginn des Jahres 2006 wurde abermals der Versuch unternommen, den Verband der privaten Krankenversiche-

rung e. V. (PKV), Landesausschuss Baden-Württemberg, für eine Mitgliedschaft in der LAGZ zu gewinnen, natürlich mit dem Ziel einer deutlichen Kostenbeteiligung. Das Antwortschreiben der PKV zeigt in den Auszügen, dass man nicht gewillt ist, einen öffentlich-wirkungsvollen Beitrag zu leisten:

(Auszüge)

„Bitte lassen Sie uns in diesem Zusammenhang auf einen wesentlichen Grundsatz der privaten Krankenversicherung (PKV) hinweisen: In der PKV gibt es – anders als in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) – kein einheitliches Leistungsspektrum. Die Leistungspflicht der privaten Krankversicherer richtet sich insoweit nach dem individuellen Versicherungsvertrag. Vor diesem Hintergrund hat der PKV-Verband bzw. der auf Landesebene tätige Arbeitsausschuss im Bereich der Leistungsfragen, zu dem beispielsweise auch zahnprophylaktische Gesundheitsleistungen zählen, keine originäre Zuständigkeit.

Prinzipiell gilt, dass die privaten Krankversicherer die Kosten einer medizinisch notwendigen Heilbehandlung übernehmen. Selbstverständlich soll die persönliche Gesundheitsvorsorge in der PKV ebenfalls gefördert und honoriert werden. Insofern fallen auch Vorsorgeleistungen nach den in der PKV-Branche verwendeten Musterbedingungen des Verbandes der privaten Krankenversicherung (MB/KK 94) unter den Versicherungsschutz: Als Versicherungsfall gelten daher auch ‚ambulante Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten nach gesetzlich eingeführten Programmen (gezielte Vorsorgeuntersuchungen)‘ (siehe dazu § 1 Abs. 2 b) MB/KK 94).

Darüber hinaus haben unsere Mitgliedsunternehmen mit Blick auf den Leistungsumfang freies Gestaltungsrecht. Insoweit hängt die Höhe der Versicherungsleistung – dies gilt ebenso für prophylaktische Maßnahmen – vom individuell gestalteten Versicherungsschutz ab.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Verständnis, dass die derzeit geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen die von Ihnen erhoffte bzw. gewünschte Mitgliedschaft respektive Mitwirkung der PKV in der LAGZ bereits aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zulassen.“

Entbürokratisierung

Welch' ein euphemistisch besetztes Wort. Zu schön, um wahr zu sein. Aber im Bereich der Gruppenprophylaxe gibt es ja das seit April 2005 diskutierte Modell der so genannten Entbürokratisierungs-Initiative der Landesregierung zur Jugendzahnpflege. In der Pressekonferenz am Tag der Zahngesundheit am 27.09.2006 im Heilbronner Rathaus wurden die neuesten Botschaften durch einen Vertreter des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg bekannt:

(Auszüge aus dem Pressestatement)

„Der Ministerratsbeschluss hatte für viel Unruhe gesorgt. In der Öffentlichkeit wurde dies gar als Abschaffung der Jugendzahnpflege interpretiert.

Bereits heute ist ein erheblicher Teil der Jugendzahnpflege ‚privatisiert‘. So führten die von der GKV finanzierten Patenzahnärzte 2003/2004 ca. 40 Prozent der jugendzahnärztlichen Untersuchungen im Auftrag des ÖGD durch. 60 Prozent der Untersuchungen wurden durch ÖGD-Zahnärzte durchgeführt. Weitere Maßnahmen der Gruppenprophylaxe nach § 21 SGB V, wie zum Beispiel Ernährungsberatung und Mundhygiene, werden überwiegend durch Personal der Arbeitsgemeinschaften für Jugendzahnpflege durchgeführt, das von der GKV finanziert wird. Die GKV trägt auch die Sachkosten für Zahnschmelzhärtungen.

Die Möglichkeit der weiteren Privatisierung sollte aber vorangetrieben und der Anteil der jugendzahnärztlichen Untersuchungen durch den ÖGD weiterhin reduziert werden.

Vor diesem Hintergrund hat das Ministerium für Arbeit und Soziales die ‚Projektgruppe Jugendzahnpflege‘ unter Leitung des Landesgesundheitsamtes Baden-Württemberg eingerichtet und beauftragt, die Jugendzahnpflege unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte weiterzuentwickeln:

(1) Im Rahmen der jährlich stattfindenden regionalen Vorsorgeuntersuchungen (Gruppenprophylaxe) in Tagesstätten für Kinder und Schulen soll jedem Kind ein so genannter ‚grüner Schein‘ ausgehändigt werden. In diesem wird vermerkt, ob das Kind regelmäßig einen niedergelassenen Zahnarzt aufsucht. Im positiven Fall erübrigt sich im Rahmen der Gruppenprophy-

laxe eine Untersuchung durch den ÖGD-Zahnarzt oder Patenzahnarzt. Sollte das Kind keinen regelmäßigen Zahnarztbesuch vorweisen können, erfolgt eine Untersuchung durch den ÖGD-Zahnarzt oder einen Patenzahnarzt.

(2) Neben diesen individualmedizinischen Untersuchungen, die auch in Zukunft subsidiär teilweise vom ÖGD wahrgenommen werden, bleiben die Schwerpunktaufgaben des ÖGD bestehen. Der ÖGD koordiniert die Jugendzahnpflege und ist für die Qualitätssicherung verantwortlich. Koordination und Qualitätssicherung sind nicht nur im Bereich der Jugendzahnpflege Kernaufgaben des ÖGD und können deshalb nicht an externe Dienstleister vergeben und damit privatisiert werden.

(3) Daneben sollen durch freiwerdende personelle Ressourcen vor allem Kariesrisikokinder stärker begleitet und entsprechende Konzepte gemäß dem gesetzlichen Auftrag nach § 21 SGB V entwickelt und umgesetzt werden.

(4) Die in regelmäßigen zeitlichen Abständen gemäß den Richtlinien des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung durchgeführten landesweiten und repräsentativen Stichprobenuntersuchungen sollen auch weiterhin zur Kontrolle der Effektivität der Maßnahmen der Jugendzahnprophylaxe durchgeführt werden.

Der Vorstand der LAGZ hat diese Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Jugendzahnpflege durch das Ministerium für Arbeit und Soziales in seiner Vorstandssitzung am 24.11.2005 – mit der Maßgabe, dass die Gruppenprophylaxe gemäß der Rahmenvereinbarung vom 10.07.1989 nicht gefährdet ist – zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Bericht der Projektgruppe Jugendzahnpflege zur Weiterentwicklung der Jugendzahnpflege wird dem Ministerium für Arbeit und Soziales noch im September zugehen und in einem internen und externen Abstimmungsprozess bewertet.

Wir dürfen Ihnen eines versichern. Das Wohlergehen unserer Kinder und Jugendlichen und damit auch unserer Zukunft wird weiterhin absolute Priorität in der baden-württembergischen Gesundheitspolitik haben. Die Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung, insbesondere gegenüber der jungen Generation, bewusst. Dies erfordert aber auch den verantwortlichen Umgang mit Res-

ourcen. Deshalb müssen wir die Schwerpunkte bei der staatlichen Aufgabenerfüllung immer wieder prüfen. Die immer knapper werdenden Ressourcen müssen so effektiv wie möglich zum Wohle aller eingesetzt werden.“

Anmerkung:

Die Beschlüsse des LAGZ-Vorstandes und der LAGZ-Mitgliederversammlung vom 30.11.2006 sind nicht in den Bericht eingeflossen.

Tag der Zahngesundheit 2006 in Heilbronn

Mit einer kurzweiligen Auftaktveranstaltung konnten am 27. September 2006 unzählige Besucher aller Altersgruppen



zum Tag der Zahngesundheit auf den Kiliansplatz nach Heilbronn gelockt werden. „Gesund beginnt im Mund – Hip-Hop für die Zähne“ lautete in diesem Jahr das Prophylaxe-Motto, und nicht nur Kinder und Jugendliche fühlten sich angesprochen. Schließlich gab es auch etwas zu feiern: Das 25-jährige Bestehen der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit des Stadt- und Landkreises Heilbronn. Ein Jubiläum, über das sich alle Beteiligten besonders freuten, denn in Heilbronn war 1981 bundesweit die erste Arbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit gegründet worden.

Teenager im Blickpunkt

„Was hat Hip-Hop mit den Zähnen zu tun?“, das fragte sich so mancher Besucher, der sich bei der Auftaktveranstaltung zu den Tagen der Zahngesundheit in Heilbronn eingefunden hat. Sie bekamen von Dr. Udo Lenke, Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK) und Vorsitzender der LAGZ gleich eine erklärende Antwort: „Wir wollen diesmal verstärkt die Jugendlichen zur Eigenverantwortung für ihre

Zahngesundheit motivieren. ‚Hip‘ ist wer schöne und gesunde Zähne hat, und nur mit einem ‚Hop‘ kann man dieses Ziel erreichen, das heißt, die Teens müssen selbst etwas dafür tun, um ihre Zähne gesund zu erhalten.“

Erfolgreiche Veranstaltung



Bereits zum 15. Mal wurde das große weiße Pagodenzelt des Erlebnisforums Zahngesundheit durch das Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) aufgeschlagen, um der Bevölkerung alle Faktoren, die maßgeblich die Mund- und Zahngesundheit beeinflussen, zu präsentieren. Vier Tage bekamen die Einwohner des Stadt- und Landkreises Heilbronn ein umfassendes Informations- und Interaktionsangebot, das sie zahlreich in Anspruch nahmen. Der Tag der Zahngesundheit war in diesem Jahr einmal mehr ein Magnet für Jung und Alt. Nicht zuletzt hat die erstmals eingesetzte Showbühne zum Eröffnungstag sich bewährt, denn so konnten prominente Gäste auch prominent durch die sympathische und eloquente Moderatorin des SWR-Fernsehens, Martina Meisenberg, vorgestellt und befragt werden. Dadurch bekam die Eröffnungszereemonie insgesamt eine kurzweilige und humorvolle Note.

Jahresstatistik

	2005/ 2006
Verausgabte Mittel der Krankenkassen für 37 Arbeitsgemeinschaften	€ 6,3 Mio.
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Kindergartenkinder	287.214 = 79,2 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 1. – 4. Klasse	322.639 = 70,3 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 5. + 6. Klasse	47.340 = 23,9 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Sonderschulen/Behinderteneinrichtungen	444 = 74,7 %
Anzahl der Vorsorgeuntersuchungen bei 3- bis 12jährigen (bis 6. Klasse) sowie Personen in Sonderschulen/Behinderteneinrichtungen	435.351 = 40,8 %

Statistik der LAGZ-Prophylaxeseminare

	31.12.2002 - Gesamt -	31.12.2003 - Gesamt -	31.12.2004 - Gesamt -	31.12.2005 - Gesamt -
Anzahl der ausgebildeten Erzieher und Grundschullehrer durch die LAGZ (ab 1977)	11.048	11.167	11.370	11.503
Anzahl der ausgebildeten Pfleger und Betreuer in Behinderteneinrichtungen (ab 1984)	1.274	1.356	1.480	1.615
Anzahl ausgebildeter Grund-(ab 1988) und Sonderschullehrer (zusammen ab 1990)	1.100	1.100	1.100	1.120
Ausbildungen insgesamt	13.422	13.623	13.950	14.238

Mitglieder

Vorsitzender

JÄGER, Dr. Bernhard, Mannheim

EINWAG, Prof. Dr. Johannes, Stuttgart

ELSÄSSER, Dr. Guido, Kernen-Stetten

LÜLLWITZ-HOCH, Dr. Renate, Böblingen

Zuständigkeit LZK-Geschäftsstelle

Andrea Mader

Annerose Hauber

Neues Konzept – dezentrale Organisationsstruktur

Von einer flächendeckenden zahnärztlichen Versorgung und Betreuung älterer und behinderter Menschen in stationären Altenpflegeeinrichtungen ist man, nicht nur in Baden-Württemberg, noch weit entfernt. Um dieser Zielsetzung wieder

ein Stück näher zu rücken, hat der Arbeitskreis ein neues Konzept in der Alters- und Behindertenzahnheilkunde auf den Weg gebracht.

Mit einer dezentralen Organisationsstruktur ist der Arbeitskreis der Auffassung, können die Strukturen in der Versorgung von alten immobilen

und behinderten Patienten entscheidend verbessert werden.

Während dem Arbeitskreis im Rahmen dieses Konzeptes eine übergeordnete Koordinations- und Organisationsfunktion auf Landesebene zugeordnet ist, indem er beispielsweise die Kontakte zu Verbänden, Trägerorganisationen, dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen und den Universitäten pflegt, überregionale Fortbildungsveranstaltungen organisiert und Referentenpools (Landes- und f Bezirksebene) bildet, fällt den Prophylaxereferenten auf Bezirksebene die Funktion

einer Schnittstelle zu den auf Kreisebene angesiedelten Senioren- und Behindertenbeauftragten zu.

Die Senioren- und Behindertenbeauftragten nehmen eine Schlüsselrolle im neuen Organisationskonzept ein. Sie sind erste Ansprechpartner vor Ort und fungieren als Vermittler zwischen den Pflegeeinrichtungen, die gegebenenfalls einen Betreuungszahnarzt für ihr Haus suchen, den ambulanten Pflegediensten, den Angehörigen und den Zahnärzten. Wünscht eine Heimleitung einmal eine kompetente Fortbildung zum Thema Mundhygiene für ihr Pflegepersonal? Der Senioren- und Behindertenbeauftragte wird aktiv – er vermittelt geeignete Referenten und bietet von der Landesebene erarbeitete Medien und Hilfsmittel an.

Sämtliche Aufgaben des Senioren- und Behindertenbeauftragten sind in einem detaillierten Katalog festgehalten und dienen der Rekrutierung der Beauftragten. Derzeit ist die Rekrutierung die vorrangige Aufgabe, die der Arbeitskreis in den kommenden Monaten in Angriff nimmt – gemeinsam mit oder ausschließlich durch die Prophylaxereferenten werden in allen Kreisvereinigungen Vortragstermine stattfinden, um das neue Konzept vorzustellen und interessierte Zahnärztinnen und Zahnärzte für die Aufgabe eines Senioren- und Behindertenbeauftragten zu gewinnen. Der Vorstand hat das neue Konzept begrüßt und die erforderlichen finanziellen Mittel für die Umsetzung im kommenden Jahr bewilligt.



Kollegialer Erfahrungsaustausch und Schulung der Mitarbeiter/innen

Oftmals im Verborgenen und ohne großes Aufhebens engagieren sich zahlreiche Zahnärztinnen und Zahnärzte aus persönlichen und moralisch-ethischen Gründen für ältere und behinderte Menschen. Diese wertvolle Arbeit einmal gebührend zu würdigen und den Kollegen den Austausch von Erfahrungen und Problemen zu ermöglichen, war eine zentrale Zielsetzung einer vom Arbeitskreis initiierten Veranstaltung im Februar dieses Jahres, die in bewährter Form als Pilotveranstaltung durch die Bezirkszahnärztekammer Stuttgart unter Federführung von Dr. Renate Lüllwitz-Hoch durchgeführt wurde.

Den Kollegen brannten viele Themen auf den Nägeln – die rechtlichen Voraussetzungen für eine Behandlung außerhalb der eigenen Praxis und die haftungsrechtlichen Konsequenzen waren für viele Engagierte allerdings von herausragender Bedeutung. Dr. Renate Lüllwitz-Hoch wusste im Hinblick auf die Forensik die Justiziarin der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, Christine Martin, an ihrer Seite.

Als wichtigen Schlüssel für eine gute Mundhygiene der Bewohner kristallisierten sich im Laufe der Diskussion die Motivation und die Kommunikation mit dem Pflegepersonal heraus.

Ist das Pflegeleitungsteam entsprechend sensibilisiert, wird für die Pflegekräfte das Motto ‚Gesund beginnt

im Mund‘ ihre gebührende Wertschätzung im Rahmen der Pflege der Bewohner finden. Von vielen Beispielen einer erfolgreichen und gelungenen Kombination aus Kollegenengagement und sensibilisiertem Pflegeleitungsteam aus dem ganzen Land konnte am Abend des 2. Februars berichtet werden.



Ebenfalls unter Federführung der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart und Dr. Renate Lüllwitz-Hoch fand im März dieses Jahres eine Schulungsveranstaltung für prophylaxegeschulte Mitarbeiterinnen statt. Die Dentalhygienikerinnen Ulrike Kremer und Silvia Reichmann informierten ihre Kolleginnen über Mundpflege bei alten und behinderten Menschen in Pflegeeinrichtungen. Zielsetzung der Schulung war, die geschulten zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen fit zu machen, damit sie ihrerseits das Pflegepersonal in stationären Pflegeeinrichtungen in Mundhygienemaßnahmen für die Bewohner schulen können.

Mit fast 200 Teilnehmerinnen, die sowohl aus dem Regierungsbezirk Stuttgart als auch aus anderen Regierungsbezirken kamen, war die Schulungsveranstaltung nicht nur eine organisatorische Leistung der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart – sondern auch ein großer Erfolg im Hinblick auf die Zielsetzung einer noch besseren Versorgung der immobilen alten und behinderten Menschen sowie der Fortbildungsbereitschaft der zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen.

Curriculum ‚Angewandte Geriatrische Zahnheilkunde‘

Dem stetig wachsenden Patientenkontingent älterer Menschen Rechnung tragend, hat das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart seine strukturierte Fortbildungsreihe um ein weiteres Curriculum ergänzt und wird erstmals im Jahr 2007 das Curriculum ‚Angewandte Geriatrische Zahnheilkunde‘ ins Fortbildungsangebot für Zahnärztinnen und Zahnärzte aufnehmen.

Koordinierungskonferenz der Bundeszahnärztekammer (BZÄK)

Der Arbeitskreis freut sich sehr, dass die BZÄK-Koordinierungskonferenz der Referenten für Alters- und Behinderten-zahnheilkunde und der Referenten für Präventive Zahnheilkunde am 20. April 2007 in Heidelberg stattfinden wird – am Vortag der 17. Jahrestagung des Arbeitskreises Gerostomatologie.

Mitglieder

Vorsitzende

RÖTTELE, Dr. Antoinette, Weil am Rhein

Vertreter der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

BÜHLER, Dr. Konrad, Eislungen
WELLER, Dr. Helmut, Pfullingen

Vertreter der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg

FINSTER, Christian, Stuttgart
KUTTRUFF, Dr. Peter, Stuttgart

Zuständigkeit Verwaltung

Andrea Mader (LZK BW)

Unter dem Vorsitz von Dr. Antoinette Röttele, Weil am Rhein, tagte der Arbeitskreis Patientenberatung und Zweitmeinung im Berichtsjahr im August.

Die Aufgabe der Patienteninformation und -beratung nehmen die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg als gemeinsame Aufgabe wahr. Entsprechend ist auch der Arbeitskreis paritätisch mit Vertretern der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg - Dr. Konrad Bühler, Eislungen, und Dr. Helmut Weller, Pfullingen - und Vertretern der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg - Dr. Peter Kuttruff und Christian Finster - besetzt.

Patienten im Mittelpunkt der öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen

Die Einführung der Praxisgebühr, befundorientierte Festzuschüsse in der gesetzlichen Krankenversicherung, jüngst die Reformpläne der Regierungskoalition für das Gesundheitswesen – die Folgen sind für viele Zahnarztpraxen spürbar: Es werden weniger zahnärztliche Leistungen nachgefragt und die Patientinnen und Patienten strömen nicht mehr in der gewohnten Regelmäßigkeit in die Praxen.

Verlorengegangenes Vertrauen wieder zurück zu gewinnen und den Patienten in den Mittelpunkt der öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zu stellen ist daher die vordringliche Aufgabe jedes Praxisteams, aber auch der zahnärztlichen Körperschaften und standespolitischen Organisationen.

Patientenberatung in BW – unabhängig, neutral, glaubwürdig

Die Zahnmedizinische Patientenberatung und die Zweitmeinung der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg sind ein gutes Beispiel für einen Service, der exakt dieses Vertrauen herstellt und darüber hinaus die Glaubwürdigkeit des zahnärztlichen Berufsstandes in der Öffentlichkeit stärkt. Das

in gemeinsamer Trägerschaft von Kammer und Kassenzahnärztliche Vereinigung in Baden-Württemberg praktizierte zweistufige Patientenberatungsmodell mit allgemeinen Patientenberatung und individueller Zweitmeinungsberatung gilt bundesweit als vorbildlich, neutral und unabhängig und wird von den Patientinnen und Patienten gut angenommen.

Erweiterung der Beratungsorte für die Individuelle Patientenberatung

Während die Zweitmeinungsberatungen in den Regierungsbezirken Freiburg und Karlsruhe in den Praxen der Zweitmeinungszahnärzte erfolgen, werden sie in Tübingen parallel zur allgemeinen Patientenberatung im Zahnärztheaus angeboten und in Stuttgart steht das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart als neutraler Beratungsort zur Verfügung. Um Aufschluss darüber zu erhalten, aus welchen Orten die Patienten zur Zweitmeinungsberatung anreisen, hat der Arbeitskreis beschlossen, die Erfassungs-



und Erhebungsbögen für die statistische Erfassung zu überarbeiten und zusätzlich die Postleitzahl des Wohnortes, aus dem die Beratungssuchenden kommen, zu ermitteln. Da die Änderung der Bögen zur Mitte des Berichtsjahres erfolgt ist, kann eine detaillierte statistische Auswertung erst im kommenden Berichtsjahr zur Verfügung gestellt werden.

Um das Beratungsangebot der Zahnärzteschaft möglichst flächendeckend anbieten zu können und auch Patienten in der Peripherie mit akzeptablen Anfahrtswegen das Angebot der zahnärztlichen Patientenberatung zu unterbreiten, hat der Arbeitskreis darüber hinaus angeregt, die Beratungsorte für die Individuelle Zweitmeinung zu erweitern. Als zusätzliche Beratungsorte hat der Arbeitskreis Karlsruhe und Ulm, speziell die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung in Karlsruhe und die Universität Ulm, vorgeschlagen. Für den Bezirk Tübingen wurde das Ansinnen des Arbeitskreises negativ beschieden, der Verwaltungsrat der Akademie hat sich jedoch zustimmend geäußert.

Hotline und Patientenberatungskärtchen in neuem Layout

Kann eine Wurzelbehandlung den Zahn retten? Was muss bei Implantaten berücksichtigt werden? Ist eine Goldfüllung Amalgam vorzuziehen? – bei Fragen wie diesen standen den interessierten Patientinnen und Patienten in Baden-Württemberg bisher vier Rufnummern zu bestimmten Sprechzeiten in den vier Regierungsbezirken zur Verfügung. Künftig möchte der Arbeitskreis, dass die Patienten nur noch eine einheitliche Hotline-Nummer im Gedächtnis behalten müssen, um ihre Fragen kompetent beantwortet zu wissen. Unabhängig davon, aus welcher Gegend Baden-Württembergs die Patienten anrufen, sollen sie automatisch an das zuständige Zahnärztehaus weiter geleitet werden. Umsetzung und Einrichtung der einheitlichen Hotline wird das Informationszentrum Zahngesundheit übernehmen.

Als weitere PR-Maßnahme, um das zahnärztliche Patientenberatungsangebot in der Öffentlichkeit zu bewerben und die Attraktivität gegenüber anderen Anbietern zu erhöhen, hat der Arbeitskreis



angeregt, die Patientenberatungskärtchen als Zahnseidenspender im Kreditkartenformat zu gestalten. Versehen mit der landeseinheitlichen Hotline-Nummer und einem landeseinheitlichen Beratungstermin ist das zusätzliche Kommunikationsmittel als ‚give-away‘ für Veranstaltungen gedacht.

Die Zahnmedizinische Patientenberatung der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg ist ein gutes Beispiel für einen hervorragenden Service, der Vertrauen schafft und die Glaubwürdigkeit des zahnärztlichen Berufsstandes in der Öffentlichkeit stärkt.

Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“
(Erhebungszeitraum 01.10.05 bis 30.09.06)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

Beratungsgespräche		Anzahl				Ge- sam
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
Beratungen	bisher durchgeführt:	304	79	806	213	1402
teilweise keine Angaben	• davon telefonisch:	304	79	136	113	632
teilweise keine Angaben	• davon schriftlich:	---	---	---	3	3
teilweise keine Angaben	• davon persönlich:	---	---	670	26	696
Patienten	teilweise ohne Altersangabe					
• weiblich	insgesamt:	220	62	451	143	876
teilweise keine Angaben	• zwischen 0 – 15 Jahre:	4	1	73	9	87
	• zwischen 16 - 30 Jahre:	18	1	47	8	74
	• zwischen 31 - 40 Jahre:	25	6	52	22	105
	• zwischen 41 - 50 Jahre:	42	14	65	25	146
	• zwischen 51 - 60 Jahre:	53	16	69	32	170
	• älter als 60 Jahre:	73	24	145	47	289
• männlich	insgesamt:	84	17	287	61	449
teilweise keine Angaben	• zwischen 0 – 15 Jahre:	2	---	37	3	42
	• zwischen 16 - 30 Jahre:	5	---	25	8	38
	• zwischen 31 - 40 Jahre:	11	3	27	8	49
	• zwischen 41 - 50 Jahre:	16	3	21	10	50
	• zwischen 51 - 60 Jahre:	19	3	48	14	84
	• älter als 60 Jahre:	30	8	129	26	193

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt LZK BW
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
Schwerpunkte der Beratung						
	• Ästhetische Zahnheil- kunde	7	4	42	---	53
	• Allg. zahnärztl. Fragen	18	18	87	8	131
	• Amalgam	4	2	15	1	22
	• Chirurgie	21	3	34	5	63
	• Festzuschüsse	1	---	1	---	2
	• Funktionslehre, Kieferge- lenke	8	---	14	6	28
	• Honorarhöhe	35	2	35	4	76
	• Hypnose	---	---	6	1	7
	• Implantologie	73	16	151	27	267
	• KFO	11	1	51	12	75
	• Kinderzahnheilkunde	6	---	77	1	84
	• KONS/Füllungstherapie	41	2	85	31	159
	• PAR	45	6	47	6	104
	• Prophylaxe	20	---	122	2	144
	• Versiegelung	---	1	14	1	16
	• Zahnarztwechsel	11	1	19	4	35
	• Zahnersatz	121	22	205	107	455
	• Sonstiges	26	9	21	18	74
Reaktionen des Ratsuchenden						
	• positiv	260	67	806	174	1307
	• negativ	4	1	---	1	6
	• keine Reaktion	23	10	---	19	52
Verweis auf Zweitmeinung						
	in wie viel Fällen erfolgt?	60	23	5	17	105
Verweis auf Gutachterverfahren						
	in wie viel Fällen erfolgt?	26	5	3	38	72

Statistik Allgemeine Patientenberatung und Zweitmeinung

Erhebungsbogen „Zweitmeinung“ (Erhebungszeitraum 01.10.05 bis 30.09.06)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt LZK BW
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
Beratungen	bisher durchgeführt:	465	64	101	250	880
	• davon telefonisch:	---	---	---	170	170
	• davon schriftlich:	---	---	---	6	6
	• davon persönlich:	465	64	101	74	704
Patienten	teilweise ohne Altersangabe					
• weiblich teilweise keine Angaben	insgesamt:	320	30	73	143	566
	• zwischen 0 - 30 Jahre:	32	16	15	17	80
	• zwischen 31 - 40 Jahre:	16	1	1	22	40
	• zwischen 41 - 50 Jahre:	46	8	14	25	93
	• zwischen 51 - 60 Jahre:	68	---	7	32	107
	• älter als 60 Jahre:	152	5	36	47	240
• männlich teilweise keine Angaben	insgesamt:	145	34	28	61	268
	• zwischen 0 - 30 Jahre:	21	19	8	7	55
	• zwischen 31 - 40 Jahre:	12	---	5	8	25
	• zwischen 41 - 50 Jahre:	19	11	5	10	45
	• zwischen 51 - 60 Jahre:	19	---	---	14	33
	• älter als 60 Jahre:	73	4	10	26	113
Anlass						
	• Zweitmeinung	360	62	96	117	635
	• Erläuterung Behandlungsplan	71	6	38	12	127
	• Erläuterung Honorarplan	38	6	11	5	60
Untersuchung	In wie vielen Fällen erfolgt?	465	64	101	108	738
Themenbereiche						
	• Zahnersatz	287	20	82	47	436
	• Implantologie	167	20	75	28	290
	• PAR	56	1	24	6	87
	• KONS/Füllungstherapie	25	2	---	11	38
	• Amalgam	2	---	---	3	5
	• Chirurgie	28	---	---	2	30
	• KFO	55	32	19	39	145
	• FL, Kiefergelenke	16	---	---	5	21
	• Allgemeine zä. Fragen	24	1	4	2	31
	• Ästhetische Zahnheilk.	9	1	---	6	16
	• Zahnarztwechsel	15	---	1	7	23

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt LZK BW
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
Themenbereiche						
	• Honorarhöhe	53	1	11	5	70
	• Prophylaxe	2	---	2	---	4
	• Festzuschüsse	4	---	---	2	6
	• Hypnose	1	---	---	---	1
	• Sonstiges	7	2	---	11	20
Woher ist die Zweitmeinung bekannt?						
	• Krankenkasse	114	31	64	33	242
	• Zeitung	150	2	23	39	214
	• Zahnärztin/Zahnarzt	42	6	6	31	85
	• Sonstiges	139	15	8	16	178
Antworten des Zweitmeinungszahnarztes						
	schriftlich	---	34	101	---	135
	mündlich	464	57	101	78	700
Unterlagen						
	vom Patienten vorgelegt	279	29	49	79	436
	vom Vorbehandler angefordert	1	29	---	3	33
Untersuchung						
	in wie viel Fällen erfolgt?	465	---	101	108	674
Verweis auf Gutachterverfahren						
	in wie viel Fällen erfolgt?	16	5	---	35	56
Rücksprache mit Behandler						
	in wie viel Fällen erfolgt?	3	---	---	8	11
Kontaktaufnahme mit Zahnarzt?						
	Ja	9	27	---	12	48
	Nein	126	11	---	48	185
Reaktionen der Behandler						
	• positiv/neutral	5	4	98	14	121
	• negativ	3	1	---	---	4
	• keine Reaktion	---	20	3	---	23
Reaktionen des Ratsuchenden						
	teilweise ohne Angabe					
	• positiv	400	54	---	110	564
	• negativ/ verunsichert/ enttäuscht	2	1	---	1	4
	• keine Reaktion	8	4	---	---	12
Zweitmeinung übereinstimmend mit vorgelegter Behandlungsplanung						
	• ja	271	37	32	68	408
	• nein	94	8	6	25	133
	• abweichend	19	---	---	---	19

Rahmenvertrag betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung

Seit 1. September 1998 besteht zwischen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Firma Streit GmbH®, Bensheim, ein Rahmenvertrag über die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung der Zahnarztpraxen in Baden-Württemberg.



Es haben sich 4.099 Praxen in Baden-Württemberg dem Rahmenvertrag angeschlossen. Die Zahl der betreuten Praxen verteilt sich wie folgt über Baden-Württemberg:

BZK Freiburg	727 Praxen
BZK Karlsruhe	1.098 Praxen
BZK Stuttgart	1.593 Praxen
BZK Tübingen	681 Praxen

Die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung erfolgt bisher in 3-Jahres-Intervallen; das 2. Betreuungsintervall war am 31.08.2004 beendet, die Betreuung komplett abgeschlossen. Das 3. Intervall läuft noch, wird jedoch auf Grund der Umstellung der gesetzlichen Grundlagen modifiziert werden. Nähere Informationen befinden sich in diesem Jahresbericht unter „Ausschuss für Praxisführung“.

Rahmenvertrag Überprüfung von Sterilisations- und Desinfektionsspülmaschinen

Seit Februar 1998 besteht zwischen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und dem Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg ein Rahmenvertrag über die Bereitstellung und Auswertung von Biodindikatoren für die Überprüfung von Sterilisatoren und Desinfektionsspülmaschinen in zahnärztlichen Praxen.



Diesem Rahmenvertrag sind nach neuesten Zahlen 5.309 Praxen angeschlossen. Die Zahl der teilnehmenden Praxen verteilt sich auf die Bezirke im Kammerbereich wie folgt:

BZK Freiburg	1.213 Praxen
BZK Karlsruhe	1.372 Praxen
BZK Stuttgart	1.802 Praxen
BZK Tübingen	922 Praxen

Gemäß Rahmenvertrag legt das Landesgesundheitsamt der Landes Zahnärztekammer jährlich eine Einsende- und Befundstatistik über die Ergebnisse der periodischen Überprüfung von Sterilisations- und Desinfektionsverfahren vor. Die Einsende- und Befundstatistik für das Jahr 2005 wurde der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg im Februar dieses Jahres vorgelegt.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Anzahl der beanstandeten Verfahren im Jahr 2005:

Verfahren	Zahl der Einsendungen	partiell beanstandet	komplett beanstandet
Chemiclav	154	10	0
Spüldesinfektion	1.327	23	5
Heißluftsterilisation	1.344	42	16
Dampfsterilisation	8.151	153	91
Gesamt	10.976	228	112

In 95 Fällen wurden die mit gesandten Transportkontrollen dem Prüfverfahren unterzogen, obwohl im Begleitschreiben auf das dadurch bedingte Defizit hingewiesen wird: dieser Prüfkörper dient als "Positivkontrolle", der Fehler außerhalb der geprüften Verfahren anzeigen soll. Formal ist in solchen Fällen die Verfahrensprüfung nach Norm nicht gültig, auch wenn bei ansonsten korrektem Ergebnis der Sporenprüfung auf eine mutmaßlich intakte Gerätefunktion rück geschlossen werden kann.

Die oben aufgeführte Übersicht zeigt mit nur 3,1 % Beanstandungen (im Vorjahr waren es noch 4 %), dass sich die Qualität und Zuverlässigkeit der geprüften Sterilisations- und Desinfektionsverfahren bei den beteiligten zahnärztlichen Einrichtungen in Baden-Württemberg wie auch in den Vorjahren auf einem sehr guten Niveau befindet.

Rahmenvertrag Entsorgung Abfall- und Reststoffe

Seit bereits 16 Jahren besteht zwischen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und der Firma Herter GmbH, Reutlingen, ein Rahmenvertrag über die Entsorgung der in den Zahnarztpraxen anfallenden Abfall- und Reststoffe.

Dem Rahmenvertrag sind 2.424 Zahnarztpraxen angeschlossen. Die Zahl der teilnehmenden Praxen verteilt sich auf die Bezirke wie folgt:

BZK Freiburg	306 Praxen
BZK Karlsruhe	850 Praxen
BZK Stuttgart	902 Praxen
BZK Tübingen	366 Praxen

Rahmenverträge über die Anmietung von Fahrzeugen



Rahmenvertrag mit der Firma Enterprise Rent-a-Car

Der seit 1. September 2003 bestehende Rahmenvertrag mit der Mietwagenfirma Enterprise Rent-a-car, der für alle Kammermitglieder und deren Praxispersonal gültig ist, wurde auch im Jahr 2006 sehr gut genutzt.

Die Preisvorteile im Vergleich zum „normalen“ Privatkundentarif betragen bis zu 40 Prozent und umfassen sämtliche Mietwagenmodelle von der Kompaktklasse, über Cabrios, Minivans bis zum Kleintransporter, inklusive Vollkaskover-

sicherung mit Eigenbeteiligung, Zulassungsgebühren und gefahrener Kilometer. Neben den besonders günstigen Wochenendpauschal-Tarifen wird als besonderer Clou ein kostenloser Abhol-Service, gültig für einen Radius innerhalb von 15 Kilometern zur nächstgelegenen Zweigstelle, angeboten.

Die rege Nachfrage nach neuesten Mietwagenmodellen zeigt die zunehmende Beliebtheit und führt zu einer wünschenswerten Fahrtkostenreduzierung für Kammer und Zahnärzteschaft im ganzen Land.

Rahmenvertrag mit der Firma AVIS

Der Rahmenvertrag zwischen der Mietwagenfirma AVIS und der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, der seit November 2003 besteht, wurde auch im Jahr 2006 neu verhandelt. Neue Rabatte, eine höherwertigere Ausstattung der Fahrzeuge ohne Aufpreis sowie eine sehr kostengünstigen Wochenendpauschaltarif können von Kammermitgliedern und deren Praxispersonal nun genutzt werden.

Mit 5.000 Mietwagenstationen in 161 Ländern und mit 355 Filialen deutschlandweit gehört AVIS zu den Marktführern der Branche. Kammermitglieder und ihr Praxispersonal profitieren von weltweit gültigen und günstigen Sonderkonditionen: Preissenkungen für Tagestartarife in allen Klassen bis 20 Prozent, der Wochenendpauschaltarif gilt jetzt freitags 12:00 Uhr bis montags 9:00 Uhr und bietet Einsparungen bis 40 Prozent in der Gruppe J, Navigationssysteme in Gruppe H sind ohne Aufpreis fest buchbar und 25 Prozent weniger Gebühr für Zustell- und Abholservice innerhalb der Grenzen des jeweiligen Stadtgebietes.

Der besondere Service: Neben der üblichen Fahrzeugreservierung vor Ort können über das internationale Reservierungsbüro (Tel.: 01805-55 77 55) oder sehr bequem über das Internet (www.avis.de) eine große Auswahl mo-

dernster Fahrzeuge reserviert werden, wobei bereits das internationale Angebot und die Verfügbarkeit im jeweiligen Zielgebiet abrufbar ist.

Detaillierte Informationen über die Konditionen zu sämtlichen Fahrzeuggruppen sind im Internet unter www.lzk-bw.de in dem geschlossenen Bereich „Zahnärzte“ unter der Rubrik Praxisführung/ Recht - Rahmenverträge abzurufen.

Rahmenverträge Mobilfunk



Rahmenverträge der Landes-zahnärztekammer bestehen nach wie vor mit den Mobilfunkunternehmen T-Mobile, e-plus+ und O2, welche neben den Mitgliedern der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg auch das Praxispersonal nutzen kann.



In den Rahmenverträgen wurden Preisnachlässe bis zu 35% vereinbart, die so eine günstige Alternative zu den am freien Markt erhältlichen Angebotskonditionen darstellen.

Spezielle Informationen zu allen Rahmenverträgen sind im Internetauftritt der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg unter www.lzk-bw.de, im Bereich Zahnärzte, unter der Rubrik Praxisführung/ Recht bei Rahmenverträgen eingestellt. Aktuelle Monatsangebote im Bereich Mobilfunkgeräte und Zubehör sowie Tipps zur Abwicklung mit unseren Rahmenvertragspartnern finden Sie in dieser Rubrik ebenso wie Formulare zum an- bzw. ummelden Ihres derzeit bestehenden Mobilfunkvertrages.



Praxishandbücher auf CD-ROM

- „Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis“,
- „Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis-Anhang“,
- „GOZ“,
- „Verträge“,
- „LZK-Handbuch“

Das Update der CD-ROM „Praxishandbücher“ ist mit Stand Juni 2006 erschienen. Es sind jetzt fünf statt bisher vier Handbücher enthalten.

Das LZK-HANDBUCH („kleiner blauer Ordner“) mit Gesetzen, Vorschriften und Regelungen ist nun als 5. Buch der Praxishandbücher auf der CD-ROM integriert.

Die Praxishandbücher sind inhaltlich vollständig aktualisiert, zudem wurde der Leitfaden zur Organisation der Hygiene in der Zahnarztpraxis eingearbeitet. Wie gewohnt kann man mit den Verlinkungen zwischen den Inhalten des Leitfadens und dem Anhang sowie den weiteren Abschnitten der Praxishandbücher komfortabel arbeiten.

Durch die vielfachen Aktivitäten der Kammer im Bereich der Hygiene ist es gelungen, die Akzeptanz der Praxishandbücher zu steigern. Sie erfreuen sich immer größerer Beliebtheit: Als unverzichtbare Nachschlagewerke schaffen sie rasche Abhilfe bei Problemen im Praxisalltag. Vor allem die Mitarbeiterinnen in den Praxen schätzen die komfortable CD-Rom und setzen sie verstärkt ein. Die Musterschreiben, Arbeitsanweisungen, Mitarbeiterunterweisungen und Formulare vereinfachen die Verwaltungstätigkeit in der Zahnarztpraxis enorm. Außerdem können sie sowohl direkt am PC, wie auch von Hand ausgefüllt werden. Bei technischen Problemen, die jedoch immer seltener auftreten, konnte die LZK-Geschäftsstelle rasche Abhilfe schaffen.

Die fortwährende zeitnahe Aktualisierung hat für die Landeszahnärztekammer oberste Priorität. Im Internetauftritt der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg findet sich stets die aktualisierte Version.



Beitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer

Das Beitragsaufkommen ist in der nachstehenden Übersicht in die Beitragsanteile der einzelnen Kammern aufgegliedert.

Die letzte Spalte zeigt den prozentualen Anteil der einzelnen am Gesamtbeitragsaufkommen 2006. Danach ist die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg der zweitgrößte Beitragszahler an die Bundeszahnärztekammer.

Die aufzuwendende Summe für 2006 beläuft sich auf 569.489,76 Euro im Jahr und 47.457,48 Euro im Monat, dies entspricht einem monatlichen Kopfbeitrag von 5,88 Euro.

Behandelnde Zahnärzte nach Kammerbereich Stand 31.12.2005		
Kammerbereich	Zahnärzte	%
Baden-Württemberg	8.071	12,2321
Bayern	10.257	15,5451
Berlin	3.817	5,7849
Brandenburg	1.973	2,9902
Bremen	509	0,7714
Hamburg	1.756	2,6613
Hessen	5.350	8,1083
Mecklenburg-Vorpommern	1.517	2,2991
Niedersachsen	6.367	9,6496
Nordrhein	7.216	10,9363
Rheinland-Pfalz	2.690	4,0769
Saarland	672	1,0185
Sachsen	3.781	5,7304
Sachsen-Anhalt	1.990	3,0160
Schleswig-Holstein	2.196	3,3282
Thüringen	2.069	3,1357
Westfalen-Lippe	5.751	8,7160
Bundesgebiet	65.982	100,00

Baden-Württembergische Delegierte zur Bundeszahnärztekammer

Der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat gemäß § 13 Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahl der Delegierten zur BZÄK folgende, von den Vertreterversammlungen der Bezirks Zahnärztekammern gewählte Delegierte zur Bundesversammlung der BZÄK für die Zeit vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2008 bestätigt.

BZK Stuttgart	LENKE, Dr. Udo, Vaihingen/Enz BÜHLER, Konrad, Eislingen EINWAG, Prof. Dr. Johannes, Stuttgart MONTIGEL, Dr. Eberhard, Heilbronn PUTZE, Dr. Hendrik, Stuttgart TOMPERT, Dr. Torsten, Esslingen	Delegierte
	KUTTRUFF, Dr. Peter, Stuttgart CAROW, Dr. Jürgen, Flein ZIMMERER, Dr. Hans-Peter, Aalen KAPS-RICHTER, Dr. Gudrun, Heilbronn KRÄMER, Dr. Bernd, Heilbronn	Stellvertreter/ innen
BZK Karlsruhe	BORCKMANN, Dr. Bernd Ulrich, Heidelberg HENERS, Prof. Dr. Michael, Karlsruhe JÄGER, Dr. Bernhard, Mannheim GUTERMANN, Dr. Wolfgang, Heidelberg HEMBERGER, Dr. Eva, Heidelberg	Delegierte
	SCHRÖDER, Dr. Christine, Heidelberg ENGEL, Dr. Norbert, Mühlacker THUMULKA, Dr. Wolfgang, Karlsruhe	Stellvertreter/ innen
BZK Freiburg	STRUß, Dr. Norbert, Freiburg MAAGER, Dr. Burkhard, Denzlingen SCHWALBER, Dr. Joachim, Freiburg RÖTTELE, Dr. Antoinette, Weil am Rhein	Delegierte
BZK Tübingen	FORSCHNER, Dr. Wilfried, Biberach STOLL, Dr. Bernd, Albstadt OSWALD, Dr. Udo F., Schelklingen	Delegierte
	ZERRES, Dr. Georg, Tübingen LUDWIG, Dr. Elmar, Ulm WELLER, Dr. Helmut, Pfullendorf	Stellvertreter

Ehrenamtsträger und Verwaltungsmitarbeiter aus Baden-Württemberg auf Bundesebene

VORSTAND BZÄK	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
AUSSCHÜSSE und ARBEITSKREISE	
Ausschuss Belange der Zahnärztinnen	Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein
Ausschuss Berufsbild des Zahnarztes	Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim
Ausschuss Qualität in der ZahnMedizin	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Arbeitsgruppe Röntgenstelle	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen
Arbeitskreis der Geschäftsführer Allgemeiner Teil GOZ	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis der Geschäftsführer Juristische Person des Privatrechts	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis der Geschäftsführer Musterberufsordnung	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis der Geschäftsführer Praxisformen	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis Qualitätssicherung	Prof. Dr. Winfried WALTHER, Karlsruhe
Deutscher Rat für Qualität und Sicherheit von Produkten und Systemen in der ZMK	Prof. Dr. Dr. Heiner WEBER, Tübingen
Deutscher Zahnärztetag	
Politischer Arbeitskreis Arbeitskreis Verwaltung	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Europaausschuss	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Haushaltsausschuss	Dr. Dr. Thomas EICHE, Stuttgart
Kern-Arbeitsgruppe Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Kernausschuss Zahnärztliche Berufsausübung	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen Dr. Norbert STRUSS, Freiburg
Koordinierungsausschuss Approbationsordnung	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Koordinierung GOZ-Arbeitsgruppen	Dr. Bernd BORCKMANN, Heidelberg
Senat für privates Leistungs- und Gebührenrecht	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Strategieausschuss	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz



LANDESZAHNÄRZTEKAMMER
BADEN-WÜRTTEMBERG
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Herdweg 59, 70174 Stuttgart
Postfach 10 29 40, 70025 Stuttgart

Telefon: 07 11/ 2 28 45 - 0
Telefax: 07 11/ 2 28 45 - 40
E-Mail: info@lzk-bw.de
Internet: www.lzk-bw.de